

Die **Gemeindekasse** Bayern

Fachzeitschrift für das kommunale Finanzwesen

Herausgeber

Bernd Buckenhofer, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayer. Städtetages

Dr. Johann Pentenrieder, Wirtschaftsprüfer

Helmut Wiedemann, Abteilungsleiter im Bayer. Kommunalen Prüfungsverband

Dr. Dieter Zöllner, Vors. Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof

Inhaltsverzeichnis
zum Jahrgang 2025

Jahresinhaltsverzeichnis

FSt vor der Randnummer = „FUNDSTELLE“, GK = „GEMEINDEKASSE“

I. Alphabetisches Stichwortverzeichnis

Die Zahlen bedeuten **Randnummer** und Seite

II. Verzeichnis der Entscheidungen ab S. 45

A

Abfallentsorgung

- Abfallrechtliche Beseitigungsanordnung bei einer Tiefbaumaßnahme: uneingeschränktes Verbot, Asbestfasern in den Verkehr zu bringen
FSt 120, 428
- Abfalleigenschaft von Recyclingmaterial
FSt 120, 428
- Zur Abgrenzung von „Abfall zur Verwertung“ und „Abfall zur Beseitigung“ bei einem Abfallgemisch
FSt 120, 429
- Gefährliche Abfälle (hier: Asbestzementbruchstücke) dürfen grundsätzlich nicht mit anderen Abfällen vermischt werden
FSt 120, 430
- Das uneingeschränkte Verbot, Asbestfasern in den Verkehr zu bringen, steht einer Verwertung asbesthaltiger Materialien generell entgegen
FSt 120, 430
- Kein Verlust der Abfalleigenschaft bei Verstoß gegen das Verbot, Asbestfasern in den Verkehr zu bringen
FSt 120, 431
- Bei Asbestkontaminierungen ist bei behördlichen Maßnahmen der hohe Stellenwert des Schutzes der menschlichen Gesundheit zu berücksichtigen
FSt 120, 432
- Fahrzeug auf Privatgrundstück als Abfall
FSt 142, 505

Abgabenordnung

- Beginn der Mitteilungsverpflichtung nach § 146a Absatz 4 Abgabenordnung (AO)
GK 25, 67
- Bekanntmachung der Neufassung der Abgabenordnung vom 23.1.2025
GK 55, 144

Abwasserabgabe

- Einleitung von Schmutzwasser durch abwasserbeseitigungspflichtige Körperschaft nach Vorreinigung durch eigene Kleinkläranlage
FSt 93, 332

- Abgabepflicht dem Grunde nach
FSt 93, 333
- Ermittlung der Abgabe anhand der Schädlichkeit der Einleitung
FSt 93, 334
- Bündelung der Abgabepflicht bei den Gemeinden und Zweckverbänden
FSt 93, 335
- Anreizfunktion der Abwasserabgabe für mehr Gewässerschutz
FSt 93, 335
- Vorrang der zentralen Abwasserbeseitigung vor individuellen Lösungen
FSt 93, 336
- Zum Begriff der Kanalisation
FSt 93, 337
- Keine analoge Anwendung des § 8 AbwAG
FSt 93, 337
- Zulässigkeit der rückwirkenden Erteilung einer beschränkten wasserrechtlichen Erlaubnis
FSt 183, 668
- Rechtsgrundlage für die beschränkte wasserrechtliche Erlaubnis
FSt 183, 668
- Sinn und Zweck des § 8 Abs. 1 WHG schließen es nicht aus, eine wasserrechtliche Erlaubnis im Einzelfall auch rückwirkend zu erteilen
FSt 183, 669
- Das Jährlichkeitsprinzip (§ 11 Abs. 1 AbwAG) spielt für die Frage einer rückwirkenden Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis keine Rolle
FSt 183, 671
- Kanalisation; Voraussetzungen für einen Ausgleich von Unterdeckungen bei der Abwassergebühr; Notwendigkeit einer Kalkulation
FSt 188, 683
- Politisch gewollte bzw. bewusst in Kauf genommene Unterdeckung
FSt 188, 686
- Abgabefreiheit der Einleitung von Niederschlagswasser aus einer Kanalisation im Mischsystem
FSt 226, 835
- Abgabefreiheit nur mit wasserrechtlicher Zulassung
FSt 226, 836
- Abgabepflicht auch ohne tatsächliche Gewässerbelastung
FSt 226, 836
- Begriff der „Kanalisation“ in Art. 6 Abs. 2 Satz 1 BayAbwAG
FSt 226, 836

- Kein Verschulden des Einleiters nötig
FSt 226, 837

Abwasseranlagen

- Nutzung von Abwasserwärmepumpen
FSt 225, 833

Amtshaftung

- Amtshaftungsanspruch bei Planungsänderung nach Stellung eines Bauantrags (hier verneint)
FSt 212, 772
- Die Verzögerung der Entscheidung über ein Baugesuch kann eine Amtspflichtverletzung darstellen
FSt 212, 773
- Zur Zulässigkeit von ändernden Planungsmaßnahmen nach Stellung eines Bauantrags
FSt 212, 773
- Bestimmung des angemessenen Zeitraums für die Bearbeitung eines Bauantrags
FSt 212, 774
- Schadensersatzpflicht bei formell fehlerhafter und unwirksamer Veränderungssperre (hier verneint)
FSt 212, 777

Anschluss- und Benutzungszwang

- Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang an eine öffentliche Entwässerungseinrichtung
FSt 131, 467
- Weites Planungsermessen der Gemeinde, wann, ob und wo ein Grundstück an ihre öffentlich-rechtliche Entwässerungseinrichtung angeschlossen wird
FSt 131, 468
- Private Anlagen besitzen als solche keinen Bestandsschutz
FSt 131, 469
- Weder der Einbau einer Hebeanlage noch ein geringer Abwasseranfall begründet einen Befreiungsanspruch
FSt 131, 470
- Ein Befreiungsanspruch kann bestehen, wenn die Kosten für den Anschluss so hoch sind, dass sie in keinem tragbaren Verhältnis mehr zum Wert des Grundstücks stehen (hier verneint)
FSt 131, 471

Arbeitnehmer

- Kopftuchverbot – „Exklusive Neutralität“ in der Gemeindeverwaltung
FSt 12, 40
- Altersdiskriminierung – Beendigung des Arbeitsverhältnisses wegen Erreichens der Altersgrenze – altersbedingte Verweigerung der Wiedereinstellung
FSt 78, 288
- Kein Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot nach AGG
FSt 78, 289
- Das Unterlassen einer Auswahlentscheidung anhand der Qualifikationen der Bewerber verstößt nicht gegen Art. 33 Abs. 2 GG
FSt 78, 293

- Unionsrecht steht der Benachteiligung nicht entgegen
FSt 78, 293
- Schadensersatzanspruch von Arbeitnehmern wegen Nichterfüllung des datenschutzrechtlichen Auskunftsanspruchs
FSt 103, 372
- Arbeitsvertragliche Nachweispflicht
FSt 168, 607
- Impfung höchstpersönliche Entscheidung
FSt 168, 607
- Tarifabschluss im öffentlichen Dienst 2025
FSt 228, 840
- Sachbezugswerte für freie Mahlzeiten und freie Unterkunft ab 1.1.2025
GK 34, 90
- Kein Entgeltfortzahlungsanspruch wegen Krankheit bei behördlich angeordnetem Tätigkeits- und Betretungsverbot
GK 78, 208
- Grundsatz der Monokausalität hindert Anspruch auf Entgeltfortzahlung
GK 78, 209
- Erkrankung vor Zugang eines Betretungsverbots nicht relevant für Entgeltfortzahlung
GK 78, 210
- Rückabwicklung eines fälschlicherweise als freies Mitarbeiterverhältnis eingestuftes Arbeitsverhältnisses
GK 102, 280
- Widerruf der privaten Nutzung eines Dienstwagens – Nutzungsausfallentschädigung
GK 141, 389
- Umfang des Entschädigungsanspruchs für den Entzug der Privatnutzung des Dienstwagens – Zusammenfassung
GK 141, 390
- Widerrufsmöglichkeit der Privatnutzung des Dienstwagens im Arbeitsvertrag rechtskonform
GK 141, 391
- Voraussetzungen für einen Widerruf der privaten Nutzungsmöglichkeit des Dienstwagens; im konkreten Fall erfüllt
GK 141, 392
- Ausübung des Widerrufsrechts muss billigem Ermessen entsprechen
GK 141, 393
- Nochmals: Böswilliges Unterlassen anderweitigen Verdiensts
GK 171, 466
- Kein Urlaubsverzicht durch Prozessvergleich
GK 175, 479
- Tarifabschluss 2025 für kommunale Beschäftigte
GK 177, 481

Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung

- Erschütterung des Beweiswerts einer im Nicht-EU-Ausland erstellten Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung
GK 128, 347
- Gesamtwürdigung aller Aspekte rechtlich geboten
GK 128, 347
- Unterscheidung zwischen Erkrankung und einer mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit
GK 128, 347

Arbeitsvertrag

- Neue Entscheidungen zur Befristung von Arbeitsverhältnissen FSt 66, 250
- Befristung zur Vertretung – arbeitsunfähiger Vertreter FSt 66, 250
- Sachgrundlose Befristung bei Vorbeschäftigung – Bewerberauswahl FSt 66, 250

Architekten

- Anspruch des Auftraggebers auf Zahlung eines Vorschusses für die Beseitigung von Mängeln am Bodenbelag gegen den Architekten wegen unzureichender Objektüberwachung FSt 70, 262
- Vorschussanspruch des Bestellers gegen den Architekten bei Mängeln am Bauwerk FSt 70, 263
- Haftung des Architekten für einen Mangel am Bodenbelag aufgrund fehlender Grundierung des Bodens FSt 70, 263
- Volle Haftung des Architekten trotz Mitschulden der Baufirma FSt 70, 265
- Höhe des Vorschussanspruchs FSt 70, 266
- Abzug Neu für Alt FSt 70, 266
- Bedeutung einer Vereinbarung des Bauherrn mit der Baufirma (über eine Minderung) für die volle gesamtschuldnerische Haftung des Architekten FSt 70, 267
- Absicht des Bauherrn, den Mangel beseitigen zu lassen FSt 70, 268
- Der Bauherr ist nicht gehindert, das Bauwerk bei der Mängelbeseitigung neu zu gestalten GK 45, 118
- Unzureichende Bauüberwachung des Architekten und ihre Folgen GK 95, 256
- Schadensersatz bei unzureichender Bauüberwachung GK 95, 256
- Vorschussanspruch zur Mängelbeseitigung GK 95, 257
- Konkrete Kontrollpflichten des Architekten GK 95, 257
- Besondere Überwachungspflicht des Architekten nicht nur bei gefahrträchtigen Arbeiten, sondern auch bei großem Schadenspotential GK 95, 258
- Vorteilsausgleich „Neu für Alt“ GK 95, 259
- Recht des Bauherrn auf Selbstvornahme GK 95, 259
- Gesamtschuldnerische Haftung von Architekt und Fachplaner, wenn der Architekt seine Ausführungsplanung ändert? GK 179, 495

Archive, Archivierung

- Jahresbeiträge 2024 und früher der Fundstelle und Gemeindekasse Bayern digital per Download abrufbar FSt 44, 160

- Jahresbeiträge 2024 und früher der Fundstelle und Gemeindekasse Bayern digital per Download abrufbar GK 39, 95

Artenschutz

- Die Regelungen zum Fischotter in der Artenschutzrechtlichen Ausnahmeverordnung (AAV) und der Verordnung zur Ausführung der Artenschutzrechtlichen Ausnahmeverordnung (AVBayAAV) sind unwirksam FSt 6, 20
- Formelle Unwirksamkeit wegen fehlender Beteiligung einer anerkannten Umweltvereinigung gemäß § 63 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG FSt 6, 20
- Nichtigkeit einer Rechtsvorschrift als Folge einer Verletzung des Beteiligungsrechts eines Naturschutzverbands? FSt 6, 21
- Materiell rechtswidrige Regelung in § 3 AAV bezüglich der Höchstzahl ausnahmsweise zugelassener Fischottertötungen FSt 6, 22

Aufenthaltsrecht

- Verpflichtungserklärung; Unterhalt für Asylsuchende; bundeseinheitlicher Vordruck; wiederholte Einreise mit Multivisum FSt 143, 507
- Voraussetzungen und Folgen einer Verpflichtungserklärung FSt 143, 509
- Grundsätzlich keine Haftung aus einer Verpflichtungserklärung im Falle der erneuten Einreise FSt 143, 509
- Auslegung der abgegebenen Verpflichtungserklärung FSt 143, 510

Ausländer, Asylbewerber

- Kosten einer stationären psychiatrischen Behandlung für Asylbewerber bei akuter Erkrankung sind zu erstatten FSt 88, 320
- Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber FSt 94, 338
- Verlust des Aufenthaltsrechts eines wegen eines Sexualdelikts verurteilten Unionsbürgers FSt 97, 350
- Wiederholungsgefahr liegt vor, solange eine erforderliche Therapie nicht abgeschlossen ist FSt 97, 351
- Auch das Verhalten im Strafvollzug kann bei der Gefahrenprognose berücksichtigt werden FSt 97, 352
- Wegfall der Wiederholungsgefahr nur bei Bewährung nach Therapie oder Strafvollzug FSt 97, 352
- Keine unmenschliche oder erniedrigende Aufenthaltssituation für nichtvulnerable anerkannte Flüchtlinge in Griechenland FSt 150, 556

- Rückkehr nach Griechenland, beachtliche Wahrscheinlichkeit der Gefahr einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung erforderlich **FSt 150, 556**
- Vorübergehende Aussetzung der Abschiebung (Duldung) bei Verletzung von Hinweispflichten durch die Ausländerbehörde **FSt 244, 910**
- Verletzung der Hinweispflicht nach § 104c Abs. 4 AufenthG durch die Ausländerbehörde (hier bejaht) **FSt 244, 911**
- Kein Recht auf Aufenthalt (allein) wegen Verletzung der Hinweispflicht **FSt 244, 913**
- Zeitlich begrenzte Ermessensduldung als Kompensation der Verletzung der behördlichen Hinweispflichten **FSt 244, 913**
- Dauer der Ermessensduldung **FSt 244, 914**
- Bekanntmachung über die Höhe der Leistungssätze nach § 3a Absatz 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes für die Zeit ab 1. Januar 2025 vom 23.10.2024 **GK 8, 24**
- Voraussetzungen und Folgen einer Verpflichtungserklärung **GK 155, 427**
- Grundsätzlich keine Haftung aus einer Verpflichtungserklärung im Falle der erneuten Einreise **GK 155, 427**
- Auslegung der abgegebenen Verpflichtungserklärung **GK 155, 428**

B

Baufträge

- Gesamtschuldnerische Haftung von Architekt und Fachplaner, wenn der Architekt seine Ausführungsplanung ändert? **GK 179, 495**

Baudenkmal

- Aufnahme neuer Baudenkmäler in Bayern **FSt 71, 268**

Baugenehmigung

- Nachbarklage gegen Kindergarten **FSt 68, 252**
- Kein Verstoß gegen Gebietserhaltungsanspruch **FSt 68, 253**
- Kein Verstoß gegen Rücksichtnahmegebot **FSt 68, 253**
- Kindergartenlärm ist grundsätzlich als sozialadäquat hinzunehmen **FSt 68, 254**
- Berücksichtigung von Größe und Öffnungszeiten des Kindergartens **FSt 68, 254**
- Berücksichtigung von Vorbelastungen durch vorhandene Kitas **FSt 68, 255**
- Auch der durch Kindergärten oder vergleichbare Einrichtungen hervorgerufene Verkehrslärm ist grundsätzlich hinzunehmen **FSt 68, 256**

- Erdrückende Wirkung eines Bauvorhabens **FSt 181, 657**
- Die Annahme einer erdrückenden Wirkung ist nicht bereits dann zwingend ausgeschlossen, wenn das geplante Bauvorhaben hinsichtlich der Höhenentwicklung hinter der Bestandsbebauung zurückbleibt **FSt 181, 658**
- Allein die Möglichkeit einer anderen Bewertung der Beweisaufnahme rechtfertigt die Zulassung der Berufung nicht **FSt 181, 660**
- Einfügen eines Minarets hinsichtlich des Maßes der baulichen Nutzung (Höhe) **FSt 203, 736**
- Maßgebliche nähere Umgebung i.S.d. § 34 Abs. 1 BauGB **FSt 203, 736**
- Auslösen bodenrechtlicher Spannungen durch ein Minarett aufgrund seiner Vorbildwirkung **FSt 203, 738**
- Bauordnungsrechtliche Unzulässigkeit eines Minarets wegen Abstandsflächenverstößes **FSt 203, 739**
- Baugenehmigung für den Wiederaufbau eines Sägewerks **GK 192, 523**

Baumaßnahmen

- Anwendung von Richtlinien für Planungswettbewerbe **GK 61, 164**
- Wie ist der Kostenvorschuss zur Mängelbeseitigung abzurechnen? **GK 89, 239**
- Die Abrechnung zu hoher Voraus- oder Abschlagszahlungen ist nach Insolvenzeröffnung der Baufirma nur mehr über die Insolvenztabelle möglich **GK 116, 306**

Baumschutzverordnung

- Naturschutzrechtliche Ersatzpflanzungsauflagen zu einer Fällgenehmigung bei nicht erhaltungswürdigen Bäumen **FSt 72, 273**
- Eine Baumschutzverordnung muss nicht selbst im Detail diejenigen Fällkonstellationen abschließend bestimmen, in denen Ersatzpflanzungsaufgaben möglich oder ausgeschlossen sind **FSt 72, 275**
- Es kann nicht für jede einer Baumschutzverordnung unterfallende Baumfällung eine Ersatzpflanzung angeordnet werden, vielmehr ist eine „abwägende Einzelfallprüfung“ erforderlich **FSt 72, 275**
- Ersatzpflanzungen für nicht erhaltungswürdige Bäume lassen sich nicht allein mit einem verbleibenden Beitrag solcher Bäume zum „ökologischen Gesamtpotential“ rechtfertigen **FSt 72, 275**

- Wird eine Baumfällung wegen fehlender Erhaltungswürdigkeit der Bäume genehmigt, ist diese Wertung auch für eine daran anknüpfende Ersatzpflanzungsauflage und Einzelfallprüfung maßgeblich **FSt 72, 276**

Baunutzungsverordnung

- Zulässigkeit eines sogenannten Boardinghauses in einem reinen Wohngebiet **FSt 2, 4**
- Abgrenzung von Wohnnutzung von der Nutzung als Beherbergungsbetrieb **FSt 2, 5**
- Bei Boardinghäusern kommt es für die Einordnung als Wohnnutzung oder Beherbergungsbetrieb auf den Nutzungsschwerpunkt an **FSt 2, 5**
- Kriterien für die Einordnung eines Beherbergungsbetriebs als „kleiner“ Gewerbebetrieb **FSt 2, 6**
- „Kleiner“ Gewerbebetrieb nach § 13a BauNVO bei Ferienwohnung und baulich untergeordneter Bedeutung **FSt 2, 8**
- Erfolgreiche Nachbargemeindeklage gegen eine Baugenehmigung für einen großflächigen Einzelhandelsbetrieb **FSt 104, 373**
- Ein großflächiger Sportfachmarkt ist mit der Festsetzung eines Sondergebiets „Teppichmarkt“ bzw. „Baumarkt“ grundsätzlich unvereinbar **FSt 104, 374**
- Ein großflächiger Sportfachmarkt ist auch mit der Festsetzung eines Gewerbegebiets grundsätzlich unvereinbar **FSt 104, 375**
- § 11 Abs. 3 BauNVO gewährt der Nachbargemeinde keinen Abwehranspruch **FSt 104, 375**
- Nachbargemeindlicher Abwehranspruch, wenn die Gemeinde dem Bauinteressenten unter Missachtung des § 2 Abs. 2 BauGB einen Zulassungsanspruch verschafft hat? **FSt 104, 377**
- Beurteilt sich die planungsrechtliche Zulässigkeit eines Vorhabens nach einem früheren Bebauungsplan (§ 30 BauGB), folgt ein Abwehrrecht aus Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG, dessen Inhalt sich nach dem Maßstab des § 34 Abs. 3 BauGB bestimmt **FSt 104, 378**
- Gemeinden dürfen im sonstigen Sondergebiet Dauerwohnen und Fremdenbeherbergung in ein prozentuales Verhältnis setzen **FSt 105, 380**

Bauordnung

- Bayerische Bauordnung – Änderungen durch die beiden ersten Modernisierungsgesetze Bayern **FSt 130, 456**
- Gebäudeklasse, Art. 2 Abs. 3 BayBO **FSt 130, 456**
- Sonderbauten, Art. 2 Abs. 4 BayBO **FSt 130, 457**
- Abstandsflächenrecht, Art. 6 BayBO **FSt 130, 458**

- Begrünung und Freiflächengestaltung, Art. 7 und 81 BayBO **FSt 130, 459**
- Brandwände, Art. 28 BayBO **FSt 130, 460**
- Dachflächenphotovoltaik, Art. 30 BayBO **FSt 130, 461**
- Photovoltaikpflicht, Art. 44a BayBO **FSt 130, 461**
- Aufstockung, Art. 46 BayBO **FSt 130, 461**
- Stellplatzrecht, Art. 47, 81 BayBO **FSt 130, 461**
- Verfahrensfreiheit, Art. 57 BayBO **FSt 130, 463**
- Abweichung, Art. 63 BayBO **FSt 130, 465**
- Entgegennahme des Bauantrags, Art. 64 BayBO **FSt 130, 466**
- Behandlung des Bauantrags, Art. 65 BayBO **FSt 130, 466**
- Genehmigungsfiktion, Art. 68 BayBO **FSt 130, 466**
- Fliegende Bauten, Art. 72 BayBO **FSt 130, 467**
- Typengenehmigung, Art. 73a BayBO **FSt 130, 467**

Baupreisindex

- Baupreisindizes im August 2024 **GK 38, 95**

Bauvertrag

- Mängelansprüche vor Abnahme; Mitverschulden des Auftraggebers bei mangelhafter Vorunternehmerleistung **FSt 5, 14**
- Schadensersatzanspruch wegen mangelbedingter Folgeschäden setzt keine Abnahme voraus **FSt 5, 15**
- Mangel des Folgegewerks bei aufeinander aufbauenden Leistungen **FSt 5, 16**
- Prüf- und Hinweispflicht des Folgeunternehmers **FSt 5, 16**
- Erforderlichkeit einer Druckprüfung **FSt 5, 17**
- Keine Zurechnung des Mitverschuldens der Objektüberwachung **FSt 5, 18**
- Mangelhafte Leistungen des Vorunternehmers sind dem Auftraggeber regelmäßig nicht im Wege des Mitverschuldens zuzurechnen **FSt 5, 18**
- Bauvorhaben: Kostenvorschussanspruch des Bestellers ist neben Minderung bei Mangel möglich **FSt 39, 141**
- BGH führt Rechtsprechung zu (hohen) Voraussetzungen für Ansprüche des Auftragnehmers bei Bauzeitverlängerung fort **FSt 50, 183**
- Übermittlung von Bauablaufplänen als Anordnung des Auftraggebers im Sinne des § 2 Abs. 5 VOB/B? **FSt 50, 184**
- Umstände aus der Risikosphäre des Auftraggebers, die nicht auf einer Pflichtverletzung beruhen, begründen keinen Anspruch auf Schadensersatz aus § 6 Abs. 6 VOB/B **FSt 50, 186**

- Pflichtverletzung des Auftraggebers, weil er Vorleistungen anderer Auftragnehmer nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt hat? (verneint)
FSt 50, 186
- Pflichtverletzung des Auftraggebers wegen verspäteter Übergabe der Ausführungsplanung an den Auftragnehmer? FSt 50, 187
- Hohe Anforderungen an die Darlegung der haftungsbegründenden Kausalität zwischen Pflichtverletzung und Behinderung FSt 50, 187
- Kein Anspruch aus § 642 BGB auf Ersatz der Mehrkosten wegen verlängerter Bauzeit
FSt 50, 188
- Kein Anspruch auf Grundlage einer ergänzenden Vertragsauslegung FSt 50, 189
- Kein Anspruch aus Wegfall der Geschäftsgrundlage FSt 50, 189
- Nochmals: Kein Anspruch auf Mehrvergütung oder Entschädigung wegen schwierigen Bau- grounds, wenn mit diesem aufgrund der vertraglichen Beschreibung zu rechnen war
FSt 106, 382
- Für die Verteilung des „Baugrundrisikos“ kommt es in erster Linie auf die Auslegung der vertraglichen Vereinbarungen an; Bedeutung eines im Leistungsverzeichnis in Bezug genommenen Bodengutachtens FSt 106, 383
- Bedeutung des § 7 Abs. 1 Nr. 1, 3, 6 und 7 VOB/A für die Auslegung des Vertragssolls
FSt 106, 385
- Bedarfspositionen für Mehraufwand hinsichtlich des Vorhandenseins bestimmten Gesteins, insbesondere Blöcken und Findlingen
FSt 106, 385
- Vorrang der Leistungsbeschreibung vor der VOB/C FSt 106, 386
- Zulässigkeit von Eventualpositionen für Mehraufwand durch bestimmtes Gestein FSt 106, 386
- Bedeutung des Abschnitts 3.1.4 der DIN 18319
FSt 106, 387
- Folgen der Vereinbarung eines Schriftformerfordernisses für Nachträge im VOB-Vertrag: Nachtrag für den Einsatz von Bindemitteln
FSt 140, 496
- Schriftformerfordernis für Nachträge stellt Eingriff in die VOB/B dar FSt 140, 496
- Kein Nachtrag für den Einsatz von Bindemitteln, wenn der Vertrag diesen bereits vorsah
FSt 140, 498
- Kündigung des Bauvertrags: Auswirkungen auf Voraus- und Abschlagszahlungen, Mängelrechte und Fristsetzungen FSt 172, 623
- Abrechnung von Voraus- und Abschlagszahlungen nach Kündigung des Bauvertrags
FSt 172, 624

- Eine Fristsetzung zur Mängelbeseitigung ist bei erforderlicher Neuherstellung des Bauwerks, aber auch im Fall endgültiger Verweigerung der Nacherfüllung entbehrlich FSt 172, 625
- Eine unzureichende Betonfestigkeitsklasse kann ein wichtiger Kündigungsgrund sein
FSt 190, 690
- Die in Leistungsverzeichnissen angegebene Betonfestigkeitsklasse bezieht sich regelmäßig auf das fertiggestellte Werk, nicht auf den anzuliefernden Werkstoff FSt 190, 691
- Außerordentliche Kündigung bei zerstörtem Vertrauen FSt 190, 692
- Dauer der Nachfrist zur Mängelbeseitigung
FSt 190, 693
- Wer einen Sondervorschlag einbringt, übernimmt das Ausführungsrisiko FSt 191, 695
- Im Umfang der im Vertrag festgelegten Verpflichtung schuldet der Auftragnehmer ein mangelfreies Werk FSt 191, 696
- Der Auftragnehmer kann sich aus seiner Haftung befreien, wenn er auf Bedenken gegen die Planung des Auftraggebers hinweist
FSt 191, 696
- Zur Frage eines Mitverschuldens des Auftraggebers FSt 191, 698
- Kommunale Bauvorhaben: Kündigung des Auftraggebers gegenüber dem Auftragnehmer, wenn dieser die personelle Besetzung der Baustelle nicht im notwendigen Umfang aufstockt
FSt 233, 856
- Kündigung wegen unterbliebener Aufstockung des Baustellenpersonals FSt 233, 856
- Der Verzug des Auftragnehmers, die Baustelle sachgerecht zu besetzen, setzt Verschulden voraus FSt 233, 858
- Die Kündigung des Vertrages setzt eine angemessene Fristsetzung zur Vertragserfüllung voraus FSt 233, 859
- Eine Gewährleistungsbürgschaft sichert keinen Druckzuschlag GK 26, 69
- § 2 Abs. 3 Nr. 2 VOB/B GK 146, 401
- Bei VOB/B-Verträgen richtet sich die Vergütung für geänderte Leistungen nach den tatsächlich erforderlichen Kosten GK 146, 401

Beamtenbesoldung

- Beamte haben die Pflicht, ihre Besoldungsmitteilungen zu prüfen und Überzahlungen anzuzeigen – disziplinarwürdig ist aber nur ein vorsätzliches Unterlassen FSt 169, 609
- Dienstpflichten von Beamten müssen nicht ausdrücklich gesetzlich geregelt sein FSt 169, 610
- Beamte haben eine Erkundigungspflicht beim Ausbleiben zu erwartender Besoldungsmitteilungen FSt 169, 611

- Die Anzeigepflicht besteht unabhängig von der anlassbezogenen Prüfpflicht auch bei Offenkundigkeit der Überzahlung **FSt 169, 611**

Beamtenversorgung

- Zweijahresfrist für die Ruhegehaltfähigkeit der Bezüge nach einer Beförderung gilt auch für kommunale Wahlbeamte bei Ausübung ihres Rückkehrrechts zum früheren Diensttherm **FSt 201, 728**
- Keine Ausnahme nach dem Kommunal-Wahlbeamten-Gesetz (KWBG) **FSt 201, 729**
- Anordnung zu Zuständigkeiten auf den Gebieten der Versorgung und des Altersgeldes sowie des Versorgungsausgleichs (Beamtenversorgungs- und Altersgeldzuständigkeitsanordnung – BeamtValtGZustAnO) vom 13.06.2025 **GK 130, 360**

Bebauungsplan

- Überplanung eines Privatgrundstücks mit einer Gemeinbedarfsfläche **FSt 4, 11**
- Beschränkung der Nutzungsmöglichkeiten eines Grundstücks als ein wichtiger privater abwägungsrelevanter Belang **FSt 4, 11**
- Bei einer fremdnützigen Überplanung privater Grundstücke durch eine öffentliche Verkehrsfläche oder eine andere Gemeinbedarfsfläche sind an die Abwägung besonders hohe Anforderungen zu stellen **FSt 4, 12**
- Anforderungen an eine hinreichende Befassung mit den betroffenen Eigentümerbelangen **FSt 4, 12**
- Abgrenzung von Gesamtnirksamkeit zu Teilunwirksamkeit **FSt 4, 13**
- Vereinfachtes Verfahren nach § 13 BauGB **FSt 18, 55**
- Grundsätzliche Voraussetzungen für ein vereinfachtes Verfahren **FSt 18, 55**
- Wesentliche Veränderung der Baumöglichkeiten durch die Neufestsetzung von Baugrenzen? **FSt 18, 55**
- Städtebauliche Erforderlichkeit von Regelungen zur Bepflanzung **FSt 18, 57**
- Der Umstand, dass eine Nachverdichtung auf den überplanten Grundstücken den Abriss des alten Bestandes voraussetzt, führt nicht zu einem Abwägungsfehler der Gemeinde **FSt 18, 57**
- Unwirksamkeit wegen der für ein Kurgebiet zu hoch festgesetzten Immissionswerte **FSt 49, 179**
- Die Festsetzung von Immissionswerten muss der Zweckbestimmung des festgelegten Gebiets entsprechen **FSt 49, 180**

- Keine Unbeachtlichkeit des Mangels nach § 215 BauGB **FSt 49, 182**
- Gesamtnirksamkeit des Bebauungsplans **FSt 49, 182**
- Treuwidrige Geltendmachung der Unwirksamkeit eines Bebauungsplans und einer Auflage in einer Baugenehmigung **FSt 60, 226**
- Verbot der gewerbsmäßigen Verwendung von bestimmten Brennstoffen zur Zubereitung von Speisen **FSt 61, 230**
- Auch Mieter und Pächter können unter bestimmten Voraussetzungen einen Bebauungsplan im Wege der Normenkontrolle überprüfen lassen **FSt 61, 231**
- Wenn abwägungserhebliche Belange nicht (ausreichend) ermittelt worden sind, liegt ein beachtlicher formeller Mangel vor **FSt 61, 231**
- Die undifferenzierte Gleichstellung von Holzkohle- und Gasgrills stellt einen Bewertungsmangel dar **FSt 61, 232**
- Eine städtische Problemlage, die durch erhebliche Geruchs-, Rauch- und Feinstaubemissionen entsteht, kann die städtebauliche Erforderlichkeit für den Erlass eines Bebauungsplans begründen **FSt 61, 233**
- Die Festsetzungsermächtigung des § 9 Abs. 1 Nr. 23 Buchst. a BauGB erlaubt eine Verbesserung von Immissionssituationen in belasteten Gebieten **FSt 61, 234**
- § 9 Abs. 1 Nr. 23 Buchst. a BauGB ermöglicht nur stoffbezogene, nicht anlagen- oder verhaltensbezogene Verwendungsverbote **FSt 61, 234**
- Interesse an einer behindertengerechten Verkehrsinfrastruktur als ein für die Abwägung erheblicher Belang **FSt 69, 257**
- Antragsbefugnis von Eigentümern und Anwohnern von außerhalb des Plangebiets liegenden Grundstücken bei möglicher Verletzung des Abwägungsgebots in § 1 Abs. 7 BauGB **FSt 69, 257**
- Das Interesse an einer behindertengerechten Verkehrsinfrastruktur ist ein für die Abwägung erheblicher Belang **FSt 69, 258**
- Wenn abwägungserhebliche Belange nicht (ausreichend) ermittelt worden sind, liegt ein beachtlicher formeller Mangel vor (hier verneint) **FSt 69, 259**
- Bei der Abwägung steht der Gemeinde ein planerischer Gestaltungsspielraum zu **FSt 69, 259**
- Die Lösung von Problemen aus dem Bebauungsplanverfahren kann auf späteres Verwaltungshandeln verlagert werden, wenn die Konfliktlösung gesichert oder wenigstens wahrscheinlich ist (hier bejaht) **FSt 69, 260**

- Befristung und Widerrufsmöglichkeit einer Ausnahmegenehmigung zum Befahren einer Fußgängerzone stellen allein keinen Verstoß gegen das Erfordernis der Konfliktbewältigung dar FSt **69**, 261
- Funktionslosigkeit eines Bebauungsplans und Befreiung im Einzelfall FSt **81**, 301
- Anforderungen an die Funktionslosigkeit eines Bebauungsplans FSt **81**, 301
- Zur Prüfung der Funktionslosigkeit einzelner Festsetzungen muss nicht zwingend auf das gesamte Bebauungsplangebiet abgestellt werden FSt **81**, 301
- Für die Beurteilung der Funktionslosigkeit kann auf die Verhältnisse seit dem Inkrafttreten des Bebauungsplans abgestellt werden; Befreiungen nach altem Recht dürfen berücksichtigt werden FSt **81**, 303
- Offenkundige Funktionslosigkeit? FSt **81**, 303
- Das Einzelfallerfordernis in § 31 Abs. 3 BauGB verlangt einen atypischen Sonderfall FSt **81**, 304
- Pflicht der Gemeinde zur Auseinandersetzung mit Einwänden gegen ein eingeholtes Verkehrsgutachten FSt **95**, 344
- Ob die Gemeinde bei Einwänden gegen ein Gutachten weitere Ermittlungen anstellen muss, ist eine Frage des Einzelfalls FSt **95**, 345
- Ein Mangel bei der Abwägung ist offensichtlich nach § 214 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, wenn er sich aus Akten, Protokollen, aus der Entwurfs- oder Planbegründung oder aus sonstigen Unterlagen ergibt (hier bejaht) FSt **95**, 346
- Bebauungsplan für Gewerbegebiet: Anforderungen an die sachgerechte Berücksichtigung der Geruchsimmissionen eines dem Plangebiet benachbarten landwirtschaftlichen Betriebs FSt **96**, 347
- Geruchsemissionsprognose muss auf aktuellen Zahlen basieren FSt **96**, 347
- Beachtlichkeit des Ermittlungsfehlers FSt **96**, 349
- Rechtsgrundlage einer Festsetzung von „Geruchszonen“ mit Beschränkungen für die Aufenthaltsdauer von Personen FSt **96**, 349
- Normenkontrolle: fehlende Antragsbefugnis eines Nachbarn des überplanten Gebiets bei ausschließlicher Berufung auf fehlende Erschließung FSt **118**, 418
- Die Rechtsverletzung, die für eine Antragsbefugnis gegen eine städtebauliche Satzung behauptet wird, darf nicht offensichtlich und eindeutig nach jeder Betrachtungsweise unmöglich sein FSt **118**, 419
- Eine Verletzung des Abwägungsgebots kann die Antragsbefugnis begründen, wenn ein eigener Belang benannt wird, der in der Abwägung zu berücksichtigen ist FSt **118**, 419
- Die Behauptung der fehlenden Erschließung begründet die Antragsbefugnis in der Regel nicht, da diese grundsätzlich im öffentlichen Interesse liegt FSt **118**, 420
- Bebauungsplan zur Deckung des Wohnbedarfs der örtlichen Bevölkerung FSt **171**, 619
- Keine gemeindliche Planungsbefugnis, wenn die Bauleitplanung nicht geeignet ist, das gemeindliche Planungsziel zu erreichen FSt **171**, 620
- Die Sicherstellung der Erreichung der Planungsziele eines Bebauungsplans kann sich aus einem wirksamen städtebaulichen Vertrag ergeben, der diesen ergänzen soll FSt **171**, 620
- Ausschluss von allgemein zulässigen Nutzungen im allgemeinen Wohngebiet durch vorhabenbezogenen Bebauungsplan FSt **189**, 686
- Die Antragsbefugnis gegen einen Bebauungsplan kann auch einem dinglich Nießbrauchberechtigten zustehen FSt **189**, 686
- Ein Normenkontrollantrag ist nicht bereits deswegen rechtsmissbräuchlich, weil der Antragsteller den überplanten Bereich der Gemeinde oder dem Vorhabenträger verkauft hatte FSt **189**, 687
- Allgemeine Wohngebiete zeichnen sich dadurch aus, dass neben Wohngebäuden auch noch zumindest eine der in § 4 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauNVO aufgezählten allgemein zulässigen Nutzungen möglich ist FSt **189**, 688
- Verwirkung der Antragsbefugnis für eine Popularklage gegen die Änderung eines Bebauungsplans FSt **199**, 721
- Ein Bebauungsplan kann sowohl insgesamt als auch hinsichtlich einzelner Festsetzungen Gegenstand einer Popularklage sein FSt **199**, 722
- Die Antragsbefugnis für eine Popularklage kann durch Verwirkung erlöschen FSt **199**, 722
- Bebauungsplanverfahren: Hinweis auf vorhandene, (teilweise) überplante Bebauungspläne erforderlich? (hier verneint) FSt **231**, 850
- Bekanntmachung von Aufstellungsbeschlüssen mit der erklärten Zielsetzung der Änderung bereits bestehender und von der neuen Planung erfasster Bebauungspläne erforderlich? (verneint) FSt **231**, 851
- Anstoßwirkung und Hinweiszweck der Bekanntmachung erfordern keinen Hinweis auf bestehende Bebauungspläne FSt **231**, 852
- Festsetzung eines Sondergebietes „Seminaraus“ in einen Bebauungsplan FSt **232**, 853

- Das Interesse, von planbedingtem Verkehrslärm verschont zu bleiben, ist nur dann abwägenderheblich, wenn das entsprechende Grundstück über die Bagatellgrenze hinaus betroffen wird **FSt 232, 853**
- Ein Grundstückseigentümer ist im Normenkontrollverfahren gegen einen Bebauungsplan antragsbefugt i.S.v. § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO, wenn der Plan seinen Gebietserhaltungsanspruch entfallen lässt **FSt 232, 855**
- Fehlerhaftigkeit eines Bebauungsplans wegen Verletzung der Beteiligungsrechte eines Bürgerbegehrens **FSt 242, 900**
- Normenkontroll(eil)antrag gegen Bebauungsplan unzulässig, wenn eine bestandskräftige Baugenehmigung vorliegt, mit der der Bebauungsplan weitgehend ausgeschöpft wird **FSt 242, 901**
- Das Sicherungsrecht auf Durchführung eines Bürgerentscheids kann regelmäßig keine Klagebefugnis gegen die von einer staatlichen Behörde erteilte Baugenehmigung begründen **FSt 242, 902**
- Abänderungsverfahren **GK 173, 472**
- ergänzendes Verfahren **GK 173, 472**
- Geruchsimmissionen **GK 173, 472**
- Vorläufige Außervollzugsetzung eines Bebauungsplans **GK 173, 472**
- VwGO **GK 173, 472**

Beihilfe

- Bek des StMFH vom 11.11.2024 – Zwanzigste Änderung der Bekanntmachung über die Ergänzenden Bestimmungen zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung **GK 18, 48**
- Bek des StMFH vom 6.12.2024 – Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung; Abführung von Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträgen für Pflegepersonen **GK 29, 72**
- Bek des StMFH vom 28.2.2025 – Änderung der Bekanntmachung über die Ergänzenden Bestimmungen zum Vollzug der Bayerischen Beihilfeverordnung **GK 72, 192**
- Eigenmächtige Rehabilitierungsmaßnahme ist nicht erstattungsfähig **GK 87, 227**
- Keine Anspruchsgrundlage auf Kostenersatzung im Gesetz vorhanden **GK 87, 228**
- Kein Anspruch auf Erstattung „direkt“ aus der Verfassung (Fürsorgepflicht) **GK 87, 228**
- Verordnung zur Änderung der Bayerischen Beihilfeverordnung und der Bayerischen Heilverfahrensverordnung vom 08.05.2025 **GK 124, 336**

Bekanntgabe

- Bekanntgabevermutung und Widerlegung für einen Bescheid nach Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 VwZVG **GK 84, 217**

- Bekanntgabevermutung kann i.d.R. durch einfaches Bestreiten des Zugangs widerlegt werden **GK 84, 217**
- Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur Widerlegung der Bekanntgabevermutung des § 41 Abs. 2 Satz 1 VwVfG **GK 84, 218**
- Übertragbarkeit der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts auf die Zustellung nach dem VwZVG **GK 84, 219**

Benutzungsgebühren

- Voraussetzung eines Ausgleichs von Unterdeckungen **GK 121, 322**
- Auslegung des Art. 8 Abs. 6 Satz 2 Hs. 2 KAG **GK 121, 323**
- Anwendungsbereich des Art. 8 Abs. 6 Satz 2 Hs. 2 KAG im konkreten Fall nicht eröffnet **GK 121, 325**
- Kein Anlass, sich mit politisch gewollten bzw. bewusst in Kauf genommenen Unterdeckungen zu befassen **GK 121, 325**

Beseitigungsanordnung

- Wochenendhaus im Überschwemmungsgebiet; Beseitigungsanordnung und Bestandsschutz **FSt 193, 701**
- Kein formeller Bestandsschutz bei genehmigungspflichtiger Nutzungsänderung **FSt 193, 702**
- Voraussetzungen für materiellen Bestandsschutz (hier verneint) **FSt 193, 703**
- Materieller Bestandsschutz setzt bei illegaler Bebauung eine aktive Duldung der zuständigen Behörde voraus (hier verneint) **FSt 193, 704**

Besoldung

- Bek. des StMFH vom 09.07.2025 – Bayerische Verwaltungsvorschriften zum Besoldungsrecht und Nebengebieten (BayVwVBes) **GK 150, 408**

Besoldung, Entgelte

- Stufenzuordnung TVÜ-VKA – Höhergruppierung – Elternzeit – Ruhen des Arbeitsverhältnisses **GK 35, 91**
- Wahrung der tariflichen Ausschlussfrist bei Klage auf Vergütung nach einer bestimmten Entgeltgruppe **GK 169, 464**
- Laufzeit 27 Monate / Inflationsausgleich / Mindestbetrag **GK 177, 481**
- Entgelttabellen TVöD-VKA / TV-V / SuE – Ausbildungs- und Studierendenvergütung + 75 € **GK 177, 481**
- Jahressonderzahlung 85 % / 90 % – Umwandlung Jahressonderzahlung in freie Tage **GK 177, 482**

- Wechselschicht- und Schichtzulagen 2025 ff.
GK 177, 482
- Freiwillige Erhöhung der Arbeitszeit bis
42 Std. – Langzeitkonten / Sabbatical / § 7c
SGB IV – Zusatzurlaub ab 2027 GK 177, 482
- Familienheimfahrten Pflege > 300 km –
Erstattung – Übernahme von Auszubildenden /
Studierenden (nicht explizit als Unterstichwort
enthalten, könnte ergänzt werden) GK 177, 484
- Entgelttabellen TVöD-VKA / TV-V / SuE
(erneute Referenz, technisch mit 2. Entgelt-
erhöhung verknüpfbar) GK 177, 484

Bestattungswesen

- Neufassung der Bestattungsbekanntmachung
FSt 30, 102
- Bei der im Bestattungsgesetz geforderten Be-
reitstellung der notwendigen Bestattungsein-
richtungen werden die Gemeinden hoheitlich
tätig und tragen als Friedhofsträger die Letzt-
verantwortung FSt 30, 102
- Ein Benutzungszwang für das gemeindliche
Leichenhaus kann auch bei Urnenbestattungen
gerechtfertigt sein FSt 30, 103
- Auch bei der Einbindung privater Unterneh-
men in den Betrieb gemeindlicher Friedhöfe
bleibt die Gemeinde verantwortliche Friedhofs-
trägerin FSt 30, 104
- Neben der Bestattungshoheitsverwaltung kön-
nen Gemeinden auch Bestattungswirtschafts-
betriebe führen, sofern sie die inhaltliche
Verbindung zwischen den beiden Bereichen
nicht missbräuchlich ausnutzen FSt 30, 106
- Naturfriedhöfe müssen mindestens in einem
Flächennutzungsplan ausgewiesen werden
FSt 30, 107
- Bei der Frage, ob auf einem gemeindlichen
Friedhof Erdbestattungen in einem Leichen-
tuch ohne Sarg zugelassen werden sollen,
muss die Gemeinde als Friedhofsträgerin
sicherstellen, dass der Boden hierfür geeignet
ist FSt 30, 108
- Auf den Friedhöfen muss die Standsicherheit
der Grabsteine mit Hilfe eines geeigneten
Verfahrens überprüft werden FSt 30, 109
- Fallen Sterbe- und Wohnsitzgemeinde ausei-
nander, endet die Zuständigkeit der Sterbe-
gemeinde in der Regel mit der Übergabe der
Leiche an die Wohnsitzgemeinde FSt 30, 109

Betrieb gewerblicher Art

- Zusammenfassung nach § 4 Abs. 6 KStG
GK 187, 511

Betriebsveranstaltungen

- Betriebsveranstaltung – Zuwendungswert /
Freigrenze GK 178, 489

- BSG-Entscheidung vom 23.04.2025 GK 178, 489
- Nachforderung von Sozialversicherungs-
beiträgen u.a. GK 178, 489

Bewerbungen

- Konkurrentenstreit um höherwertigen Dienst-
posten (Art. 33 Abs. 2 GG) FSt 113, 400
- Benachteiligung eines Bewerbers wegen der
Behinderung und des Alters – einheitlicher An-
spruch – unterschiedliche Ausschlussfristen
FSt 152, 559
- Verletzung des Bewerbungsverfahrens-
anspruchs durch Abbruch des Stellenbeset-
zungsverfahrens und Schadensersatz für
Bestgeeigneten FSt 163, 600
- Führungseignung als Voraussetzung der Einbe-
ziehung von Bewerbern in ein Auswahlverfah-
ren? FSt 209, 761
- Grundsätzliche Zulässigkeit von gestuften Aus-
wahlverfahren und konstitutiven Anforderungs-
profilen FSt 209, 761
- Die Bewertung von Führungskompetenz bzw.
-eignung unterliegt dem Beurteilungsspielraum
des Dienstherrn FSt 209, 763
- Fehlerhafte Auswahl eines Bewerbers wegen
fehlender Aufklärung bestehender Zweifel an
seiner gesundheitlichen Eignung; Berücksichti-
gung älterer dienstlicher Beurteilungen
FSt 221, 810
- Heranziehung älterer dienstlicher Beurteilun-
gen als Erkenntnismittel in einem Auswahl-
verfahren FSt 221, 812

Bewertungsgesetz

- Bewertung von Grundstücken mit Windkraftan-
lagen oder Freiflächen-Fotovoltaikanlagen
GK 33, 87

Bezirksumlagen

- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2024
GK 23, 54
- Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und
Landkreise GK 23, 55
- Entwicklung des Umlagesolls der Bezirke
GK 23, 56
- Entwicklung der Bezirksumlagesätze GK 23, 57

Brandverhütung

- Anscheinsbeweis für Brandverursachung durch
feuergefährliche Arbeiten FSt 182, 662
- Vorliegen feuergefährlicher Arbeiten
FSt 182, 664
- Vorliegen eines räumlichen Zusammenhangs
FSt 182, 665
- Vorliegen eines zeitlichen Zusammenhangs
FSt 182, 665

- Verschulden **FSt 182, 668**

Bundesverfassungsgericht

- Änderung des Grundgesetzes, Zuständigkeiten **FSt 166, 603**

Bürgermeister

- Befristete Kürzung der Ruhegehaltsbezüge eines ehemaligen Bürgermeisters wegen nicht zeitnaher Übermittlung von Rechnungsprüfungsberichten an den Gemeinderat **GK 188, 515**
- Zeitnahe Übermittlung eines Rechnungsprüfungsberichts an den Gemeinderat als Dienstpflicht des Bürgermeisters **GK 188, 516**
- Angemessene Disziplinarmaßnahme **GK 188, 517**
- Umgehung der Überwachungsfunktionen des Gemeinderates nach Art. 30 Abs. 3 GO als Dienstvergehen **GK 188, 517**

C

Campingplätze

- Berücksichtigung von Immissionen durch landwirtschaftliche Betriebe bei der Planung von Campingplätzen und Wohnmobilstellplätzen **FSt 213, 778**
- Bei der Planung von Campingplätzen hat die Gemeinde den Regelschutzanspruch des Außenbereichs nach der TA Luft 2021 (20 % Geruchsstunden) zugrunde zu legen **FSt 213, 779**
- Die Ausweisung eines Campingplatzes an einem Standort, an dem die maßgeblichen Geruchsstundenhäufigkeiten überschritten werden, kann nur durch überwiegende städtebauliche Belange gerechtfertigt werden **FSt 213, 781**

D

Datenschutz

- Datenschutzrechtliche Vorgaben für eine automatisierte Kennzeichenerfassung beim Kameraparken **FSt 10, 32**
- Erfordernis einer Rechtsgrundlage für die Kennzeichenerfassung **FSt 10, 33**
- Keine Rechtsgrundlage nach Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. e DSGVO **FSt 10, 33**
- Keine Rechtsgrundlage nach Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. b und f DSGVO **FSt 10, 34**
- Rechtsgrundlage nach Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. a DSGVO **FSt 10, 34**
- Angemessenheitsbeschluss für das EU-U.S. Data Privacy Framework **FSt 14, 43**

- Datenschutz bei Rechtschreibkorrektur im Webbrowser **FSt 35, 126**
- KI-Unterstützung bei Webbrowser-Funktionen **FSt 35, 126**
- Einstellungen bei verbreiteten Webbrowsern **FSt 35, 127**
- Datenschutzrechtliche Anforderungen **FSt 35, 128**
- Fazit **FSt 35, 129**
- Bayerische öffentliche Stellen und die Windows-Telemetrikomponente **FSt 46, 165**
- Fehlerhafte Zugriffsrechte auf Personalakten-daten **FSt 57, 214**
- Datenpannen mit Microsoft Excel vermeiden **FSt 65, 244**
- Eine Arbeitsmappe – mehrere Arbeitsblätter **FSt 65, 244**
- Sichtbare Arbeitsblätter – unsichtbare Arbeitsblätter **FSt 65, 245**
- Daten „auf weiter Flur“ **FSt 65, 246**
- Ausgeblendete Spalten, Zeilen oder Zellen **FSt 65, 246**
- Metadaten **FSt 65, 247**
- Funktion „Dokumentprüfung“ **FSt 65, 248**
- Was der Verantwortliche tun sollte **FSt 65, 248**
- Örtliche Fahrzeugregister – keine Nutzung für personalisierte Informationsschreiben über Dieselfahrverbote **FSt 90, 322**
- Keine Befugnis für Datenauslesung aus dem örtlichen Fahrzeugregister **FSt 90, 323**
- Keine Befugnis für Versand individualisierter Informationsschreiben **FSt 90, 324**
- Wann ist eine natürliche Person identifizierbar? **FSt 100, 361**
- Kontaktdaten kommunaler Beschäftigter auf der Plattform BayernPortal **FSt 114, 401**
- Beschäftigtendaten im Publikumsverkehr **FSt 114, 401**
- Verarbeitungszweck **FSt 114, 401**
- Erforderlichkeit zur Aufgabenerfüllung **FSt 114, 402**
- Beschäftigte mit „Außenwirkung“ **FSt 114, 403**
- Ausnahmen aufgrund individueller Situation **FSt 114, 404**
- Rechenschaftspflicht **FSt 114, 404**
- Auskunftsrecht nach Art. 39 BayDSG **FSt 127, 445**
- Grundstücksankauf durch eine Kommune **FSt 127, 445**
- Ignorieren von Auskunftsanträgen – keine gute Option **FSt 127, 446**
- Erstellung und Aktualisierung eines Verarbeitungsverzeichnisses nach Art. 30 DSGVO **FSt 136, 481**
- Grundstücksankauf durch eine Kommune **GK 148, 404**

- Ignorieren von Auskunftsanträgen – keine gute Option GK 148, 405

Datenübermittlung

- Übermittlung von Sozialdaten vom Jugendamt an die Ausländerbehörde FSt 198, 720

Denkmalschutz

- Bebaubarkeit von Garten- und Freiflächen im Umgriff einer denkmalgeschützten Stadtvilla FSt 119, 421
- Garten- und Freifläche als Bestandteil einer denkmalgeschützten Stadtvilla FSt 119, 422
- Zum Vorliegen gewichtiger Gründe des Denkmalschutzes FSt 119, 423
- Freifläche als Teil der Umgebung eines Denkmals im Sinne des Art. 6 Abs. 1 Satz 2 BayDSchG FSt 119, 425
- Neuregelungen zur Errichtung von Windenergieanlagen in der Nähe eines Bau- oder Bodendenkmals sind verfassungsgemäß FSt 141, 499
- Bedeutung des Entfalls der denkmalrechtl. Erlaubnis für die Errichtung von Windenergieanlagen nach Art. 6 Abs. 5 und Art. 7 Abs. 4 Sätze 3 und 4 BayDSchG FSt 141, 500
- Legitimer Zweck, Geeignetheit und Erforderlichkeit der Neuregelungen FSt 141, 501
- Angemessener Ausgleich zwischen dem öffentlichen Interesse an einem beschleunigten Ausbau von Windenergieanlagen und den privaten Interessen der Denkmaleigentümer FSt 141, 502
- Keine Beeinträchtigung der Klagebefugnis der Denkmaleigentümer FSt 141, 503
- Kein Verstoß gegen die Staatszielbestimmung des Art. 141 Abs. 2 BV FSt 141, 504
- Kein Verstoß gegen den Gleichheitssatz des Art. 118 Abs. 1 BV FSt 141, 504
- Kein Verstoß gegen das Bestimmtheitsgebot des Art. 3 Abs. 1 Satz 1 BV FSt 141, 505
- Bek des StMWK vom 20.12.2024 – Verwaltungsverfahren bei der Inanspruchnahme des Entschädigungsfonds nach dem Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler (Denkmalschutzgesetz – BayDSchG) GK 47, 120

Dienstunfall

- Kein Dienstunfallschutz für Reparaturversuch an einer Wanduhr im Dienstzimmer mit einem privaten Klappmesser FSt 116, 412
- Dienstunfall bei Besuch eines Blumenladens? FSt 128, 448
- Allgemein zum Vorliegen eines Dienstunfalls FSt 128, 448
- Nichtvorliegen eines Wegeunfalls im engeren Sinn FSt 128, 448

- Nichtvorliegen eines Wegeunfalls im weiteren Sinn FSt 128, 449
- Der Erwerb von Blumen für eine Kollegin stellt für sich genommen keine Tätigkeit „in Ausübung des Dienstes“ dar FSt 128, 450
- Beweislast FSt 162, 599
- Kausalität FSt 162, 599
- Keine beamtenrechtliche Unfallfürsorge auf privaten Flächen FSt 187, 681

Disziplinarrecht

- Nochmals: Abgrenzung von außerdienstlichem und innerdienstlichem Fehlverhalten eines Beamten; disziplinarrechtliche Würdigung FSt 47, 170
- Verletzung der Pflicht zu achtungs- und vertrauenswürdigem Verhalten FSt 47, 170
- Innerdienstliches Dienstvergehen FSt 47, 171
- Ahndung des Dienstvergehens FSt 47, 172
- Befristete Kürzung der Ruhegehaltsbezüge eines ehemaligen Bürgermeisters wegen nicht zeitnaher Übermittlung von Rechnungsprüfungsberichten an den Gemeinderat FSt 167, 603
- Umgehung der Überwachungsfunktionen des Gemeinderates nach Art. 30 Abs. 3 GO als Dienstvergehen FSt 167, 605
- Entfernung eines Kämmerers aus dem Dienst wegen außerdienstlicher Einräumung eines Kredits zu seinen Gunsten durch ihn selbst als Geschäftsleiter eines Zweckverbands FSt 229, 841
- Konkrete Gefährdung des Vermögens als Vermögensnachteil FSt 229, 842
- Späterer Schadensausgleich lässt Schaden nicht entfallen FSt 229, 843
- Vorsätzliches Handeln FSt 229, 843
- Dienstvergehen durch Fehlverhalten außerhalb des Dienstes FSt 229, 844
- Keine ausweglos erscheinende wirtschaftliche Notlage FSt 229, 846
- Wiedergutmachung des Schadens als Milderungsgrund? (verneint) FSt 229, 846
- Unzureichende Kontrolle durch Vorgesetzte als Milderungsgrund? (verneint) FSt 229, 847
- Entfernung aus dem Dienst nach Gesamtwürdigung FSt 229, 847

E

Ehrensold

- Der Pflichtehrensold nach dem bayerischen Kommunalwahlbeamtenengesetz ist im Versorgungsausgleich auszugleichen GK 43, 112

Eingruppierung

- Eingruppierung eines Wertstoffhofmitarbeiters
FSSt 135, 480
- Arbeitsvorgang als Bezugspunkt der tariflichen Bewertung; hier: Eingruppierung einer Verwaltungskraft in einem Pflegeheim
FSSt 178, 647
- Bewertung des Arbeitsvorgangs „Verwaltungstätigkeit“
FSSt 178, 649

Einheimischenmodell

- Überlassung der Wohnung an Verwandte
FSSt 211, 766
- Angemessenheit einer Nutzungsbindung von 15 Jahren und eines Zustimmungsvorbehalts hinsichtlich der Aufnahme von Familienangehörigen
FSSt 211, 767
- Zweck des Einheimischenmodells und personenbezogenes Auswahlrecht der Gemeinde
FSSt 211, 768

Einkommensteuer

- Jahressteuergesetz 2024 – Wichtige Änderungen mit kommunalem Bezug
GK 50, 129
- Änderungen im Bereich des Einkommensteuergesetzes
GK 50, 129
- Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 26a EStG für eine nebenberufliche ehrenamtliche Tätigkeit als Aufsichtsrat einer kommunalen GmbH
GK 77, 205

Einvernehmen

- Fiktion des gemeindlichen Einvernehmens bei fehlerhafter Fristangabe im Ersuchen
FSSt 138, 488
- Das gemeindliche Einvernehmen ist ein Instrument zur Sicherung der Planungshoheit der Gemeinde
FSSt 138, 489
- In Genehmigungsverfahren betreffend Flüchtlingsunterkünfte ist die Frist für den Eintritt der Einvernehmensfiktion auf einen Monat verkürzt
FSSt 138, 489
- Die Frist für den Eintritt der Einvernehmensfiktion ist auch verstrichen, wenn die Gemeinde zwar innerhalb der Frist über die Verweigerung des Einvernehmens entscheidet, dies aber erst nach Ablauf der Frist der Genehmigungsbehörde mitteilt
FSSt 138, 490
- Die Frist wird nicht ausgelöst, wenn das Ersuchen geeignet ist, bei der Gemeinde einen Irrtum über die Dauer der Frist hervorzurufen
FSSt 138, 491
- Allein die Verletzung oder Missachtung des gesetzlich gewährleisteten Rechts der Gemeinde auf Einvernehmen führt zur Aufhebung der Baugenehmigung
FSSt 138, 492

- Fiktion des gemeindlichen Einvernehmens bei fehlerhafter Fristangabe im Ersuchen
GK 154, 420
- Das gemeindliche Einvernehmen ist ein Instrument zur Sicherung der Planungshoheit der Gemeinde
GK 154, 421
- In Genehmigungsverfahren betreffend Flüchtlingsunterkünfte ist die Frist für den Eintritt der Einvernehmensfiktion auf einen Monat verkürzt
GK 154, 422
- Die Frist für den Eintritt der Einvernehmensfiktion ist auch verstrichen, wenn die Gemeinde zwar innerhalb der Frist über die Verweigerung des Einvernehmens entscheidet, dies aber erst nach Ablauf der Frist der Genehmigungsbehörde mitteilt
GK 154, 423
- Die Frist wird nicht ausgelöst, wenn das Ersuchen geeignet ist, bei der Gemeinde einen Irrtum über die Dauer der Frist hervorzurufen
GK 154, 423
- Allein die Verletzung oder Missachtung des gesetzlich gewährleisteten Rechts der Gemeinde auf Einvernehmen führt zur Aufhebung der Baugenehmigung
GK 154, 425

Eisenbahn

- Sechstes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG)
FSSt 218, 799
- Bahnbetriebszweck eines Grundstücks; überragendes öffentliches Interesse: § 23 Abs. 1 AEG n.F.
FSSt 218, 799
- Umkehrschluss; Antragstellung: § 23 Abs. 2 und 2a AEG n.F.
FSSt 218, 799
- Übergangsregelung: § 38 Abs. 12 AEG n.F.
FSSt 218, 800

Energieversorgung

- Die Gewährung des Kommunalrabatts auf Abgaben, Umlagen und Entgelte für Messungen bzw. den Messstellenbetrieb ist unzulässig
GK 44, 117

Energiewirtschaft

- Möglichkeiten kommunaler Investitionen in die Energiewende
GK 56, 145
- Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Vermeidung von temporären Erzeugungsüberschüssen vom 21.2.2025
GK 64, 168
- Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zur Flexibilisierung von Biogasanlagen und Sicherung der Anschlussförderung vom 21.2.2025
GK 64, 168
- Gesetz zur Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes und der KWK-Ausschreibungsverordnung vom 21.2.2025
GK 64, 168

Enteignung

- Anspruch auf Entschädigung gegen Sicherheitsbehörde, die wegen Fund einer Fliegerbombe durch Allgemeinverfügung eine Evakuierung eines Krankenhauses anordnet?
FSt 195, 710

Entgeltfortzahlung

- Entgeltfortzahlung aufgrund einer SARS-CoV-2-Infektion und behördlicher Absonderungsanordnung
GK 4, 17
- Kein Entgeltfortzahlungsanspruch wegen Krankheit bei behördlich angeordnetem Tätigkeits- und Betretungsverbot
GK 78, 208
- Grundsatz der Monokausalität hindert Anspruch auf Entgeltfortzahlung
GK 78, 209
- Erkrankung vor Zugang eines Betretungsverbots nicht relevant für Entgeltfortzahlung
GK 78, 210
- Bindungswirkung von Verwaltungsakten; hier: Ordnungsverfügung nach dem Infektionsschutzgesetz
GK 78, 210

Entwicklungsplanung

- Entwicklungsvertrag (§ 167 BauGB): Schadensersatzanspruch der Gemeinde gegen Entwicklungsträger wegen Rückforderung von Zuwendungen
FSt 224, 826
- Zivilrechtliche Schadensersatzansprüche bestehen auch beim öffentlich-rechtlichen Entwicklungsvertrag nach § 167 BauGB
FSt 224, 828
- Schuldhaftes Pflichtverletzung der Entwicklungsträgerin durch fehlerhafte Vergabe (hier bejaht)
FSt 224, 829
- Umfang des Schadens
FSt 224, 830
- Kein Mitverschulden der Stadt
FSt 224, 831
- Verjährungsbeginn
FSt 224, 831

Erhaltungssatzung

- Relative Unwirksamkeit einer trotz vorläufiger Untersagung vollzogenen Teilung eines Grundstücks in Wohnungs- oder Teileigentum
FSt 117, 413
- Vorläufige Untersagung gemäß § 15 Abs. 1 Satz 2 i.V.m. § 172 Abs. 2 BauGB als behördliches Veräußerungsverbot im Sinn von § 136 BGB
FSt 117, 414
- Der Widerruf der vorläufigen Untersagung lässt die Teilung nicht wirksam werden, wenn er zu einem Zeitpunkt erfolgt, zu dem die Erhaltungssatzung bereits in Kraft getreten ist
FSt 117, 415
- Dass ein aus der Erhaltungssatzung folgendes Genehmigungserfordernis gemäß § 878 BGB analog unbeachtlich ist, ändert an der relativen Unwirksamkeit der Teilung nichts
FSt 117, 416

- Eine relativ unwirksame Teilung in Wohnungs- oder Teileigentum wird nicht mit dem Inkrafttreten einer grundsätzlich vorrangigen Umwandlungsverordnung i.S.v. § 250 Abs. 1 BauGB wirksam
FSt 117, 416
- Die Eintragung einer relativ unwirksamen Teilung führt nicht zu einer Genehmigungsfiktion nach § 250 Abs. 5 Satz 2 BauGB
FSt 117, 417

Erschließungsbeitrag

- Rechtmäßige Herstellung; Beginn der technischen Herstellung bei Altanlagen
GK 2, 1
- Rechtmäßige Herstellung der Erschließungsanlage
GK 2, 2
- Beginn der technischen Herstellung
GK 2, 5
- Keine Heilung verfrüht erlassener Beitragsbescheide
GK 2, 6
- Abgrenzung von Innen- und Außenbereich
GK 58, 158
- Abgrenzungsmaßstab
GK 58, 158
- Mehrfacherschließung eines Gewerbegrundstücks
GK 136, 378
- Erschließungsbeitragspflicht auch bei bereits vorhandener anderweitiger Erschließung
GK 136, 379
- Zu den Anforderungen an das Erschlossensein bei einem Gewerbegrundstück
GK 136, 379
- Erschließungsbeitragsrechtliche Folgen einer teilweisen Sperrung für Schwerlastverkehr
GK 136, 380
- Verkehrszeichen im konkreten Fall kein beachtliches Hindernis
GK 136, 380

F

Fahrerlaubnis

- Fahrtenbuchauflage – Unmöglichkeit der Feststellung des Fahrzeugführers bei Mitteilung am Tag vor Eintritt der Verjährung
FSt 42, 154
- Trunkenheitsfahrt und Entzug der Fahrerlaubnis: Zur Pflicht der Fahrerlaubnisbehörde, auf die Begutachtungsstelle einzuwirken (hier verneint)
FSt 43, 155
- Auch bei einer erstmaligen Trunkenheitsfahrt mit einem Fahrrad und einer BAK von mindestens 1,6 Promille ist regelmäßig ein medizinisch-psychologisches Gutachten beizubringen
FSt 43, 156
- Wird ein Gutachten nicht (rechtzeitig) beigebracht, darf die Fahrerlaubnisbehörde in der Regel auf die Nichteignung des Betroffenen schließen
FSt 43, 157

- Für die Beibringung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens ist eine Frist von zwei Monaten grundsätzlich ausreichend FSt **43**, 157
- Die Dauer der Frist ist nicht danach zu richten, wie lange der Betroffene zur Sicherstellung einer positiven Begutachtung benötigt FSt **43**, 158
- Die Verantwortung für die fachliche Richtigkeit der Begutachtung trägt die Begutachtungsstelle – ein Einwirken der Fahrerlaubnisbehörde ist regelmäßig nicht erforderlich FSt **43**, 158
- Fahrerlaubnis auf Probe – Anordnung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens nach erneutem Verkehrsverstoß in neuer Probezeit FSt **74**, 279
- Entziehung der Fahrerlaubnis nach dem Fahr-eignungs-Bewertungssystem: Kein Bewertungs-spielraum und kein Ermessen der Fahrer-laubnisbehörden FSt **84**, 311
- Punkte im Fahr-eignungsregister ergeben sich bei rechtskräftig geahndeter Ordnungswidrig-keit oder Straftat unmittelbar kraft Gesetzes FSt **84**, 312
- Entziehung der Fahrerlaubnis bei acht oder mehr Punkten: Kein Ermessen der Fahrerlaub-nisbehörden FSt **84**, 313
- Nochmals: Fahren mit erlaubnisfreien Fahrzeu-gen darf auf der Grundlage der Fahrerlaubnis-Verordnung nicht verboten werden FSt **133**, 476
- Entziehung der Fahrerlaubnis wegen einer Trunkenheitsfahrt mit dem Fahrrad in erheb-lich alkoholisiertem Zustand FSt **184**, 673

Fernwärmeeinrichtungen

- Fernwärmelieferungsverträge: Unwirksame Preiserhöhungen und Widerspruchspflicht der Kunden FSt **170**, 612
- Anforderungen an Preisänderungsklauseln nach § 24 Abs. 4 AVBFernwärmeV FSt **170**, 613
- Kunden müssen Preiserhöhungen innerhalb von drei Jahren nach Zugang der Jahresrech-nung beanstanden FSt **170**, 614
- Die Verlässlichkeit der Preiskalkulation des Fernwärmersorgers liegt im Interesse beider Vertragsparteien FSt **170**, 615

Feuerwehr

- Kostenersatz des Bundes für Feuerwehreinsatz einer Gemeinde zur Beseitigung einer Öllache auf einer Bundeswasserstraße FSt **73**, 277
- Anspruch auf Bestätigung durch die Gemeinde als Stellvertreter des Feuerwehrkommandanten FSt **159**, 585

- Bestätigung des stellvertretenden Kommandan-ten durch die Gemeinde ist eine gebundene Entscheidung FSt **159**, 586
- Versagungsgrund der fehlenden fachlichen Eignung (verneint) FSt **159**, 586
- Versagungsgrund der fehlenden Eignung auf-grund sonstiger wichtiger Gründe (verneint) FSt **159**, 587
- Novelle des Bayerischen Feuerwehrgesetzes (BayFwG) FSt **217**, 793
- Art. 1 Abs. 3 BayFwG – Brandschutz-erziehung und -prävention FSt **217**, 793
- Art. 4 Abs. 2 Satz 1 BayFwG – Stellen von Sicherheitswachen FSt **217**, 794
- Art. 6 Abs. 2 Satz 1 BayFwG – Anhebung der Altersgrenze für den Feuerwehrdienst FSt **217**, 794
- Art. 30 BayFwG – Bildaufnahmen und -auf-zeichnungen durch Drohnen und Löschroboter FSt **217**, 798
- Bek des StMI vom 23.12.2024 – Richtlinien für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung des kommunalen Feuerwehrwesens (Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien – FwZR) GK **47**, 120
- Entschädigungen nach §§ 11 und 13 der Aus-führungsverordnung zum Bayerischen Feuer-wehrgesetz (AVBayFwG) ab 1.2.2025 GK **68**, 182
- Monatliche Entschädigungen nach § 11 Abs. 1 AVBayFwG GK **68**, 182
- Stundensätze nach § 11 Abs. 5 AVBayFwG GK **68**, 182
- Monatliche Rahmensätze nach § 13 Abs. 1 AV-BayFwG GK **68**, 182

Finanzausgleich

- Finanzausgleich 2025 FSt **148**, 527
- Ausgangslage FSt **148**, 528
- Finanzausgleichsvolumen 2025 FSt **148**, 529
- Allgemeiner Steuerverbund, Schlüsselzuwei-sungen FSt **148**, 529
- Grunderwerbsteuerverbund nach Art. 8 BayFAG FSt **148**, 531
- Einkommensteuersatz nach Art. 1b BayFAG FSt **148**, 531
- Finanzzuweisungen nach Art. 7 und 9 BayFAG FSt **148**, 531
- Kommunalen Hochbau (Art. 10 BayFAG) FSt **148**, 536
- Bedarfszuweisungen FSt **148**, 541
- Krankenhausfinanzierung FSt **148**, 549
- Investitionspauschale nach Art. 12 BayFAG FSt **148**, 551

- Zuweisungen zu den Aufwendungen für die Schülerbeförderung FSt 148, 552
- Zuweisungen an die Bezirke FSt 148, 552
- 2025: Tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Finanzausgleichsleistungen FSt 149, 552

Finanzausgleich 2025

- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsvorordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2025) (Nachtragshaushaltsgesetz 2025 – NHG 2025) vom 28.04.2025 GK 124, 336

Finanzausgleichsgesetz

- Erste Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2025 vom 25.3.2025 GK 90, 240

Finanzen, kommunale

- Schlüsselzuweisungen für 2025 GK 100, 265
- Gemeindeschlüsselzuweisungen GK 100, 267
- Landkreisschlüsselzuweisungen GK 100, 268
- Gemeinde- und Landkreisschlüsselzuweisungen je Einwohner und regionale Aufteilung GK 100, 268
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2025 nach Größenklassen GK 100, 269
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2025 nach Größenklassen GK 100, 269
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2025 nach Regierungsbezirken GK 100, 270
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2025 nach Regierungsbezirken GK 100, 270
- Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und Landkreise für 2025 nach Regierungsbezirken GK 100, 271
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2025 GK 100, 271

Finanzen, öffentliche

- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2023 GK 65, 169
- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) und der Verbände mit kommunalen Aufgaben am 31.12.2023 im Vergleich zum Schuldenstand des Bundes GK 65, 169
- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr 2023 GK 65, 170
- Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung Gemeindefinanzreformgesetz vom 11.3.2025 GK 90, 240

- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2023 GK 92, 243
- Nochmals: Zusammenfassung von Betrieben gewerblicher Art (BgA) gemäß § 4 Absatz 6 Satz 1 Nummer 1 bis 3 KStG – Nichtanwendungserlass – GK 160, 447
- Überarbeitetes Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) zum ermäßigten Steuersatz auf die Lieferung von Holzhackschnitzeln GK 161, 448
- Die Gemeindefinanzen in Bayern im Jahr 2024; Ergebnis der vierteljährlichen Kassenstatistik GK 167, 458
- Bayerische Wirtschaft im Jahr 2024 in der Rezession GK 167, 458
- Finanzierungssaldo negativ GK 167, 459
- Anstieg bei den kommunalen Steuereinnahmen GK 167, 459
- Weitere Zunahme bei der Gewerbesteuer GK 167, 459
- Steuereinnahmen – Übersicht GK 167, 460
- Höhere Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb GK 167, 460
- Gestiegene Zuweisungen, höhere Kreis- und Bezirksumlagen GK 167, 460
- Personalausgaben weiter gestiegen GK 167, 461
- Höhere Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke GK 167, 462
- Erhöhte Gewerbesteuerumlage seit 2020 entfallen GK 167, 462
- Stark gestiegene Ausgaben für Sozialhilfe und Sonstige soziale Leistungen GK 167, 462
- Starker Aufwuchs bei den Bauausgaben GK 167, 463

Flüchtlinge

- Zulässigkeit einer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in einem allgemeinen Wohngebiet FSt 180, 654
- Gebietsverändernde Wirkung einer Gemeinschaftsunterkunft (hier bejaht) FSt 180, 655
- Keine nachbarschützende Funktion einer Veränderungssperre FSt 180, 657

Flüchtlingsverwaltung

- Bezahlkarte für Geflüchtete GK 125, 337
- Gerichtsentscheide seit der Einführung der Bezahlkarte GK 125, 337
- Reduzierung der Auslandsüberweisungen GK 125, 337
- Kommunen müssen keinen Verwendungsnachweis für Integrationspauschale vorlegen GK 126, 339
- Verwendung der Integrationspauschale GK 126, 339

- Zweckbindung der Integrationspauschale
GK 126, 339

Flurbereinigung

- Straßenrecht: Widmungsfiktion im Flurbereinigungsverfahren FSt 52, 192
- Anfechtbarkeit der Widmungsverfügung
FSt 52, 193
- Antragsbefugnis des Anliegers FSt 52, 193
- Widmungsfiktion im Flurbereinigungsverfahren
FSt 52, 194
- Keine Umdeutung in eine Teileinziehung
FSt 52, 194

Fraktionen

- Beauftragte eines Bezirkstags; Bestellung nach dem Mehrheitsprinzip; Spiegelbildlichkeitsgebot
FSt 45, 161
- Das freie Mandat der gewählten kommunalen Mandatsträger schließt einen Anspruch auf ein bestimmtes Abstimmungsverhalten aus
FSt 45, 162
- Der Grundsatz der Spiegelbildlichkeit gilt nur für die Besetzung solcher kommunalen Gremien, die an der Erfüllung der dem Plenum der Vertretungskörperschaft zugewiesenen Aufgaben mitwirken FSt 45, 162
- Die Beauftragten des Bezirkstags nehmen Aufgaben der Bezirksverwaltung, nicht dagegen des Bezirkstags wahr FSt 45, 163
- Der Gedanke des Minderheitenschutzes erzwingt keine Anwendung des Spiegelbildlichkeitsprinzips auf Beauftragte des Bezirkstags
FSt 45, 164
- Presseerklärung einer Ratsfraktion; Klage eines Drittbetroffenen; Rechtsnatur von Fraktionen; Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs
FSt 64, 241
- Gemeinderatsfraktionen sind öffentlich-rechtliche Zusammenschlüsse von Mandatsträgern
FSt 64, 241
- Ob eine Fraktion zivilrechtlich oder öffentlich-rechtlich handelt, bestimmt sich nach dem Funktionszusammenhang FSt 64, 242
- Gegen öffentliche Äußerungen einer Fraktion über Dritte ist (nur) der Verwaltungsrechtsweg eröffnet FSt 64, 242
- Wenn sich eine Fraktion als solche öffentlich äußert, kann darin in keinem Fall eine private Äußerung gesehen werden FSt 64, 243

G

Gasversorgung

- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für das Jahr 2025
GK 103, 282

Gebühren

- Erste Verordnung zur Änderung der Besonderen Gebührenverordnung AA vom 04.06.2025
GK 130, 360

Gehwege

- Anspruch von Anwohnern gegen die Straßenverkehrsbehörde auf Einschreiten gegen verbotswidrig auf den Gehwegen geparkte Fahrzeuge FSt 22, 71
- Drittschützende Wirkung des Verbots des Gehwegparkens FSt 22, 72
- Pflicht der Straßenverkehrsbehörde zum Einschreiten nur bei einer Ermessensreduzierung auf Null (hier verneint) FSt 22, 75
- § 12 Abs. 4 und 4a StVO begründet subjektive Rechte der Anwohner im Regelfall nur für den Gehweg der „eigenen“ Straßenseite
FSt 22, 77

Geldanlagen

- Geldanlagen bei der Greensill Bank: Erste rechtskräftige Entscheidungen zu Schadensersatzforderungen von Kommunen gegen Anlagevermittler FSt 37, 130
- Bestehen eines Anlagevermittlungsvertrags
FSt 37, 132
- Kenntnis des Anlagenvermittlers von einem seitens der Kommune festgelegten Mindest-rating (hier A) FSt 37, 133
- Schuldhaftige Pflichtverletzung des Anlagenvermittlers FSt 37, 134
- Umfang des Schadensersatzanspruchs
FSt 37, 135
- Bestehen eines Auskunftsvertrags über die Vermittlung einer Kapitalanlage FSt 37, 136
- Umfang der Pflicht des Anlagevermittlers zur Information über die Bonität des Emittenten einer Kapitalanlage FSt 37, 136
- Berücksichtigung der bei der Kommune vorhandenen Kenntnisse FSt 37, 137
- Bedeutung der (hier fehlenden) Vorgabe eines Mindestratings FSt 37, 138

Gemeindebeamte

- Keine Pflicht zur Suche einer anderweitigen Verwendung, wenn der Beamte eine (amts-)ärztliche Untersuchung verweigert
FSt 15, 45
- Anspruch auf Verlängerung des Vorbereitungsdienstes FSt 91, 326
- Im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes darf die Hauptsache nur ausnahmsweise vorweggenommen werden FSt 91, 326

- Glaubhaftmachung des Anordnungsanspruchs (hier verneint) FSt 91, 327
- Beurteilungsspielraum des Dienstherrn hinsichtlich des Bestehens einer Wiederholungsprüfung; Ermessensentscheidung erst nach positiver Prognose FSt 91, 327
- Umwandlung eines Probebeamtenverhältnisses in ein solches auf Lebenszeit FSt 101, 367
- Meinungsfreiheit und Verfassungstreuepflicht der Beamten FSt 102, 368
- Äußerungen auf Demonstrationen als Dienstvergehen FSt 102, 368
- Mäßigungsgebot und Pflicht zur Verfassungstreue für Beamte FSt 102, 370
- Disziplinarmaßnahme der Entfernung aus dem Dienst wegen Untreue in drei Fällen in Tateinheit mit Unterschlagung FSt 115, 404
- Bindungswirkung der Feststellungen eines Strafurteils FSt 115, 405
- Wertung mehrerer Straftaten als einheitliches schweres Dienstvergehen FSt 115, 406
- „Entfernung aus dem Dienst“ als gebotene Disziplinarmaßnahme FSt 115, 407
- Wertung mildernder Umstände FSt 115, 408
- Verhältnismäßigkeit der Maßnahme „Entfernung aus dem Dienst“ FSt 115, 412
- Nachträgliche Änderung des Grundes der vorzeitigen Ruhestandsversetzung FSt 147, 524
- Eine Ruhestandsversetzung ist nach Ruhestandsbeginn grundsätzlich nicht mehr korrigierbar FSt 147, 525
- Eine nachträgliche Änderung des Zurruesetzungsgrundes kann nur ausnahmsweise statusverändernde Wirkung haben FSt 147, 525
- Einfluss eines Verfahrens zur Feststellung einer Schwerbehinderteneigenschaft auf die Zurruesetzung FSt 147, 526
- Rechtmäßigkeit der Anordnung einer (amtsärztlichen) Untersuchung FSt 156, 572
- Art. 65 Abs. 2 Satz 1 BayBG als Grundlage für die Anordnung einer ärztlichen Untersuchung FSt 156, 573
- Vorläufige Dienstenthebung hindert keine Feststellung der Dienstunfähigkeit FSt 156, 574
- Bestimmtheit der Untersuchungsanordnung; hier: bejaht FSt 156, 575
- Vorherige Ermittlungsmaßnahmen zur Art der Erkrankung nicht angezeigt FSt 156, 576
- Zumutbarkeit, der medizinischen Untersuchungsstelle, Unterlagen zur Verfügung zu stellen FSt 156, 577
- Kein „Blankoscheck“ für Zusatzbegutachtungen FSt 156, 577
- Eigenmächtige Rehabilitierungsmaßnahme ist nicht erstattungsfähig GK 87, 227

- Keine Anspruchsgrundlage auf Kostenersatzung im Gesetz vorhanden GK 87, 228
- Kein Anspruch auf Erstattung „direkt“ aus der Verfassung (Fürsorgepflicht) GK 87, 228
- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beamte ab dem 1.2.2025 GK 88, 230

Gemeinden

- Parteipolitische Neutralität von Kommunen; Mitgliedschaft in privater Vereinigung; parteikritische Äußerungen von Vertretern der Vereinigung; Grenze der Pressearbeit von Hoheitsträgern; Anspruch auf Austritt einer Kommune aus einer Vereinigung FSt 54, 201
- Als Träger öffentlicher Gewalt sind Kommunen an das aus Art. 21 Abs. 1 GG folgende Gebot parteipolitischer Neutralität gebunden FSt 54, 201
- Eine Kommune kann auch durch die Äußerungen einer Vereinigung, deren Mitglied sie ist, mittelbar in die Parteienfreiheit eingreifen FSt 54, 202
- Die Kommune muss ihre Neutralitätspflicht als Mitglied einer Vereinigung auch beachten, wenn ihr dort keine beherrschende Stellung zukommt FSt 54, 203
- Das Gebot parteipolitischer Neutralität ist auch im Rahmen der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit einzuhalten FSt 54, 204
- Die Gemeinden können im Rahmen ihres eigenen Wirkungskreises keine allgemeinen Verfassungsschutzaufgaben wahrnehmen FSt 54, 204
- Die betroffene Partei kann den Austritt der Kommune aus einer Vereinigung verlangen, wenn auch künftig mit parteikritischen Äußerungen von Vertretern der Vereinigung zu rechnen ist FSt 54, 205

Gemeinderat

- Fraktionsstatus; Fraktionsmindeststärke, Geschäftsordnungsautonomie; Missbrauchsabsicht FSt 155, 566
- Der Gemeinderat besitzt bei der Entscheidung, welchen Gruppen er den Status einer Fraktion zuerkennt, einen weiten Einschätzungsspielraum FSt 155, 567
- Die Festlegung einer bestimmten Fraktionsmindeststärke ist sachgerecht, wenn zwischen der größten vom Fraktionsstatus ausgeschlossenen Gruppe und der kleinsten als Fraktion anerkannten Gruppe ein deutlicher Abstand besteht FSt 155, 568

- Die Festlegung einer für den Fraktionsstatus geforderten Mindeststärke hat auf die Rechtsstellung der betroffenen Gruppe und ihrer Mitglieder für sich genommen noch keine Auswirkung
FSt 155, 568
- An die Fraktionszugehörigkeit anknüpfende Regelungen in der Geschäftsordnung müssen gesondert betrachtet werden und können aufgrund der unterschiedlichen Gruppengröße gerechtfertigt sein
FSt 155, 569
- Die nachträgliche Änderung der Anforderungen an den Fraktionsstatus während der laufenden Wahlperiode indiziert keine Missbrauchsabsicht der Ratsmehrheit
FSt 155, 570
- Eine Missbrauchsabsicht ergibt sich noch nicht aus dem Umstand, dass die Ratsmehrheit eine im Gemeinderat vertretene Gruppe aufgrund ihrer inhaltlichen Standpunkte entschieden ablehnt
FSt 155, 571

Gemeinderatsmitglieder

- Gemeinderatsmandat; Inkompatibilität; Feststellung des Amtsverlusts; Arbeitnehmerüberlassung an andere Körperschaft; Leitungsfunktion
FSt 34, 121
- Art. 137 Abs. 1 GG ermächtigt auch für den Bereich des Kommunalrechts zum Erlass gesetzlicher Inkompatibilitätsvorschriften
FSt 34, 122
- Die Ermächtigungsnorm des Art. 137 Abs. 1 GG bedarf im Hinblick auf ihren Schutzzweck einer einschränkenden Auslegung
FSt 34, 122
- Ein Angestellter einer Gemeinde darf dort ein Ratsmandat wahrnehmen, wenn sein konkreter Tätigkeitsbereich vollständig außerhalb des Aufgabenbereichs seiner Anstellungskörperschaft liegt
FSt 34, 123
- Die bloß faktische Möglichkeit, auf den Verwaltungsvollzug der Gemeinde einzuwirken, kann für die Anwendung des Art. 31 Abs. 3 GO nicht genügen
FSt 34, 124
- Bei der Überlassung von Dienstkräften an andere juristische Personen kann es darauf ankommen, ob eine leitende Funktion ausgeübt wird
FSt 34, 125

Gewerbsteuer

- Jahressteuergesetz 2024 – Wichtige Änderungen mit kommunalem Bezug
GK 50, 129
- Änderungen im Bereich des Gewerbesteuergesetzes
GK 50, 131
- Verjährungsunterbrechung; Billigkeitserlass
GK 131, 361
- Verjährungsunterbrechende Maßnahmen müssen dem Steuerschuldner nicht zwingend bekannt geworden sein
GK 131, 361

- Verjährungsunterbrechende Ermittlungshandlungen setzen eine fehlende Kenntnis der Behörde vom Wohnsitz oder Aufenthaltsort des Steuerschuldners voraus
GK 131, 362
- Mögliche Erlassgründe wegen persönlicher Unbilligkeit braucht die Behörde bei unzureichender Mitwirkung des Steuerschuldners grundsätzlich nicht weiter aufzuklären
GK 131, 363
- Der bloße Umstand, dass Steuerschulden auf einem Erbfall beruhen, begründet noch keine sachliche Unbilligkeit
GK 131, 363

Gewerbsteuerzerlegung

- Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrags bei einer einzel- und einer mehrgemeindlichen Betriebsstätte; Bindungswirkung einer Einigung im Sinne des § 33 Abs. 2 GewStG
GK 101, 274
- Rechtmäßigkeit der Durchführung eines Zerlegungsverfahrens
GK 101, 275
- Geschäftsleitungs-/Verwaltungssitz und Rohrleitungsnetz bilden keine einheitliche mehrgemeindliche Betriebsstätte, sondern zwei Betriebsstätten
GK 101, 275
- Arbeitslöhne sind als Zerlegungsmaßstab nach § 29 Abs. 1 Nr. 1 GewStG heranzuziehen
GK 101, 277
- Keine vom Zerlegungsmaßstab des § 29 Abs. 1 Nr. 1 GewStG abweichende Zerlegung gemäß § 33 Abs. 1 Satz 1 GewStG
GK 101, 278
- Abweichende Zerlegung nach § 33 Abs. 2 GewStG?
GK 101, 279

Gewerbeuntersagung

- Bestandskräftige Gewerbeuntersagung und Antrag auf Wiedergestattung der Gewerbeausübung
FSt 51, 189
- Die Prüfung der Wiedergestattung der Gewerbeausübung durch die Behörde hat sich am Inhalt der Gewerbeuntersagung zu orientieren
FSt 51, 190
- Keine Wiedererlangung der Zuverlässigkeit bei Verstoß gegen eine Gewerbeuntersagung
FSt 51, 191
- Zum Vertrauensschutz des Gewerbetreibenden bei Duldung des Betriebs durch die Behörde trotz bestandskräftiger Gewerbeuntersagung (hier verneint)
FSt 51, 191

Grundgesetz

- Änderung des Grundgesetzes hinsichtlich des Bundesverfassungsgerichts
FSt 166, 603
- Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichts
FSt 166, 603

Grundsicherung

- Rückerstattung überzahlter Miete an den Sozialleistungsträger FSt 27, 90
- (Nicht-)Berücksichtigung einer Zuwendung als Einkommen FSt 129, 452
- Geldgeschenk als Einnahme i.S. des § 11 Abs. 1 Satz 1 SGB II FSt 129, 452
- Eine Einnahme ist nach § 11a Abs. 5 Nr. 2 SGB II nicht als Einkommen zu berücksichtigen, soweit Bedarfe i.S. des § 22 Abs. 2 SGB II gedeckt werden FSt 129, 453
- Auch eine Einnahme zur Deckung eines einmaligen Bedarfs kann privilegiert sein FSt 129, 455
- Einkommenseinsatz; Verkaufserlös aus Fondsanteilen; Vermögensumschichtung FSt 164, 600
- Verordnung über andere und ergänzende Maßstäbe zur Verteilung der Mittel für Eingliederungsleistungen und für Verwaltungskosten zur Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende im Jahr 2025 (Eingliederungsmittel-Verordnung 2025 – EinglMV 2025) vom 17.12.2024 GK 40, 96

Grundsteuer

- Steuerbefreite Teilflächen des Grund und Bodens, die zu einer im Übrigen steuerpflichtigen wirtschaftlichen Einheit gehören GK 59, 162
- Verfassungsmäßigkeit des Bayerischen Grundsteuergesetzes (BayGrStG) GK 159, 438

Grundstücke

- Wann unterfällt der Verkauf eines kommunalen Grundstücks, auf dem ein Gebäude errichtet werden soll, dem Bau-Vergaberecht? GK 197, 546
- Ein Bauauftrag im Sinne des Vergaberechts setzt eine dem öffentlichen Auftraggeber unmittelbar wirtschaftlich zugutekommende Bauleistung durch Dritte gemäß den Erfordernissen des Auftraggebers voraus GK 197, 546
- Eine Grundstücksveräußerung zum Zwecke der Bebauung, mit der allgemeine städtebauliche Pläne verfolgt werden, unterfällt nicht dem Vergaberecht GK 197, 547

GWB

- Vergabe öffentlicher Aufträge: Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung durch Bildung einer Bietergemeinschaft GK 63, 167

H

Haushaltsgesetz 2025

- Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025 – NHG 2025) vom 28.04.2025 GK 124, 336

Haushaltsplan

- Bek des StMI vom 8.1.2025 – Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen; Ergebnisse der Steuerschätzung GK 47, 120
- Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 11.06.2025 – Aufstellung und Vollzug der Haushaltspläne der Kommunen; Ergebnisse der Steuerschätzung, Aktualisierte Vorgaben für Haushaltsausgleich 2025/2026 und kommunale Steuerschätzung GK 194, 528
- Bek. des StMI vom 16.07.2025 – Aufstellung und Vollzug der kommunalen Haushaltspläne 2025 und 2026. Grundlage sind die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2025 sowie aktualisierte Vorgaben zum Haushaltsausgleich und zur Kreditaufnahme GK 202, 552

Haushaltswesen

- Kommunale Haushaltssystematik: Änderung bei der Kameralistik und der Doppik GK 9, 25
- Bek des StMI vom 21.1.2025 – Änderung der Verwaltungsvorschriften über die Muster zum kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen nach den Grundsätzen der doppelten kommunalen Buchführung GK 55, 144
- Möglichkeiten kommunaler Investitionen in die Energiewende GK 56, 145
- Kostenbeteiligung von Kommunen beim staatlichen Hochwasserschutz GK 158, 433
- Wie stellt die Staatsregierung sicher, dass keine faktischen Zwangssituationen („kein Vertrag – kein Schutz“) entstehen? GK 158, 433
- Wie viel Mitspracherecht haben Kommunen bei der Festlegung der Beteiligungshöhe und Vertragsinhalte? GK 158, 433
- Wie viele Kommunen waren seit 2014 von Kostenbeteiligungen bei Hochwasserschutzmaßnahmen an Gewässern erster und zweiter Ordnung betroffen? GK 158, 433
- Wie wird das Verhältnis von staatlicher und kommunaler Zuständigkeit rechtlich bewertet? GK 158, 433
- Wie wird der Begriff der „Beteiligtenleistungen“ gemäß Art. 42 Bayerisches Wassergesetz (BayWG) ausgelegt? GK 158, 433
- Förderung für Kommunen für Anlagen der Wasserversorgung und Wasserentsorgung GK 185, 505

Heimrecht

- Obliegenheitsverletzung des Betreuers
FSt 179, 652
- Räumung und Herausgabe eines Zimmers in einem Pflegeheim bei Zahlungsrückständen
FSt 179, 652

HOAI

- Abrechnung von Architektenleistungen
FSt 29, 98
- Volle Vergütung für eine Leistungsphase, auch wenn nicht alle Teilleistungen der Leistungsphase erbracht wurden
FSt 29, 98
- Honorarminderung, wenn ein selbständiger Arbeitserfolg nicht erbracht wurde, dessen Fehlen Gewährleistungsansprüche auslöst
FSt 29, 99
- Berechnung der für das Architektenhonorar anzusetzenden anrechenbaren Kosten
FSt 29, 99
- Vergütungsanpassung bei Änderungsleistungen
FSt 29, 100
- Honoraranspruch des Architekten bei freier oder fristloser Kündigung des Vertrags durch den Auftraggeber
FSt 29, 100
- Durch die Kündigung des Architektenvertrags ersparte Aufwendungen
FSt 29, 101
- Wird ein Gewässer bereits ingenieurtechnisch genutzt, löst seine wesentliche Umgestaltung einen Anspruch auf Abrechnung eines Umbauzuschlags aus
GK 14, 42
- Zum Begriff des Umbaus
GK 14, 42
- Der Umbauzuschlag setzt einen wesentlichen Eingriff in das vorhandene Objekt voraus
GK 14, 43

Hochwasserschutz

- Hochwasserschutz in Bayern
FSt 7, 24
- Abwägungsmangel bei Maßnahmen des Hochwasserschutzes; UVP-Prüfung; Vermeidungs- und Ausgleichsgebot
FSt 243, 904
- Vorliegen eines Abwägungsmangels
FSt 243, 906
- Erheblichkeit des Abwägungsmangels
FSt 243, 909
- Behebbarkeit des Mangels durch Planergänzung oder ein ergänzendes Verfahren
FSt 243, 909

Holznutzungsrechte

- Holznutzungsrechte; Titel- und Herkommensrechte; Wandel der Rechtsüberzeugung; Eingemeindung
FSt 1, 1
- Die Neufassung des Art. 80 Abs. 2 GO entspricht der bereits zuvor geltenden Rechtslage
FSt 1, 1
- Ein „Protokoll über die Liquidation des Besitzstandes und der Dominikalien“ begründet kein Titelrecht gem. Art. 80 Abs. 2 GO
FSt 1, 2

- Herkommensrechte können im Zuge der Eingemeindung erlöschen, wenn sich in der aufnehmenden Gemeinde keine diesbezügliche Rechtsüberzeugung gebildet hat
FSt 1, 2
- Die Nachwirkung der Rechtsüberzeugung der aufgelösten Gemeinde ist zeitlich beschränkt
FSt 1, 3
- Angepasste Darlegungs- und Widerspruchslast bei geltend gemachter Änderung der Rechtsüberzeugung
FSt 1, 3

Hunde

- Untersagung der Haltung von mehr als drei großen Hunden in allgemeinem Wohngebiet durch die Bauaufsichtsbehörde
FSt 17, 50
- Bauplanungsrechtliche Zulässigkeit der Tierhaltung in einem allgemeinen Wohngebiet
FSt 17, 51
- Hundehaltung im Haus mit zeitweisem Auslauf im Garten ist keine Hundehaltung in einer Nebenanlage im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO
FSt 17, 52
- Kriterien für eine sozialadäquate Haustierhaltung
FSt 17, 52
- Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls
FSt 17, 53
- Maßgeblichkeit des abstrakten Störpotenzials der Hunde
FSt 17, 53
- Zeitliche Beschränkung der Auslaufzeiten der Hunde als milderes Mittel?
FSt 17, 54
- Ablehnung der Erteilung einer Haltungserlaubnis für einen Kampfhund; Abgabeverpflichtung; wissenschaftliches Interesse an der Haltung eines Kampfhundes
FSt 21, 68
- Voraussetzungen für ein berechtigtes Interesse an der Haltung eines Kampfhundes
FSt 21, 69
- Nachweispflicht des Halters
FSt 21, 69
- Wissenschaftliches Interesse, Therapiezwecke und Tierschutz
FSt 21, 70
- Anordnungen zur Hundehaltung; Maulkorbpflicht nach Beißvorfall; Anforderung an Glaubhaftmachung besonderer Umstände, die eine Wiederholungsgefahr ausschließen
FSt 236, 869
- Hinreichende Bestimmtheit einer Maulkorbpflicht „in der Nähe“ von Menschen und Hunden
FSt 236, 870
- Gefahrenprognose; Schlüssige Darlegung einer Ausnahmesituation beim Beißvorfall
FSt 236, 871
- Verhältnismäßigkeit einer Maulkorbpflicht; Leinenpflicht kein milderes Mittel
FSt 236, 873
- Ergänzende Abwägung von Aussetzungs- und Vollzugsinteresse
FSt 236, 874

Hundesteuer

- Hundesteuer; erhöhte Steuer für Kampfhunde; keine „erdrosselnde Wirkung“; kein Vertrauensschutz hinsichtlich des Steuersatzes GK 140, 385
- Eine gegenüber dem regulären Steuersatz um das 10-Fache erhöhte Hundesteuer für Kampfhunde ist rechtlich nicht zu beanstanden GK 140, 385
- Hundesteuersatzungen dürfen sich bei der Bestimmung, welche Hunde als Kampfhunde gelten, an der Einschätzung des staatlichen Verordnungsgebers orientieren GK 140, 386
- Die bloße Vorstellung, eine bisherige Steuerbelastung werde sich auch künftig nicht erhöhen, begründet noch keinen Vertrauensschutz GK 140, 387
- Ohne konkrete Anhaltspunkte, die die Zuordnung einer Hunderasse zu den Kampfhunden in Frage stellen, muss das Gericht dazu keinen förmlichen Beweis erheben GK 140, 388
- Bek. des StMI vom 22.07.2025 – Änderung der Mustersatzung für die Erhebung einer Hundesteuer GK 150, 408

I

Immissionsschutz

- § 6 UmwRG ist nicht auf eine Anfechtungsklage der Vorhabenträgerin gegen belastende Nebenbestimmungen einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung anwendbar FSt 194, 705
- Gegen die Anwendung von § 6 UmwRG auf Betreiberklagen spricht die Gesetzeshistorie FSt 194, 706
- Der Normzweck spricht gegen die Anwendung von § 6 UmwRG auf Betreiberklagen FSt 194, 708

Ingenieure

- Richtzeichnungen für Ingenieurbauten (RiZ-ING), Fortschreibung Dezember 2023 GK 36, 92

J

Jahresrechnungsstatistik

- Die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik 2023 für Bayern GK 151, 409
- Weitere Zunahme der bayerischen Wirtschaftsleistung GK 151, 409
- Kommunale Einnahmen weiter gestiegen GK 151, 409

- Zuführungen vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt gesunken GK 151, 410
- Neuaufnahmen von Krediten wesentlich höher als die Tilgung GK 151, 411
- Anstieg bei den kommunalen Investitionen GK 151, 411
- Kreisangehörige Gemeinden erneut Spitzenreiter bei den Bauausgaben GK 151, 412
- Personalausgaben weiter gestiegen GK 151, 412
- Umlagebelastung wiederum gewachsen GK 151, 413
- Vervielfältiger der Gewerbesteuermulage unverändert GK 151, 414
- Sozialausgaben gestiegen GK 151, 415
- Zunahme bei den kommunalen Steuereinnahmen GK 151, 415
- Gewerbesteuereinnahmen deutlich angestiegen GK 151, 416
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer wieder gestiegen GK 151, 416

Jugendamt

- Nochmals: Verfahrensbeistand für unbegleitete Minderjährige FSt 63, 240

Jugendhilfe

- Einschätzungsprärogative der Schiedsstelle nach § 78g SGB VIII FSt 79, 294
- Örtliche Zuständigkeit des Jugendhilfeträgers bei verschiedenem gewöhnlichem Aufenthalt der Eltern und Verlust des Personensorgerechts FSt 123, 439
- Kostenerstattung für selbstbeschaffte Jugendhilfemaßnahme, Privatschule, Internat, Systemversagen, Maßstab der sozialpädagogischen Fachlichkeit FSt 223, 818
- Rechtzeitige Information des Jugendhilfeträgers vor der Selbstbeschaffung über den Hilfebedarf FSt 223, 820
- Abweichen der seelischen Gesundheit von dem für das Lebensalter typischen Zustand FSt 223, 822
- Teilhabebeeinträchtigung durch Tourette-Syndrom FSt 223, 822
- Anspruch auf Übernahme von Kosten für eine Privatschule FSt 223, 824
- Dringlicher Hilfebedarf FSt 223, 826

K

Kanalisation

- Unwirksamkeit einer Flächenbegrenzung und eines Nacherhebungsstatbestands in der Beibragsatzung GK 31, 76

Katastrophenschutz

- Bek des StMI vom 14.3.2025 – Bestimmung des jährlichen Gesamtbeitrags zum Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes für das Jahr 2025 GK 90, 240

Kindergärten, Kinderbetreuung

- Ausschluss vom weiteren Besuch einer kommunalen Kindertagesstätte FSt 19, 58
- Fehlende Anhörung der Eltern als gesetzliche Vertreter FSt 19, 59
- Anforderungen an die Begründung eines Verwaltungsaktes FSt 19, 60
- Die Gemeinde kann in einer Benutzungs-satzung „Ausschlussgründe“ normieren FSt 19, 60
- Das Vorliegen des Ausschlussgrundes „Unmöglichkeit einer weiteren vertrauensvollen Zusammenarbeit“ ist durch das Gericht in vollem Umfang überprüfbar (Tatbestandsvoraussetzungen hier verneint) FSt 19, 61
- Ermessensfehler bei der Formulierung „... sehen wir uns leider gezwungen ...“ FSt 19, 62
- Im einstweiligen Rechtsschutzverfahren zu berücksichtigende Belange der Kinder FSt 19, 63
- Ganztagsbildung und -betreuung in Kindergärten und Schulen FSt 222, 814
- Bek des StMAS vom 12.12.2024 – Vollzug des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) – Festsetzung des Basiswertes gemäß Art. 21 Abs. 3 Satz 2 BayKiBiG und des Qualitätsbonus gemäß Art. 23 Abs. 1 Satz 3 BayKiBiG GK 47, 120
- Bek des StMAS vom 27.12.2024 – Vollzug des Kinderförderungsgesetzes – Festlegung der Ausbaufaktoren nach der U3-Bundesmittelrichtlinie GK 64, 168

Kinderspielplatz

- Antrag einer Gemeinde gegen eine vom Landratsamt erteilte Abweichung von der Pflicht zur Errichtung eines Spielplatzes FSt 28, 93
- Art. 81 Abs. 1 Nr. 3 BayBO ermöglicht nicht den Erlass einer gemeindlichen Satzung, die selbstständig die Voraussetzungen zur Entstehung der Pflicht zur Errichtung eines Spielplatzes regelt FSt 28, 93
- Keine Berufung der Gemeinde auf eine Verletzung von Art. 7 Abs. 3 BayBO bzw. auf finanzielle Einbußen durch den Wegfall der Pflicht zur Erstellung eines Spielplatzes FSt 28, 94
- Pflicht zur Erstellung eines Spielplatzes nach Art. 7 Abs. 3 BayBO auch für Einfamilienhäuser oder Doppelhaushälften möglich FSt 28, 95

- Die vorgesehene Teilung eines Grundstücks reicht aus, um eine Abweichung (Art. 63 BayBO) von der Pflicht zur Erstellung eines Spielplatzes (Art. 7 Abs. 3 BayBO) zu ermöglichen FSt 28, 96

Klagefrist

- Wahrung der tariflichen Ausschlussfrist bei Klage auf Vergütung nach einer bestimmten Entgeltgruppe GK 169, 464

Klärschlamm

- Zum Rechtsschutz einer Gemeinde gegen die Zulassung des vorzeitigen Beginns vorbereitender Maßnahmen und Bauarbeiten für ein Klärschlamm-Heizkraftwerk FSt 206, 749
- § 8a Abs. 1 Satz 1 BImSchG und § 8a Abs. 1 Satz 2 BImSchG sind nicht drittschützend FSt 206, 749
- Kein Einvernehmen der Gemeinde nach § 36 BauGB zur Zulassung des vorzeitigen Beginns erforderlich FSt 206, 750
- Beeinträchtigung der Planungshoheit kann nur durch die vorzeitig zugelassenen Maßnahmen entstehen FSt 206, 751

Kommunalabgaben

- Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften FSt 58, 220
- Änderung des Kommunalabgabengesetzes FSt 58, 220
- Änderungen im kommunalen Unternehmensrecht FSt 58, 221
- Bundesverfassungsgericht bestätigt Tübinger Verpackungssteuersatzung GK 66, 175
- Finanzverfassungsrechtliche Gesetzgebungs-kompetenzen GK 66, 175
- Verpackungssteuer als Verbrauchsteuer GK 66, 176
- Keine Gleichartigkeit zu einer bundesgesetzlich geregelten Steuer GK 66, 177
- Zur „Örtlichkeit“ der Verpackungssteuer GK 66, 178
- Ortsbezug bei mitnehmbaren take-away-Gerichten oder Getränken GK 66, 179
- Vereinbarkeit der Steuer mit dem Grundsatz der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung GK 66, 179
- Kein Verstoß gegen den Grundsatz der Bundes-treue GK 66, 180
- Kommunalabgabenrecht: Zum Erlöschen eines Erstattungsanspruchs GK 122, 325
- Teilaufgabenübertragung bei leitungsgebundenen Einrichtungen GK 133, 368

- Befugnis zum Erlass einer entsprechenden Beitragssatzung GK 133, 368
- Die Rückübertragung der Rechtsetzungsbefugnis vom Zweckverband auf die Verbandsgemeinden erfordert genauso wie deren Abschluss eine klare und unmissverständliche satzungsmäßige Regelung GK 133, 369
- Entwässerungssatzung als Grundlage für eine gültige Beitragssatzung GK 133, 370

Kommunale Bauvorhaben

- Änderung der Ausführungsplanung GK 179, 495
- Gesamtschuldnerische Haftung Architekt und Fachplaner GK 179, 495
- Vergaberecht – Aufhebungsgrund / Fortsetzung des Verfahrens GK 180, 496

Kommunale Unternehmen

- E-Bilanz; Veröffentlichung der Taxonomien 6.8 vom 1.4.2024 GK 5, 19
- Festlegung zur Anpassung von kalkulatorischen Nutzungsdauern und Abschreibungsmodalitäten von Erdgasleitungsinfrastrukturen (KANU 2.0) GK 13, 39
- Vergabe und Mitteilung von steuerlichen Wirtschafts-Identifikationsnummern und zugleich Wirtschaftsnummern nach dem Unternehmensbasisdatenregistergesetz GK 60, 163
- Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 26a EStG für eine nebenberufliche ehrenamtliche Tätigkeit als Aufsichtsrat einer kommunalen GmbH GK 77, 205
- Nachhaltigkeitsberichterstattung bei kommunalen Unternehmen: Bisherige Rechtslage, gesetzliche Änderungen und Risiken einer Nichtprüfung GK 94, 251
- Von der CSRD betroffene Unternehmen GK 94, 251
- Gesetzliche Änderungen in Bayern GK 94, 252
- Auswirkungen der Gesetzesänderung auf kommunale Unternehmen GK 94, 253
- Andere mittelbare oder weitergehende Vorschriften GK 94, 254
- Risiken einer Nichtprüfung GK 94, 254
- Pflicht zur Offenlegung des Jahresabschlusses, Festsetzung von Ordnungsgeld, Verjährung von Ordnungsmitteln, echtes Unterlassungsdelikt GK 114, 301
- Prüfungspflichten kleiner kommunaler GmbHs nach § 53 Haushaltsgrundsatzgesetz (HGrG) – Notwendige Kontrolle trotz Reform? GK 172, 468
- Handlungsempfehlung für Kommunen: Zwischen Pflicht und Ermessen GK 172, 470

Kommunalwahl

- Eine absolute Gewissheit der Auswirkung des Rechtsverstoßes auf das Wahlergebnis ist nicht erforderlich FSt 146, 521
- Mischung aus Repräsentations- und Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkampf FSt 146, 521
- Verletzung des Grundsatzes der Freiheit der Wahl FSt 146, 521

Kommunalwahlrecht

- Verletzung der Neutralitätspflicht im kommunalen Wahlkampf durch die sich zur Wiederwahl stellende Bürgermeisterin FSt 146, 521

Körperschaftsteuer

- Betrieb gewerblicher Art und Einnahmenerzielungsabsicht GK 41, 97
- Legaldefinition des Begriffs „Betrieb gewerblicher Art“ GK 41, 99
- Für den Betrieb gewerblicher Art „Kurbetrieb“ kommt es nicht auf das Vorhandensein von kurspezifischen Anlagen an GK 41, 101
- Zusammenfassung von Betrieben gewerblicher Art (BgA) gem. § 4 Abs. 6 Satz 1 Körperschaftsteuergesetz (KStG) GK 76, 199
- Rechtsgrundlagen für die Zusammenfassung von BgA GK 76, 200
- Für Zusammenfassungen nach § 4 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 KStG gelten die gleichen Anforderungen wie für Zusammenfassungen gem. § 4 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 3 KStG GK 76, 200
- Nochmals: Zusammenfassung von Betrieben gewerblicher Art (BgA) gemäß § 4 Absatz 6 Satz 1 Nummer 1 bis 3 KStG – Nichtanwendungserlass – GK 160, 447

Kostenerhebung

- Schuldhaftes vorprozessuales Verhalten FSt 165, 601
- Verschulden nach § 155 Abs. 4 VwGO FSt 165, 601

Kraftfahrzeugsteuer

- Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund FSt 148, 531

Krankenhäuser

- Gemeinsame Bek des StMGP und des StMFH vom 25.11.2024 – Änderung des 50. Jahreskrankenhausbauprogramms 2024 des Freistaates Bayern GK 18, 48
- Bek des StMGP vom 19.2.2025 – Vollzug des Krankenhausentgeltgesetzes (KHEntG); Bundeszuschuss Geburtshilfe: Allgemeinverfügung zur Verteilung der Fördermittel für die Geburtshilfe nach § 5 Abs. 2b KHEntG GK 72, 192

- Bek des StMGP vom 6.3.2025 – Vollzug des Krankenhausgesetzes (KHEntgG): Bundeszuschuss Geburtshilfe: Allgemeinverfügung zur Änderung der Allgemeinverfügung zur Verteilung der Fördermittel für die Geburtshilfe nach § 5 Abs. 2b KHEntgG GK 83, 216

Krankenhausgesetz

- Krankenhausfinanzierung: Förderschädlicher vorzeitiger Maßnahmebeginn bei Mietförderung nach Art. 13 BayKrG FSt 82, 307
- Kein (europarechtlicher) Grundsatz, dass beim vorzeitigen Maßnahmebeginn nur die Ausgaben vor Erlass eines Bewilligungsbescheides von der Förderung auszuschließen sind FSt 82, 308
- Förderschädlicher vorzeitiger Maßnahmebeginn bei tatsächlicher Nutzung der Räumlichkeiten mit Einverständnis des Eigentümers ohne vorherige Zustimmung der Förderbehörde FSt 82, 309
- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Krankenhausgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Krankenhausgesetzes vom 28.04.2025 GK 124, 336

Krankenkäuser

- Gesetz zur Änderung des Bayerischen Krankenhausgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Krankenhausgesetzes vom 28.4.2025 GK 108, 288

Kreisumlage

- Die Kreisumlagen für das Haushaltsjahr 2024 GK 19, 49
- Umlagekraft der kreisangehörigen Gemeinden GK 19, 49
- Umlagekraft und Umlagesoll der Landkreise nach Regierungsbezirken in Bayern im Haushaltsjahr 2024 GK 20, 52
- Grenz- und Durchschnittswerte in den Regierungsbezirken in Bayern 2024 GK 21, 53
- Umlagesätze in Bayern im Jahr 2024 GK 22, 54

Kurbeitrag

- Auswirkungen der Abschaffung der Hotelmeldepflicht für deutsche Staatsangehörige auf die Meldepflicht für Kurbeiträge FSt 59, 225
- Meldepflicht für Kurbeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz FSt 59, 225
- Beherbergungsstatistikgesetz FSt 59, 226

L

Landratsamt

- Stellung und Aufgaben von Landkreisen GK 196, 534

- Auswirkungen der Doppelstruktur auf die Untermehereigenschaft GK 196, 536
- Ausstellung von Rechnungen GK 196, 542
- Vorsteuer GK 196, 543
- Örtliche Zuständigkeit GK 196, 545

Lebensmittelrecht

- Veröffentlichung von lebensmittelrechtlichen Verstößen, Unverzüglichkeit, Zurechnung der Ordnungswidrigkeit FSt 192, 699
- Mängel bei der Betriebshygiene/Reinigungsmängel FSt 192, 699
- Kein Entfallen der Veröffentlichungsbefugnis FSt 192, 701
- Veröffentlichung von Ergebnissen einer Lebensmittelkontrolle; Begriff der „Unverzüglichkeit“ in § 40 Abs. 1a Satz 1 Nr. 3 LFGB FSt 214, 782

M

Mängelbeseitigung

- Der Bauherr ist nicht gehindert, das Bauwerk bei der Mängelbeseitigung neu zu gestalten GK 45, 118

Miet- und Grundstücksrecht

- Mietrecht – Verjährungsbeginn Schadensersatzansprüche GK 181, 500
- Gemeindliches Vorkaufsrecht – zehnjährige Sanierungssatzung GK 182, 502

Mietrecht

- Wie ist bei einer Räumung vorzugehen, wenn Mieter mit Suizid drohen? GK 6, 20
- Eine Suizidandrohung ist unabhängig davon beachtlich, ob sie krankheitsbedingt ist oder auf einer freien Willensentscheidung beruht GK 6, 20
- Die Beendigung des Mietverhältnisses erfordert eine einzelfallbezogene Abwägung der gegenläufigen Interessen von Vermieter und Mieter GK 6, 21
- Eine zeitlich befristete Fortsetzung des Mietverhältnisses kann in Betracht kommen GK 6, 21
- Die Kündigung eines Mietvertrags ist trotz fehlender oder unzutreffender Angabe des Beendigungszeitpunkts wirksam GK 16, 45
- Zulässige Aufrechnung verjährter Schadensersatzforderungen wegen Beschädigung der Mietsache gegen den Anspruch auf Kautionsrückzahlung GK 27, 69
- Mieterhöhung nach Modernisierung GK 156, 430

- Verjährungsbeginn bei Schadensersatzansprüchen des Vermieters gegen den Mieter wegen Beschädigungen der Mietsache GK 181, 500
- Wann liegt bei Legionellenbefall des Trinkwassers ein Mietmangel vor? GK 191, 521
- Die Änderung der Nebenkostenvorauszahlung unterliegt der Schriftform GK 199, 549

Mobilfunk

- Baugenehmigung für einen Mobilfunkmast im Außenbereich; Verfristung eines Antrags auf Zurückstellung des Baugesuchs FSt 48, 173
- Kein Anspruch auf Zurückstellung des Baugesuchs nach § 15 Abs. 3 Satz 1 BauGB wegen Verfristung des Antrags FSt 48, 174
- Privilegierung des Vorhabens; Erforderlichkeit einer Standortanalyse FSt 48, 176
- Keine schädlichen Umwelteinwirkungen gemäß § 35 Abs. 3 Nr. 3 BauGB FSt 48, 177
- Kein Entgegenstehen von Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege FSt 48, 177
- Keine Verunstaltung des Orts- und Landschaftsbilds FSt 48, 178
- Kein Entgegenstehen der natürlichen Eigenart der Landschaft und ihres Erholungswerts FSt 48, 179

Mutterschutz

- Gewährung von Mutterschutz nach einer Fehlgeburt; Rechtsschutz FSt 76, 281
- Vorgehen nach dem Subsidiaritätsprinzip: Fachgerichtlicher Rechtsschutz muss ausgeschöpft werden FSt 76, 281
- Bisher keine Konkretisierung des Begriffs „Entbindung“ durch den Gesetzgeber FSt 76, 282
- „Entbindung“ könnte evtl. auch im Fall einer Fehlgeburt vorliegen FSt 76, 283
- Rechtsschutzmöglichkeiten gegen Krankenkassen/Arbeitgeber FSt 76, 283

N

Naturschutz

- Ersatzmaßnahmen für Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch Windenergieanlage FSt 153, 560
- Bek des StMUV vom 12.12.2024 – Änderung der Vollzugshinweise zur Anwendung der Bayerischen Kompensationsverordnung GK 47, 120

Nebentätigkeit

- Entfernung aus dem Dienst wegen ungenügender Nebentätigkeit FSt 87, 319

Neutralitätsgebot

- Organklage der AfD gegen den Sozialen Medien und auf der Internetseite einer Landesregierung veröffentlichte amtliche Erklärungen der Ministerpräsidentin erfolglos FSt 126, 441

Nutzungsuntersagung

- Untersagung der Nutzung einer Wohnung als Ferienwohnung und der Bewerbung der Wohnung in Anzeigen FSt 3, 8
- Geringe Anforderungen an die im Zeitpunkt des Erlasses einer Veränderungssperre vorhandene Konkretisierung der planerischen Vorstellungen der Gemeinde FSt 3, 9
- Nutzungsuntersagung schließt die Entfernung entsprechender Anzeigen im Internet mit ein FSt 3, 10
- Kosten für einen Sicherheitsdienst bei Nutzungsuntersagung und behördlicher Räumung einer Immobilie FSt 108, 389
- Kosten für einen Sicherheitsdienst können Kosten für die Anwendung unmittelbaren Zwangs sein FSt 108, 390
- Erforderlichkeit der Sicherungsmaßnahmen bei fehlender Bereitschaft zur Sicherung durch den Eigentümer der Immobilie FSt 108, 391
- Ausschreibungspflicht von Sicherheitsdienstleistungen (hier verneint) FSt 108, 391

O

Obdachlose

- Obdachlosenunterbringung: Unfreiwillige Obdachlosigkeit bei Einreise mit Besuchervisa; örtliche Zuständigkeit; Dusche ist keine Mindestanforderung an eine Unterbringung FSt 9, 28
- Anspruch zugezogener Ausländer, die bisher noch niemals über eine eigene Wohnung im Gemeindegebiet verfügt haben, auf Unterbringung FSt 9, 28
- Unfreiwillige Obdachlosigkeit FSt 9, 29
- Sachliche und örtliche Zuständigkeit der Gemeinde FSt 9, 29
- Ein Bad oder eine Dusche sind kein notwendiger Bestandteil einer Obdachlosenunterkunft FSt 9, 30
- Umsetzung von Obdachlosen in neue Unterkunft; freiwillige Obdachlosigkeit; gesundheitliche Unzumutbarkeit einer Unterkunft; Umsetzung wegen Störung des Hausfriedens FSt 62, 236

- Eine Obdachlosigkeit ist nicht deshalb freiwillig, weil der Betroffene von einem Angebot des Umzugs in eine andere Gemeinde keinen Gebrauch macht **FSt 62, 237**
- „Umsetzung“ eines Obdachlosen in eine andere Einrichtung als belastender Verwaltungsakt, der mit einem begünstigenden Verwaltungsakt verbunden ist **FSt 62, 238**
- Die Frage, ob eine Obdachlosenunterkunft den Betroffenen aus gesundheitlichen Gründen unzumutbar ist, lässt sich nicht allein anhand allgemeiner Aussagen in einem ärztlichen Attest beantworten **FSt 62, 238**
- Die Gemeinde kann Konflikte zwischen den Bewohnern in der bisherigen Unterkunft zum Anlass für eine Umsetzung nehmen, ohne zuvor klären zu müssen, wer dafür verantwortlich war **FSt 62, 239**
- Klage auf Erstattung der Kosten einer Notunterkunft gegen den Untergebrachten; Rechtsweg zu den Zivilgerichten **FSt 154, 561**
- Allein die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben begründet nicht in jedem Fall eine öffentlich-rechtliche Streitigkeit **FSt 154, 562**
- „Verdeckte“ Verfolgung öffentlich-rechtlicher Ansprüche der Stadt gegen den Untergebrachten? (hier verneint) **FSt 154, 562**
- Die (Vorab-)Abtretung einer Forderung ändert deren (hier zivilrechtliche) Rechtsnatur nicht **FSt 154, 563**
- Allein die Rechtsnatur der abgetretenen Forderung ist maßgeblich für den Rechtsweg; die Rechtsnatur weiterer Vereinbarungen ist irrelevant **FSt 154, 563**
- Auch etwaige öffentlich-rechtliche Gegenansprüche oder Einwendungen begründen keine öffentlich-rechtliche Streitigkeit **FSt 154, 564**
- Keine rechtsmissbräuchliche Gestaltung der Stadt **FSt 154, 565**

Öffentlicher Dienst

- Neues im Dienstrecht durch das Erste und Zweite Modernisierungsgesetz Bayern **FSt 56, 210**
- Verzicht auf amtsärztliche Einstellungsuntersuchung möglich – Art. 19 BayBG **FSt 56, 211**
- Ämter mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Zeit und auf Probe – Art. 45 und 46 BayBG **FSt 56, 211**
- Vorsorgliche Anordnung von fachärztlichen Zusatzgutachten – Art. 65 Abs. 2 BayBG **FSt 56, 212**
- Vereinfachung im Nebentätigkeitsrecht – Art. 81 und 82 BayBG **FSt 56, 212**

- Verlängerung des Turnus der regelmäßigen dienstlichen Beurteilungen möglich – Art. 56 LlbG **FSt 56, 213**
- Neue Beurteilungskriterien – Art. 58 LlbG **FSt 56, 213**
- Neuer Milderungsgrund im Disziplinarrecht – Art. 14 BayDG **FSt 56, 213**
- Automatische Urlaubsansparung – § 8 UrIMV **FSt 56, 213**
- Anhebung der Hinzuverdienstgrenzen in der Beamtenversorgung – Art. 83 BayBeamVG **FSt 56, 214**
- Vereinfachung der Datenverarbeitung bei Personalakten durch einen Auftragsverarbeiter **FSt 56, 214**
- Kein Recht auf digitalen Zugang einer Gewerkschaft zu einem Betrieb **FSt 210, 764**

Öffentlichkeitsarbeit

- Kostenlose Veröffentlichung von Stellenanzeigen im Online-Portal einer Kommune als Verstoß gegen das Gebot der Staatsferne der Presse **FSt 55, 207**
- Kostenfreie Veröffentlichung von Stellenanzeigen im Internetportal einer Kommune als geschäftliche Handlung **FSt 55, 207**
- Angebot kostenloser Stellenanzeigen auf Online-Portal als Verstoß gegen das Gebot der Staatsferne **FSt 55, 209**

Öffentlich-rechtliche Verträge

- Rechtliche Vorgaben bei Abschluss eines Vergleichsvertrages nach Art. 55 BayVwVfG (hier zur Entfernung von Bauschutt) **FSt 220, 806**
- Zum Umfang des Schriftformgebots in Art. 57 BayVwVfG **FSt 220, 807**
- Zum Zustimmungserfordernis nach Art. 58 BayVwVfG bei Eingriff in Rechte Dritter (hier verneint) **FSt 220, 808**
- Vollstreckungsklausel und Kündigungsrecht im öffentlich-rechtlichen Vertrag **FSt 220, 808**
- „Bestehende Ungewissheit“ und „gegenseitiges Nachgeben“ i.S.v. Art. 55 BayVwVfG (hier bejaht) **FSt 220, 808**
- Anspruch auf Anpassung eines öffentlich-rechtlichen Vertrags (hier verneint) **FSt 220, 809**

ÖPNV

- Bek. des StMB vom 11.07.2025 – Allgemeinverfügung (Allgemeine Vorschrift im Sinne von Art. 3 Abs. 2 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007) des Freistaats Bayern über die Festsetzung des 365-Euro-Ticket MVV für Schülerinnen, Schüler, Auszubildende und weitere Berechtigte zum 10.12.2023 als Höchsttarif **GK 150, 408**

- Bek. des StMB vom 11.07.2025 – Allgemeinverfügung (Allgemeine Vorschrift im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007) des Freistaats Bayern über den Ausgleich für Tarifmaßnahmen bei der Beförderung im SPNV im Nahverkehrsverbund Mainfranken (NVM) GK 150, 408

Ordnungswidrigkeiten

- Amnestie bei Coronabußgeldverfahren FSt 173, 626

P

Passwesen

- Gesetz zur Korrektur schwebender Änderungen im Passgesetz, im Personalausweisgesetz und im eID-Karte-Gesetz vom 23.10.2024 GK 8, 23

Personalkosten

- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beamte ab dem 1.11.2024 GK 24, 58
- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beamte ab dem 1.2.2025 GK 88, 230
- Personaldurchschnittskosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für kommunale Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ab 01.04.2025 GK 123, 326
- Berechnungsmodus GK 123, 327
- Tabellen der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Büroarbeitsplatzes für „ehemalige Angestellte“ ab 01.04.2025 GK 123, 330
- Tabellen der durchschnittlichen Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst ab 01.04.2025 GK 123, 333
- Tabelle der durchschnittlichen Personalkosten für „ehemalige Arbeiter“ ab 01.04.2025 GK 123, 335
- Arbeitsplatzkosten für Arbeiter und Nicht-Büroarbeitsplätze im Angestelltenbereich GK 123, 335
- Durchschnittliche Personalkosten und Kosten eines Arbeitsplatzes für Teilzeitkräfte GK 123, 335

Personalrat

- Abgrenzung der Zuständigkeiten von örtlichem und Gesamtpersonalrat im kommunalen Bereich nach bayerischem Personalvertretungsrecht FSt 92, 329

- Zuständigkeit des Gesamtpersonalrats, auch wenn eine Maßnahme ausschließlich die Beschäftigten eines Eigenbetriebs betrifft, bei dem ein örtlicher Personalrat besteht FSt 92, 330
- Fehlende Relevanz früher erfolgter Einbindungen einer (unzuständigen) Personalvertretung im Rahmen einer Verwaltungspraxis FSt 92, 331
- Oberbürgermeister als „Leiter der Gemeindeverwaltung“ ist auch bei einer Zuständigkeit des Werkausschusses (als eines beschließenden Ausschusses) alleiniger Partner der Personalvertretung FSt 92, 331

Personalvertretung

- Corona-Sonderleistung an Pflegefachkräfte für freigestelltes Personalratsmitglied? FSt 125, 440
- Grenzen der Betätigung des Personalrats und seiner Mitglieder für ihre Gewerkschaft FSt 157, 578
- Personalrat als Gremium unterliegt stärkeren Einschränkungen als einzelne Mitglieder FSt 157, 578
- Auslegung von Druckerzeugnissen einer Gewerkschaft FSt 157, 580
- Mitbestimmungsrecht bei Dienstplänen eines städtischen Theaters gemäß Art. 75 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BayPVG FSt 200, 725
- Keine vorrangigen gesetzlichen oder tariflichen Regelungen zu den Mitbestimmungsgegenständen des Art. 75 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BayPVG FSt 200, 726
- Mögliche Einschränkungen des Mitbestimmungsrechts nach Art. 75 Abs. 4 Satz 2 BayPVG FSt 200, 726
- Möglicher Verbrauch des Mitbestimmungsrechts zu Wochenplänen FSt 200, 727
- Mögliche Mitbestimmung gemäß Art. 75 Abs. 4 Satz 2 BayPVG bei Tagesplänen FSt 200, 727

Pfändung

- Vollstreckungsauftrag an Gerichtsvollzieher bei öffentlich-rechtlichen Geldforderungen GK 73, 193
- Bekanntmachung zu den Pfändungsfreigrenzen 2025 nach § 850c der Zivilprozessordnung (Pfändungsfreigrenzenbekanntmachung 2025) vom 2.4.2025 GK 99, 264

Pflege

- Fünfte Verordnung zur Änderung der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung vom 4.11.2024 GK 8, 24

- Kostenerstattung der Pflegestellenorte nicht nur bei Fortführung einer vom Herkunftsjugendamt gewährten Hilfe zur Erziehung in Vollzeitpflege GK 201, 550

Pflegeversicherung

- Pflegeplätze in Bayern FSt 234, 859
- Verordnung zur Anpassung des Beitragssatzes in der sozialen Pflegeversicherung 2025 (Pflege-Beitragssatz-Anpassungsverordnung 2025 – PBAV 2025) vom 20.12.2024 GK 40, 96

Popularklage

- Zur Zulässigkeit und Reichweite von Meinungsverschiedenheiten nach Art. 75 Abs. 3 BV GK 174, 477

Preisindex

- Der Verbraucherpreisindex im September 2024 GK 17, 46
- Der Verbraucherpreisindex im Oktober 2024 GK 37, 94
- Der Verbraucherpreisindex im November 2024 GK 46, 119
- Der Verbraucherpreisindex im gesamten Jahr 2024 und im Dezember 2024 GK 71, 189
- Der Verbraucherpreisindex im Januar 2025 GK 82, 215
- Tarifverdienste 2024 – Entwicklung der Indizes GK 105, 285
- Der Verbraucherpreisindex im Februar 2025 GK 106, 286
- Der Verbraucherpreisindex im März 2025 GK 118, 312
- Der Verbraucherpreisindex im Mai 2025 GK 138, 383
- Der Verbraucherpreisindex im Juni 2025 GK 147, 403
- Der Verbraucherpreisindex im Juli 2025 GK 164, 455
- Der Verbraucherpreisindex im August 2025 GK 183, 503
- Baupreisindizes im August 2025 GK 193, 528
- Der Verbraucherpreisindex im September 2025 GK 200, 550

Prüfungsverband

- Geschäftsbericht 2024 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands (BKPV) FSt 197, 720

R

Radwege

- Merkblatt zur wegweisenden Beschilderung für den Radverkehr (M WBR) GK 52, 139

- Inhalt und Zielsetzung des Merkblatts M WBR GK 52, 139
- Kostenübernahme gemäß Bundesministerium für Digitales und Verkehr GK 52, 140
- Veröffentlichung von Leitfäden der Zentrale Radverkehr zu Planung, Bau und Betrieb von Radverkehrsinfrastruktur GK 104, 284

Räum- und Streupflicht

- Haftung einer Gemeinde als Eigentümerin wegen Verletzung der Räum- und Streupflicht vor einem Kindergarten bei morgendlich einsetzendem Schneefall und Eisglätte FSt 160, 589
- Zustand der Stelle, an der sich der Sturz ereignet hat FSt 160, 590
- Haftung der Gemeinde nach allgemeinen deliktsrechtlichen Grundsätzen FSt 160, 591
- Verantwortlichkeit der Gemeinde für die Erfüllung der Räum- und Streupflichten trotz Übertragung auf den Träger des Kindergartens FSt 160, 591
- Inhalt und Umfang der winterlichen Streupflicht auf öffentlichen Wegen und Straßen FSt 160, 592
- Vorliegen allgemeiner Glätte FSt 160, 593
- Wie schnell muss geräumt und gestreut werden? FSt 160, 594
- Mitverschulden des Geschädigten (verneint) FSt 160, 594

Realsteuern

- Die vorläufigen Realsteuerhebesätze im Haushaltsjahr 2024 GK 48, 121
- Grundsteuer A GK 48, 122
- Grundsteuer B GK 48, 122
- Gewerbesteuer GK 48, 123
- Realsteuern nach Regierungsbezirken GK 48, 124

Rechnungsprüfung

- Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat vom 12.05.2025 – Pflicht zur Mitwirkung bei Finanz- und Rechnungsprüfung, Präzisierung der Mitwirkungspflichten kommunaler Zuwendungsempfänger und Rechnungsprüfungsämter nach Art. 98 BayHO GK 194, 528

Rechtsbehelfe, Rechtsmittel

- Berichtigung einer unrichtigen Rechtsmittelbelehrung FSt 75, 280

Register

- Transparenz über die Registerlandschaft: Erste Ausbaustufe der Registerlandkarte veröffentlicht FSt 24, 81

- Bekanntmachung über das Vorliegen der technischen Voraussetzungen für die Verarbeitung der Identifikationsnummer gemäß Artikel 22 Satz 3 des Registermodernisierungsgesetzes vom 20.05.2025 GK 130, 360

Reisekosten

- Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1.1.2025 GK 113, 299
- Bek des StMUK vom 16.05.2025 – Änderung der Bekanntmachung über Reisekostenrechtliche Regelungen für Lehrkräfte und Förderlehrer an staatlichen Schulen, Kollegs, Studienkollegs und an den Staatsinstituten für die Ausbildung von Fachlehrern und Förderlehrern GK 130, 360

Rentenversicherung

- Bekanntmachung der Beitragssätze in der allgemeinen Rentenversicherung und der knappschaftlichen Rentenversicherung für das Jahr 2025 vom 19.11.2024 GK 18, 47

Rückforderung

- Schenkungsrückforderung durch Sozialhilfeträger: Keine Relevanz der Einkommensgrenze des § 94 Abs. 1a SGB XII FSt 38, 138
- Regelung des § 529 Abs. 2 BGB als Einrede gegen einen Herausgabeanspruch des Beschenkten FSt 38, 139
- Auslegung angemessenen Unterhalts gem. § 529 Abs. 2 BGB nicht anhand von § 94 Abs. 1a SGB XII FSt 38, 140

Rückzahlungsverpflichtung

- Überzahlung von Beamtenbezügen; Aufrechnung mit einem Rückzahlungsanspruch; Billigkeitsentscheidung GK 12, 37

Rundfunk

- Bekanntmachung des Siebten Staatsvertrags zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge – Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Reformstaatsvertrag) vom 11.07.2025 GK 157, 432
- Bekanntmachung des Siebten Staatsvertrags zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge – Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Reformstaatsvertrag) vom 11.07.2025 GK 157, 432
- Gem. Bek. vom 07.07.2025 der STMI und der bayerischen Rechtsanwaltskammern Änderung der Rechtsreferendarsausbildungsbekanntmachung GK 157, 432

S

Sachbezugswerte

- Sachbezugswerte für freie Mahlzeiten und freie Unterkunft ab 1.1.2025 GK 34, 90

Säumniszuschläge

- (Teil-)Erlass von Säumniszuschlägen bei Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung GK 74, 193

Schadenersatz

- Schadenersatz eines Arbeitnehmers nach Art. 82 Abs. 1 DSGVO wegen Überwachung durch eine Detektei FSt 137, 486

Schadensersatz

- Schadensersatz bei unzureichender Bauüberwachung GK 95, 256
- Vorschussanspruch zur Mängelbeseitigung GK 95, 257
- Konkrete Kontrollpflichten des Architekten GK 95, 257
- Besondere Überwachungspflicht des Architekten nicht nur bei gefährträchtigen Arbeiten, sondern auch bei großem Schadenspotential GK 95, 258
- Vorteilsausgleich „Neu für Alt“ GK 95, 259
- Recht des Bauherrn auf Selbstvornahme GK 95, 259

Schlüsselzuweisungen

- Schlüsselzuweisungen für 2025 GK 100, 265
- Gemeindeschlüsselzuweisungen GK 100, 267
- Landkreissschlüsselzuweisungen GK 100, 268
- Gemeinde- und Landkreissschlüsselzuweisungen je Einwohner und regionale Aufteilung GK 100, 268
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2025 nach Größenklassen GK 100, 269
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2025 nach Größenklassen GK 100, 269
- Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden für 2025 nach Regierungsbezirken GK 100, 270
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2025 nach Regierungsbezirken GK 100, 270
- Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und Landkreise für 2025 nach Regierungsbezirken GK 100, 271
- Schlüsselzuweisungen an die Landkreise für 2025 GK 100, 271

Schulden, gemeindliche

- Finanzminister Füracker: Bund muss tätig werden GK 166, 457

- „Kommunaler Finanzreport“ der Bertelsmann Stiftung: Bayerns Kommunen hoch verschuldet wie noch nie GK 166, 457
- Finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen markiert eine Zeitenwende GK 166, 458

Schuldenstand

- Der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften am 31.12.2023 GK 65, 169
- Der Schuldenstand des Freistaates Bayern, der bayerischen Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv) und der Verbände mit kommunalen Aufgaben am 31.12.2023 im Vergleich zum Schuldenstand des Bundes GK 65, 169
- Zur Entwicklung des Schuldenstandes im Jahr 2023 GK 65, 170

Schulen

- Rechtswidrigkeit der Nichtentfernung eines Kruzifixes aus dem Haupteingangsbereich einer Schule FSt 238, 881
- Anbringen eines Kreuzes im Eingangsbereich der Schule als Eingriff in die negative Glaubensfreiheit (Art. 4 Abs. 1 GG) FSt 238, 882
- Missionarische Wirkung des streitgegenständlichen Kruzifixes FSt 238, 884
- Die Pflicht zur Anbringung eines Kreuzes im Eingangsbereich eines jeden staatlichen Dienstgebäudes gilt nicht für Schulen FSt 238, 884
- Fehlende Rechtsgrundlage in Form eines Parlamentsgesetzes führt zur Rechtswidrigkeit des Eingriffs in die Glaubensfreiheit FSt 238, 885
- Bek des StMUK vom 11.2.2025 – Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Konzepts „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ an kommunalen Schulen und an privaten Ersatzschulen (SchuFL-R) GK 72, 192
- Bek des StMUK vom 13.2.2025 Änderung der Bekanntmachung über die Gemeinsamen Empfehlungen zur Zusammenarbeit von Schule und Sportverein des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und des Bayerischen Landes-Sportverbands im Benehmen mit dem Bayerischen Städtetag, dem Bayerischen Gemeindetag und dem Bayerischen Landkreistag GK 83, 216
- Bek des StMUK vom 12.3.2025 – Änderung der Bekanntmachung über die Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Konzepts „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ an kommunalen Schulen und an privaten Ersatzschulen (SchuFL-R) GK 83, 216

- Hinweis des StMUK vom 13.08.2025 auf das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, auf die Verordnung zur Änderung der Bayerischen Schulordnung und weiterer Rechtsvorschriften und auf die Verordnung zur Änderung der Schullerichtungsverordnung GK 157, 432

Schulfinanzierung

- Hinweis des StMUK vom 17.09.2025 auf die Verordnung zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und auf die Ausbildungs- und Prüfungsordnung Ergänzungsprüfung (APE) GK 176, 480

Schulfinanzierungsgesetz

- Zweite Verordnung zur Änderung der Marktstammdatenregistrierungsverordnung vom 6.12.2024 GK 29, 71
- Änderung der Bekanntmachung über die Durchführung der Härteregelelung nach Art. 34a Abs. 2 BaySchFG GK 108, 288
- Verordnung zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vom 10.04.2025 GK 124, 336

Schwangere

- Sonderkündigungsschutz für schwangere Arbeitnehmerinnen – nachträgliche Klagezulassung FSt 241, 898
- Zweites Gesetz zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes vom 7.11.2024 GK 8, 24

Sondernutzungserlaubnis

- Das Abstellen von E-Scootern im öffentlichen Straßenraum im Free-floating-Modell ist eine erlaubnispflichtige Sondernutzung FSt 245, 914
- Umstrittene Rechtslage zum Aufstellen von Mietfahrrädern im öffentlichen Straßenraum (Gemeingebrauch oder Sondernutzung?) FSt 245, 915
- Abstellen von E-Scootern als Sondernutzung FSt 245, 917

Sondernutzungsgebühr

- Sondernutzungsgebühr für eine teilweise unterhalb und teilweise oberhalb von sieben Metern über dem Straßenkörper befindliche Werbeanlage an einem Baugerüst FSt 32, 113
- Vorliegen einer Sondernutzung nach bürgerlichem Recht FSt 32, 114
- Zulässigkeit einer Abrechnung „pro angefangener Woche“ FSt 32, 115

- Sondernutzungsgebühr nur bis zu einer Höhe von sieben Metern **FSt 32, 116**

Sozialversicherung

- Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2025 (Sozialversicherungsrechengrößen-Verordnung 2025) vom 25.11.2024 **GK 18, 47**
- Fünfzehnte Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung vom 3.12.2024 **GK 18, 48**

Sozialhilfe

- Keine einmaligen Beihilfen für die Anschaffung eines Gefrierschranks und eines Lebensmittelvorrats **FSt 16, 46**
- Ein Anspruch auf Beihilfen für die Anschaffung eines Lebensmittelvorrats besteht weder in Form einer abweichenden Festsetzung des Regelbedarfs noch in Form einmaliger Bedarfe oder als Hilfe in sonstigen Lebenslagen **FSt 16, 47**
- Ergänzende Ausführungen des LSG hinsichtlich des Rechtsregimes für die Gewährung von Beihilfen nach dem SGB XII **FSt 16, 49**
- Gestuftes Auskunftsverfahren nach dem Angehörigen-Entlastungsgesetz **FSt 124, 440**

Sperrstunde

- Sperrzeitverlängerung für Altstadtbereich **FSt 216, 788**
- Wann liegen „besondere örtliche Verhältnisse“ i.S.d. § 8 Abs. 1 GastV i.V.m. § 18 Abs. 1 GastG vor? **FSt 216, 789**
- Verhältnismäßigkeit einer Sperrzeitverlängerung **FSt 216, 792**
- Rechtsschutz von Anwohnern gegen eine Sperrzeitverkürzung **FSt 216, 792**

Spielhallen

- Bei einer mehr als unerheblichen Wohnnutzung in der näheren Umgebung des Vorhabengrundstücks scheidet die Annahme eines faktischen Kerngebiets aus **FSt 151, 558**

Statistik

- Die Kreisumlagen für das Haushaltsjahr 2024 **GK 19, 49**
- Die Bezirksumlagen im Haushaltsjahr 2024 **GK 23, 54**
- Preisindex Deutschland 2025 **GK 183, 503**

Steuereinnahmen

- Steuerschätzung Oktober 2024 **GK 10, 26**

- Erwartetes Steueraufkommen 2023 bis 2029 in Mrd. € **GK 10, 28**
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden **GK 10, 29**
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen **GK 10, 32**
- Steuereinnahmekraft der Gemeinden und Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2023 **GK 92, 243**
- Steuerschätzung Mai 2025 **GK 120, 313**
- Rahmenbedingungen und Schätzgrundlagen **GK 120, 313**
- Nicht beschlossene, nicht berücksichtigte, aber zu erwartende Steuerrechtsänderungen **GK 120, 315**
- Erwartetes Steueraufkommen 2024 bis 2029 in Mrd. € **GK 120, 315**
- Steuereinnahmen bzw. Steuerbeteiligungen der Gemeinden **GK 120, 316**
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen **GK 120, 319**
- Schätzungen für die bayerischen Kommunen – Anlage: Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden 2023 bis 2029 **GK 120, 321**

Steuerkraftzahlen

- Die endgültigen Steuerekraftzahlen 2025 **GK 57, 150**
- Bedeutende Änderungen bei der Ermittlung der Steuerekraftzahlen seit 2016 **GK 57, 150**
- Anstieg der Steuerekraft **GK 57, 151**
- Regionale Entwicklung **GK 57, 152**
- Bek des StMF vom 19.05.2025 – Steuerekraftzahlen aus der Grundsteuer und der Gewerbesteuer für 2026 (Steuerekraftzahlenbekanntmachung 2026 – StKraftBek 2026) **GK 130, 360**

Steuerrecht

- Steuerliche Anerkennung inkongruenter Gewinnausschüttungen **GK 11, 35**
- Bekanntmachung der Neufassung der Mitteilungsverordnung vom 14.1.2025 **GK 47, 120**
- Jahressteuergesetz 2024 – Wichtige Änderungen mit kommunalem Bezug **GK 50, 129**
- Änderungen im Bereich des Einkommensteuergesetzes **GK 50, 129**
- Änderungen im Bereich des Gewerbesteuergesetzes **GK 50, 131**
- Änderungen im Bereich des Umsatzsteuergesetzes **GK 50, 132**
- ABERmalige Verlängerung der steuerlichen Maßnahmen zur Unterstützung der vom Krieg in der Ukraine Geschädigten **GK 67, 181**
- Mitteilungsverordnung geändert, Anwendungsschreiben aktualisiert **GK 168, 463**

Störerauswahl

- Adressatenauswahl für bauaufsichtliche Anordnung gegenüber Miteigentümern (WEG) FSSt 227, 837
- Allgemein zur Störerauswahl bei bauaufsichtlichen Anordnungen FSSt 227, 838
- Anforderungen an eine ordnungsgemäße Ermessensausübung FSSt 227, 838

Strafgesetzbuch

- Verurteilung eines Bürgermeisters und Geschäftsführers in der Pflegebranche wegen ungerechtfertigter Inanspruchnahme des Pflege-rettungsschirms in der Corona-Pandemie FSSt 177, 641
- Besonders schwerer Fall des Betrugs durch gewerbsmäßiges Handeln und Herbeiführen eines Vermögensverlusts großen Ausmaßes FSSt 177, 643
- Berücksichtigung von Umständen, die gegen den Angeklagten sprechen FSSt 177, 645
- Fälschung beweiserheblicher Daten (§ 269 StGB) FSSt 177, 646
- Verurteilung eines ehemaligen Bürgermeisters wegen Bestechlichkeit FSSt 219, 801
- Pflichtwidrigkeit aufgrund fehlender Deckung der Grundstücksgeschäfte durch einen Gemeinderatsbeschluss FSSt 219, 802
- Pflichtwidrigkeit wegen Verstoßes gegen die Informationspflicht des Bürgermeisters gegenüber dem Gemeinderat FSSt 219, 803
- Besonders schwerer Fall der Bestechlichkeit FSSt 219, 804

Straßenausbaubeitrag

- Härteausgleich bei mehreren alten Straßenausbaubeiträgen für ein Eckgrundstück GK 49, 127
- Begriff der Ortsstraße GK 75, 195
- Straßenrechtliche Beurteilung GK 75, 195
- Ende der geschlossenen Ortslage GK 75, 196

Straßenbau

- M URU – Merkblatt über umweltrelevante Untersuchungen im Straßenbau, Ausgabe 2024 GK 137, 382
- Bezugsmöglichkeit Merkblatt über umweltrelevante Untersuchungen im Straßenbau GK 137, 383

Straßenrecht

- Widmung trotz einer „vergessenen“ Flurnummer FSSt 109, 392
- Grundsatz: Flurnummer ist in der Widmung zu benennen FSSt 109, 392

- Die „vergessene“ Flurnummer FSSt 109, 393
- Eindeutige Bestimmung von Verlauf und Umfang des Wegs FSSt 109, 393
- Leitfaden „Beseitigung verbotswidrig abgestellter Kraftfahrzeuge oder Anhänger“ Februar 2025 FSSt 110, 395
- Einziehung eines öffentlichen Feld- und Waldwegs FSSt 121, 433
- Abwägungsentscheidung FSSt 121, 433
- Erschließungsvorteil FSSt 121, 433
- Anliegerrechte FSSt 121, 434
- Befristete Teileinziehung zur probeweisen Errichtung einer Fußgängerzone FSSt 144, 512
- Reichweite des Gemeingebrauchs FSSt 144, 512
- Anliegergebrauch FSSt 144, 513
- Eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb FSSt 144, 514
- Anliegergebrauch bei gewerblich genutzten Grundstücken FSSt 144, 515
- Vorbehalt des Straßenrechts (Zufahrtskonzept) FSSt 144, 515
- Besonderes öffentliches Vollzugsinteresse FSSt 144, 516

Straßenreinigungspflicht

- Verpflichtung des Eigentümers zur Entfernung von Unkraut in der Bordsteinrinne einer an sein Grundstück grenzenden Straße FSSt 185, 675
- Abwälzung der gemeindlichen Straßenreinigungspflicht innerhalb der geschlossenen Ortslage auf die Eigentümer der angrenzenden oder mittelbar erschlossenen Grundstücke FSSt 185, 676
- Vorderlieger müssen eine öffentliche Straße nicht reinigen, zu der sie aus tatsächlichen oder aus rechtlichen Gründen keinen Zugang und keine Zufahrt nehmen können und die von ihrem Grundstück aus nur unerheblich verschmutzt werden kann FSSt 185, 676

Straßenunterhaltung

- Hinweise für Reparaturasphalt zur Schadstellenbeseitigung (H RepA) GK 79, 211

Straßenverkehrsordnung

- Unzulässiger Schluss von der Haltereigenschaft auf die Fahrzeugführung FSSt 13, 41
- Das BVerfG überprüft gerichtliche Entscheidungen der Fachgerichte nur ausnahmsweise FSSt 13, 42
- Allein von der Haltereigenschaft darf bei Fehlen weiterer Beweisanzeichen nicht auf die Täterschaft geschlossen werden FSSt 13, 42

- Vermittelt § 45 Abs. 1 StVO dem Nutzer eines Wegs ein subjektives Recht gegenüber der Straßenverkehrsbehörde auf Aufstellung von Verkehrsschildern zu seinem Schutz?
FSt 196, 716
- Grundsatz: § 45 Abs. 1 StVO dient nur dem Schutz der Allgemeinheit, nicht des Einzelnen
FSt 196, 716
- Die Nutzung eines Wegs als bloßer Verkehrsteilnehmer begründet keinen Anspruch auf Tätigwerden aus § 45 Abs. 1 Satz 1 StVO
FSt 196, 718
- Haltverbot an Zugangsstraße zur Talstation einer Bergbahn zugunsten der Feuerwehr und Bergrettung
FSt 237, 875
- Reichweite der Rechtskraft der Aufhebung einer inhaltsähnlichen verkehrsrechtlichen Anordnung in einem früheren Prozess
FSt 237, 875
- Zuständigkeit des Gemeinderats oder des Bürgermeisters für die Anordnung eines Haltverbots?
FSt 237, 877
- Zwingende Erforderlichkeit des Haltverbots (§ 45 Abs. 9 Satz 1 StVO)
FSt 237, 878

Stromversorgung

- Einer Gemeinde ist es verwehrt, im Anfechtungsprozess gegen einen Planfeststellungsbeschluss das Unterbleiben eines vorhergehenden Raumordnungsverfahrens zu rügen
FSt 215, 784
- Eine von einer Fachplanung betroffene Gemeinde kann nur die Verletzung von Vorschriften rügen, die ihrem Schutz dienen
FSt 215, 785
- Der nachträgliche Einbau eines Batteriespeichers unterliegt dem Kaufvertragsrecht
GK 62, 165
- Grenzpreise nach § 2 Abs. 4 und 5 KAV für das Jahr 2025
GK 103, 282

T

Tarifverträge

- Tarifabschluss 2025 für kommunale Beschäftigte
GK 135, 371
- Laufzeit
GK 135, 371
- Entgelterhöhung
GK 135, 371
- Jahressonderzahlung
GK 135, 372
- Zulagen für Wechselschicht- und Schichtarbeit
GK 135, 372
- Arbeitszeit
GK 135, 372
- Entgelttabellen
GK 135, 374
- Arbeitgeberzuschuss zur Entgeltumwandlung
GK 152, 417

- TV-EUmw/VKA als abschließend regelnder Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung
GK 152, 417
- Abweichung vom gesetzlichen Anspruch auf Entgeltumwandlung nach § 1a BetrAVG
GK 152, 418
- Zulässigkeit der Abweichung vom BetrAVG
GK 152, 418
- Abweichender Tarifvertrag darf auf einen Anspruch auf Arbeitgeberzuschuss verzichten
GK 152, 418

Tiefbau

- M FT – Merkblatt für Betonfertigteile für Verkehrsflächen, Ausgabe 2025
GK 115, 305
- Die Arbeiten an der Infrastruktur – hier Entwässerungssystem – als Teil der Daseinsvorsorge haben hoheitlichen Charakter
GK 145, 399
- Wer haftet für Wandrisse aufgrund von Kanalarbeiten?
GK 145, 399

Trinkwasser

- Wann liegt bei Legionellenbefall des Trinkwassers ein Mietmangel vor?
GK 191, 521

U

Umsatzsteuer

- Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand, § 2b UStG, Vorsteuerabzug bei unternehmerisch tätigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts
GK 3, 7
- Zwischenbilanz zur zehnjährigen Übergangsfrist für die Anwendung von § 2b des Umsatzsteuergesetzes
GK 32, 84
- Jahressteuergesetz 2024 – Wichtige Änderungen mit kommunalem Bezug
GK 50, 129
- Änderungen im Bereich des Umsatzsteuergesetzes
GK 50, 132
- Ausstellung von Rechnungen nach § 14 UStG – Einführung der obligatorischen elektronischen Rechnung bei Umsätzen zwischen inländischen Unternehmern ab dem 1.1.2025
GK 51, 138
- Umsatzsteuerrechtliche Problemstellungen beim Bayerischen Mobilfunk-Förderprogramm
GK 86, 223
- Zielsetzung des Förderprogramms
GK 86, 223
- Umsatzsteuerliche Problemstellung
GK 86, 223
- Mietmodell
GK 86, 223
- Gültigkeit von Bescheinigungen für Zwecke der Steuerbefreiung von Bildungsleistungen (§ 4 Nr. 21 Umsatzsteuergesetz – UStG)
GK 93, 250

- Änderung des § 4 Nr. 21 UStG zum 1.1.2025
GK 93, 250
- Gültigkeit von Bescheinigungen nach altem Recht
GK 93, 250
- Weitere Hinweise zum Umsatzsteuersatz auf die Lieferung von Holzhackschnitzeln
GK 111, 291
- Umsatzsteuerliche Organschaft und Entnahmebesteuerung bei hoheitlicher Tätigkeit des Organträgers
GK 112, 293
- Die Organschaft im konkreten Streitfall ist unionsrechtskonform
GK 112, 294
- Entgeltliche Leistungen einer Organgesellschaft an ihren Organträger sind auch dann nichtsteuerbar, wenn der Organträger sie für außerunternehmerische Zwecke verwendet
GK 112, 295
- Die entgeltliche Leistung einer Organgesellschaft an den Organträger lässt bei Nichtsteuerbarkeit der Leistung die Entgeltlichkeit der Leistung nicht entfallen
GK 112, 297
- Personalgestellungen unter dem Blickwinkel der interkommunalen Zusammenarbeit
GK 127, 342
- Personalgestellungen/Leistungsaustauschverhältnisse
GK 127, 342
- Beurlaubung ohne Dienstbezüge
GK 127, 343
- Unentgeltliche Überlassung zwischen Dritten
GK 127, 343
- Unternehmerische Tätigkeit der jPöR nach § 2 UstG
GK 127, 343
- Ausnahmeregelung des § 2b UstG
GK 127, 344
- Unternehmereigenschaft von Landratsämtern sowie weitere umsatzsteuerliche Problemstellungen
GK 129, 348
- Stellung und Aufgaben von Landkreisen
GK 129, 349
- Auswirkungen der Doppelstruktur auf die Unternehmereigenschaft
GK 129, 350
- Einzelne Tätigkeiten
GK 129, 353
- Ausstellung von Rechnungen
GK 129, 356
- Vorsteuer
GK 129, 357
- Ermäßigter Steuersatz auf die Lieferung von Holzhackschnitzeln als Brennholz – Zurücknahme des Schreibens des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) vom 17.04.2025
GK 134, 370

Unterhaltsrecht

- Siebte Verordnung zur Änderung der Mindestunterhaltsverordnung vom 15.11.2024
GK 18, 47

Urheberrecht

- Urheberrechtsschutz des Architekten bei Abriss eines Gebäudes
FSt 205, 744

- Abriss eines Gebäudes als Eingriff in das Urheberrecht
FSt 205, 746
- Interesse des Gebäudeeigentümers an einer anderweitigen Gebäudenutzung geht in der Regel den Interessen des Urhebers vor
FSt 205, 746

Urlaub

- Erfüllung des Urlaubsanspruchs trotz häuslicher Quarantäne des Arbeitnehmers (Rechtslage bis 16.9.2022)
FSt 67, 251

Urlaubsabgeltung

- Urlaubsabgeltungsansprüche nach Abwesenheiten wegen Mutterschutz- und Elternzeiten
GK 42, 104
- Allgemein zum Anspruchsgrund und Umfang der Abgeltung von Urlaub nach der Elternzeit/Mutterschutzzeit
GK 42, 105
- Kein Verfall von Urlaubsansprüchen aufgrund mutterschutz- und elternzeitrechtlicher Sondervorschriften
GK 42, 106
- Kein Untergang von Urlaubsansprüchen wegen fehlender Kürzungs-erklärung des Arbeitgebers im bestehenden Arbeitsverhältnis
GK 42, 107
- Aufgabe der Surrogationstheorie
GK 42, 108
- Keine Verjährung des Urlaubsanspruchs wegen Besonderheiten im Mutterschutz- und Elternzeitrecht
GK 42, 108
- Keine Reduktion des Abgeltungsanspruchs auf Null
GK 42, 110
- Berechnung des Urlaubsabgeltungsanspruchs – Referenzzeitraum
GK 162, 450
- Grundlagen der Berechnung des Urlaubsabgeltungsanspruchs
GK 162, 450
- Geldfaktor
GK 162, 451
- Rente wegen Erwerbsminderung
GK 162, 451
- Unverschuldetes Arbeitsversäumnis
GK 162, 451
- Zeitfaktor
GK 162, 451
- Einklang mit EU-Recht
GK 162, 452
- Anspruch auf Urlaubsabgeltung; Mutterschutz; Beschäftigungsverbot
GK 170, 465

V

Vaterschaft

- Eintragung eines Frau-Mann-Transsexuellen als Vater eines von seiner Ehefrau geborenen Kindes
FSt 31, 111
- Vaterschaft nach § 1592 Nr. 1 BGB
FSt 31, 111
- Bedeutung des § 11 TSG
FSt 31, 112

Vergabe öffentlicher Aufträge

- Angebotsausschluss wegen schwerer Verfehlungen
FSt 11, 35

- Allgemeines zur Prüfung des Leistungsversprechens eines Bieters FSt 11, 36
- Zum Begriff der „schweren Verfehlung“ FSt 11, 36
- Der Bieter muss die schwere berufliche Verfehlung „nachweislich“ begangen haben FSt 11, 38
- Dreijährige Höchstfrist für die Berücksichtigung von Verfehlungen FSt 11, 39
- Worauf ist bei der „Vergleichbarkeit“ der Referenzen mit den ausgeschriebenen Leistungen abzustellen? FSt 23, 78
- Auftraggeber darf Referenzen über mit der ausgeschriebenen Leistung „vergleichbare“ Leistungen fordern FSt 23, 78
- Abzustellen ist für die Vergleichbarkeit auf die gesamten Vergabeunterlagen FSt 23, 79
- Der auf Grundlage einer Dringlichkeitsvergabe geschlossene Vertrag ist zeitlich zu begrenzen FSt 33, 118
- Zeitliche Begrenzung von Dringlichkeitsvergaben bei Langzeitverträgen FSt 33, 119
- Unwirksamkeit eines auf Grundlage einer inhaltlich gerechtfertigten Dringlichkeitsvergabe geschlossenen Vertrags wegen zu hoher Laufzeit FSt 33, 120
- Vergabe von Rettungsdienstleistungen; Rechtsschutz gegen die Auswahlentscheidung; möglicher Verstoß gegen das Kartellverbot bei Beteiligung von Bietergemeinschaften FSt 53, 195
- Rettungsdienstleistungen werden nach dem BayRDG in einem zweistufigen verwaltungsrechtlichen Verfahren vergeben FSt 53, 196
- Unterlegene Bewerber können gegen die Auswahlentscheidung mit der sog. „verdrängenden Konkurrentenklage“ vorgehen FSt 53, 197
- Eine angefochtene Auswahlentscheidung darf bei fehlender Anordnung des Sofortvollzugs nicht durch Vertragsschluss vollzogen werden FSt 53, 197
- Verkennt oder missachtet eine Behörde die aufschiebende Wirkung eines Rechtsbehelfs, so ist die aufschiebende Wirkung vom Gericht in analoger Anwendung von § 80 Abs. 5 VwGO festzustellen FSt 53, 198
- Voraussetzungen für vorläufigen Rechtsschutz gegen eine Interimsvergabe (hier verneint) FSt 53, 198
- Vermutung eines Verstoßes gegen das Kartellverbot bei Bietergemeinschaften von Unternehmen, die beide hinreichend leistungsfähig sind und in unmittelbarer Konkurrenz stehen FSt 53, 199
- Seit 1.1.2025 gelten im Freistaat Bayern höhere Wertgrenzen für Direktaufträge und Verhandlungsvergaben FSt 85, 313
- Höhe der vom 1.1.2025 bis zum 31.12.2029 geltenden Wertgrenzen FSt 85, 314
- Praxishinweise für die Durchführung eines Direktauftrags FSt 85, 314
- Weitere Vereinfachungen FSt 85, 315
- Verfahren bei der Vergabe von freiberuflichen Leistungen FSt 85, 316
- Wertungskriterien müssen einen unmittelbaren Bezug zum Auftragsgegenstand haben und für die Auftragsdurchführung verbindlich sein FSt 86, 317
- Generelles zum Auftragsbezug von Zuschlagskriterien FSt 86, 317
- Vergabeunterlagen, deren Inhalt für die konkrete Vertragsdurchführung nicht verbindlich ist, fehlt der vergaberechtlich notwendige Auftragsbezug FSt 86, 318
- Notwendigkeit der Beiziehung eines Rechtsanwalts bei eigener Sachkunde der Vergabestelle? FSt 99, 357
- Grundsätzliches zur Kostenerstattung für einen Rechtsanwalt FSt 99, 357
- Wesentliche Gesichtspunkte für die Notwendigkeit, einen Rechtsanwalt beizuziehen FSt 99, 358
- Würdigung des konkreten Falls FSt 99, 358
- Keine Notwendigkeit der Beiziehung eines Anwalts, wenn die Vergabestelle bereits vorgerichtlich in der Lage war, sich umfassend mit den Sach- und Rechtsfragen auseinanderzusetzen FSt 99, 360
- Ausschluss eines Bieters wegen früherer Schlechtleistungen; Heilung von Ermessensfehlern im Nachprüfungsverfahren FSt 111, 397
- Inhalt der Ermessensentscheidung FSt 111, 398
- Nachholung der gebotenen Ermessensausübung nebst vorheriger Anhörung FSt 111, 398
- Ein Ausschluss nach § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB setzt nicht voraus, dass das Unternehmen bei sämtlichen in der Vergangenheit erteilten Aufträgen des Auftraggebers schlecht geleistet hat FSt 111, 399
- Verfahrenskosten bei Heilung von Ermessensfehlern im Nachprüfungsverfahren FSt 111, 399
- Bauzeitverkürzung bei einer Straßensanierung als wirtschaftlicher Grund für eine Gesamtvergabe? FSt 122, 435
- Der öffentliche Auftraggeber hat eine umfassende Abwägung vorzunehmen, wenn er vom Gebot der losweisen Vergabe absehen möchte FSt 122, 435
- Zur Frage, ob technische Gründe eine Gesamtvergabe erfordern FSt 122, 436
- Zur Frage, ob wirtschaftliche Gründe eine Gesamtvergabe erfordern FSt 122, 437

- Voraussetzungen für die Teilnahme eines Unternehmens am Vergabeverfahren, das den Auftraggeber bereits im Vorfeld beraten hat
FSt 134, 477
- Grundsätzliches zur Zulassung eines vorbefassten Unternehmens
FSt 134, 477
- Dem Auftraggeber obliegt die Verpflichtung, den Wissensvorsprung des vorbefassten Bieters durch Information aller anderen Bieter auszugleichen
FSt 134, 478
- Vorbefassung und Ausgleich des Wissensvorsprungs im konkreten Fall
FSt 134, 478
- Bei der Wertung ist sicherzustellen, dass sie ohne Benachteiligung eines Bieters plausibel erfolgt
FSt 134, 479
- Berücksichtigung von Selbstreinigungsmaßnahmen eines Bieters
FSt 145, 518
- Ziel von Selbstreinigungsmaßnahmen
FSt 145, 518
- Zur Frage, wann der Vergabestelle Selbstreinigungsmaßnahmen bekannt sein müssen
FSt 145, 518
- Würdigung des konkreten Falls
FSt 145, 519
- Eine Auftragserteilung unter Änderung des Angebotsinhalts ist vergaberechtswidrig, führt aber nicht zur Unwirksamkeit des Vertragsschlusses
FSt 161, 595
- Vergaberechtlicher Rechtsschutz wird grundsätzlich nur in einem schon begonnenen und noch laufenden Vergabeverfahren gewährt
FSt 161, 596
- Mit dem zivilrechtlich wirksamen Abschluss des Vertrages ist das Vergabeverfahren beendet
FSt 161, 596
- Vergaberechtlicher Rechtsschutz ist unter den Voraussetzungen des § 135 GWB ausnahmsweise nach Zuschlagerteilung möglich
FSt 161, 597
- § 135 GWB erfordert stets auch eine Antragsbefugnis des Antragstellers nach § 160 Abs. 2 GWB
FSt 161, 597
- Zur Frage zivilrechtlicher Nichtigkeit
FSt 161, 598
- Zurückversetzung des Vergabeverfahrens, wenn die Vergabestelle zusätzliche Eignungskriterien zugrunde legen will
FSt 175, 635
- Keine Pflicht, ein Vergabeverfahren durch Zuschlagerteilung abzuschließen
FSt 175, 635
- Die Zurückversetzung des Vergabeverfahrens darf nicht willkürlich sein
FSt 175, 636
- Erfolgt die Eignungsprüfung zweistufig, ist das nicht willkürlich
FSt 175, 637
- Wann unterfällt der Verkauf eines kommunalen Grundstücks, auf dem ein Gebäude errichtet werden soll, dem Bau-Vergaberecht?
FSt 186, 678
- Ein Bauauftrag im Sinne des Vergaberechts setzt eine dem öffentlichen Auftraggeber unmittelbar wirtschaftlich zugutekommende Bauleistung durch Dritte gemäß den Erfordernissen des Auftraggebers voraus
FSt 186, 678
- Eine Grundstücksveräußerung zum Zwecke der Bebauung, mit der allgemeine städtebauliche Pläne verfolgt werden, unterfällt nicht dem Vergaberecht
FSt 186, 679
- Die Errichtung von Lärmschutzwänden ist auch bei Brückenbauarbeiten ein abgrenzbares Gewerk und damit ein Fachlos
FSt 208, 758
- Ein Abweichen von der Losvergabe ist nur möglich, wenn wirtschaftliche oder technische Gründe dies erfordern
FSt 208, 759
- Schadensersatzanspruch des Auftraggebers bei rechtsmissbräuchlichem Vergabennachprüfungsverfahren des Bieters
FSt 240, 891
- Anspruch auf Schadensersatz aus vorvertraglichem Schuldverhältnis
FSt 240, 893
- Mehrfacher Verstoß gegen vorvertragliche Pflichten
FSt 240, 894
- Ursächlichkeit der Pflichtverletzungen für die eingetretenen Schäden
FSt 240, 896
- Keine Pflicht zur Schadensminderung, wenn dadurch ein anderweitiges Schadensersatzrisiko entsteht
FSt 240, 897
- Der in der Vergabeverordnung verwendete Begriff „geschätzter Auftragswert“ hat nicht überall die gleiche Bedeutung
GK 7, 22
- Zum Begriff „geschätzter Auftragswert“ in § 3 VgV
GK 7, 22
- „Geschätzter Auftragswert“ in § 45 VgV
GK 7, 23
- Rahmenvereinbarungen müssen Höchstmengen enthalten
GK 15, 44
- Der Auftraggeber hat sicherzustellen, dass der Wettbewerb durch die Teilnahme eines vorbefassten Bieters nicht verfälscht wird
GK 53, 141
- Vorbefasste Bieter sind nicht allein wegen der Vorbefassung von der Wertung auszuschließen
GK 53, 141
- Erhalten die Bieter alle im Vorfeld erarbeiteten Unterlagen, ist der Wettbewerb insoweit nicht verfälscht
GK 53, 142
- Auch Wertungskriterien können einem vorbefassten Bieter einen unzulässigen Wettbewerbsvorteil verschaffen
GK 53, 142
- Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung durch Bildung einer Bietergemeinschaft
GK 63, 167
- Ausschluss eines Bieters wegen früherer mangelhafter Vertragserfüllung
GK 70, 185
- Zum Vorliegen mangelhafter Vertragserfüllung
GK 70, 185

- Die mangelhafte Erfüllung des früheren Auftrags muss in einer erheblichen oder fortdauernden Vertragspflichtverletzung bestanden haben GK 70, 186
- Auswirkungen der Schlechterfüllung auf das frühere Vertragsverhältnis GK 70, 187
- Notwendigkeit einer Ermessensentscheidung GK 70, 188
- Unzulässigkeit eines Nachprüfungsantrags ohne vorherige Rüge; zum Nachweis des rechtzeitigen Zugangs GK 80, 213
- Rechtzeitige Rüge des Vergabeverstößes GK 80, 213
- Fristgemäßer Zugang der Vergaberüge GK 80, 214
- Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Bieter selbst bei einem Erfolg seines Antrags keine Chance auf den Zuschlag hat GK 96, 260
- Sektorenverordnung: Anwendungsvoraussetzungen und Aufklärung ungewöhnlich niedriger Angebotspreise GK 97, 261
- Entscheidend für die privilegierende Anwendung der SektVO ist allein, dass der beabsichtigte Auftrag dem Bereich der Sektorentätigkeit des Auftraggebers zuzuordnen ist GK 97, 261
- Vorgehen beim Antreffen ungewöhnlich niedriger Angebotspreise GK 97, 262
- Antworten auf Bieteranfragen sind an alle Bieter zu richten GK 107, 287
- Aufhebung und Zurücksetzung von Vergabeverfahren GK 117, 308
- Grundsätzliches zur Aufhebung von Vergabeverfahren GK 117, 308
- Unterschied zwischen Wirksamkeit und Rechtmäßigkeit einer Aufhebungsentscheidung GK 117, 309
- Nur in Ausnahmefällen kann ein Anspruch auf Fortsetzung des Vergabeverfahrens angenommen werden GK 117, 310
- Die Aufhebung und Zurücksetzung von Vergabeverfahren kann einen Anspruch auf Schadensersatz auslösen GK 117, 310
- Detaillierte Formvorgaben der Vergabestelle sind möglich, ihre Einhaltung ist zu überprüfen GK 142, 395
- Nochmaliges Nachfragen zur Preisgestaltung, Heilung von Dokumentationsmängeln GK 143, 397
- Dokumentationsdefizite der Preisprüfung sind heilbar GK 143, 397
- Kein unzulässiges Nachverhandeln bei nochmaligen Nachfragen zur Preisgestaltung GK 143, 397

- Rechtsfolge, wenn Vergaberüge und Nachprüfungsantrag unmittelbar nacheinander eingereicht werden GK 144, 398
- Hat ein Bieter angegeben, eine Leistung selbst zu erbringen, kann er dafür nachträglich keinen Unterauftragnehmer benennen GK 163, 453
- Prüfung der Frage, ob der Bieter ohne den Einsatz des Nachunternehmers leistungsfähig ist GK 163, 453
- Unzulässige Benennung eines Nachunternehmers GK 163, 453
- Liegt kein sachlicher Aufhebungsgrund vor, ist das Vergabeverfahren (zunächst) fortzusetzen GK 180, 496
- Eine Unsicherheit, ob eine bestimmte Entwicklung eintritt, rechtfertigt nicht die Aufhebung der Ausschreibung GK 180, 497
- Grundsätze für die Aufhebung von Vergabeverfahren GK 180, 497
- Die berechtigte Aufhebung eines Vergabeverfahrens erfordert einen sachlichen Grund GK 180, 498
- Keine Verpflichtung des Bieters, den Auftraggeber auf die Notwendigkeit europaweiter Ausschreibung hinzuweisen GK 190, 520
- Ein Bieter, der eine Anfrage gestellt und als Einziger eine Antwort erhalten hat, kann dennoch eine Verletzung eigener Rechte geltend machen GK 198, 549

Verkehrssicherungspflicht

- Haftung der Gemeinde als örtliche Straßenverkehrsbehörde; Schäden durch Abkürzungsverkehr; öffentlich-rechtliche Verkehrssicherungspflicht; Wegfall des Verweisungsprivilegs FSt 98, 353
- Eine Gemeinde trifft sowohl in ihrer Eigenschaft als Trägerin der Straßenbaulast als auch als örtliche Straßenverkehrsbehörde eine Verkehrssicherungspflicht für eine „sonstige öffentliche Straße“ im Sinne des Art. 53 BayStrWG FSt 98, 354
- Verpflichtung der Gemeinde, vermeidbare Schäden aufgrund übermäßiger Staubbildung durch einen aufgrund einer Straßensperre verursachten Abkürzungsverkehr zu verhindern FSt 98, 356
- Keine Anwendbarkeit des Verweisungsprivilegs des § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB und der Sonderregelung des § 839 Abs. 3 BGB FSt 98, 356

Versammlungsfreiheit

- Verwendung der Parole „From the river to the sea“ im Rahmen einer Versammlung FSt 132, 472

- Anforderungen an die Darlegung einer hinreichend konkreten Gefahr der strafbaren Verwendung der Parole (hier bejaht wegen der Unterstützung der Versammlung durch eine der HAMAS nahestehende Organisation) **FSSt 132, 474**
- Bezug einer Organisation zur HAMAS (hier bejaht) **FSSt 132, 475**
- Verwendung der Parole als Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung? **FSSt 132, 476**

Versammlungsrecht

- Bei einem Übergewicht von Beherbergungsinfrastruktur ist ein „Protestcamp“ unabhängig von seiner konzeptionellen Ausrichtung keine durch Art. 8 GG geschützte Versammlung **FSSt 83, 310**

Versorgungsausgleich

- Der Pflichtehrensold nach dem bayerischen Kommunalwahlbeamtenengesetz ist im Versorgungsausgleich auszugleichen **GK 43, 112**
- Anspruch des Ehegatten auf Pflichtehrensold wurde durch Arbeit geschaffen (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 VersAusglG) **GK 43, 112**
- Der vom Ehegatten erworbene Anspruch auf Pflichtehrensold dient auch seiner Altersversorgung (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 VersAusglG) **GK 43, 113**
- Unterschied zwischen bayerischem und rheinland-pfälzischem Ehrensold **GK 43, 115**

Versorgungsbezüge

- Bei Eintritt in den Ruhestand nicht abgebaute Zeitguthaben auf Lebensarbeitszeitkonten sind grundsätzlich irrelevant für die Versorgungsbezüge **FSSt 36, 129**

Verspätungszuschläge

- Bundesfinanzhof: Verspätungszuschlag verstößt nicht gegen Europäische Menschenrechtskonvention **GK 85, 220**

Vertrag

- Der nachträgliche Einbau eines Batteriespeichers unterliegt dem Kaufvertragsrecht **GK 62, 165**

Verwaltungsgebühren

- Bek des StMI vom 26.2.2025 – Änderung der Bekanntmachung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis der Gemeinden und Gemeindeverbände **GK 72, 192**

Video

- Anspruch auf Unterlassung der Videoüberwachung einer öffentlichen Grünfläche **FSSt 89, 321**

Volksfest

- Zugang zu gemeindlichem Volksfest; Betrieb eines Festzelts mit Kulturprogramm; Anziehungskraft als Auswahlkriterium; Bewertung anhand einer Punkteskala **FSSt 25, 82**
- Wird von den Bewerbern um ein Festzelt nur ein „Entwurf“ für ein Kulturprogramm gefordert, müssen dafür nicht schon bestimmte Künstler verbindlich feststehen **FSSt 25, 83**
- Die graduelle Bewertung eines Vergabekriteriums anhand einer Punkteskala spricht gegen die Annahme, dass es sich dabei um ein Ausschlusskriterium handelt **FSSt 25, 84**
- Zweifel an der Realisierbarkeit eines vorgestellten Kulturkonzepts können sich auf die zu vergebende Punktzahl auswirken **FSSt 25, 85**
- Die auf bisherige Erfahrungen gestützte Annahme des Einrichtungsbetreibers, dass nachträgliche Abweichungen vom Programmentwurf zu keinen Qualitätseinbußen führen, ist rechtmäßig **FSSt 25, 85**
- Wenn die grundsätzliche Realisierbarkeit eines vorgelegten Kulturkonzepts nicht fraglich ist, besteht keine Verpflichtung, dieses mit null Punkten zu bewerten **FSSt 25, 86**

Vorbescheid

- Klage der Nachbarkommune gegen einen Vorbescheid für einen Sportfachmarkt **FSSt 202, 733**
- Begriff des im Zusammenhang bebauten Ortsteils bei noch unbebauten Flächen mit beachtlicher Größe (hier bejaht) **FSSt 202, 734**

Vorkaufsrecht

- Gemeindliches Vorkaufsrecht nach §§ 24, 25 BauGB: Bindungswirkung eines bestandskräftigen Bescheids über die Ausübung des Vorkaufsrechts im zivilgerichtlichen Verfahren **FSSt 139, 493**
- Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts als privatrechtsgestaltender Verwaltungsakt **FSSt 139, 493**
- Bindungswirkung eines bestandskräftigen Bescheids über die Ausübung des Vorkaufsrechts im Hinblick auf das Vorliegen eines Kaufvertrags **FSSt 139, 494**
- Nichtigkeit eines Verwaltungsakts bei besonders schwerwiegendem und offensichtlichem Fehler **FSSt 139, 495**

- Keine Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts, wenn die zugrunde liegende Sanierungsatzung bereits zehn Jahre alt ist, ohne dass Anhaltspunkte zu deren Umsetzung bestehen
FSt 176, 640
- Wirksamkeit einer Vereinbarung zur Abwendung eines aus Milieuschutzgründen bestehenden Vorkaufsrechts
FSt 239, 886
- Einseitige Verpflichtungserklärung oder Vertrag zwischen Verkäufer und Behörde?
FSt 239, 886
- Wirksamer Vertragsschluss, wenn zwischen Abgabe und Annahme des Angebots drei Wochen liegen?
FSt 239, 887
- Die für einen Vergleichsvertrag notwendige Ungewissheit über das Bestehen des Vorkaufsrechts
FSt 239, 888
- Eine nach Vertragsschluss eingetretene Änderung der Rechtsprechung (hier zum Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten) berechtigt nicht zur Kündigung einer Abwendungsvereinbarung
FSt 239, 890
- Keine Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts, wenn die zugrunde liegende Sanierungsatzung bereits zehn Jahre alt ist, ohne dass Anhaltspunkte zu deren Umsetzung bestehen
GK 182, 502

Vorschlagswesen

- Bek des StMI vom 16.05.2025 – Verwaltungsvereinfachung; Ergebnisse des Vorschlagswesens 2024; Vollzug der Innovationsrichtlinie Moderne Verwaltung
GK 130, 360

Vorsteuer

- Unternehmereigenschaft von Landratsämtern sowie weitere umsatzsteuerliche Problemstellungen
GK 129, 348

W

Waffenrecht

- Waffenrechtliche Unzuverlässigkeit eines Reichsbürgers
FSt 174, 630
- Bedeutung einschlägiger „reichsbürgertypischer“ Äußerungen oder Verhaltensweisen des Erlaubnisinhabers
FSt 174, 632
- Widerruf der waffenrechtlichen Erlaubnis wegen Mitgliedschaft in einer vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall behandelten Partei (hier AfD)?
FSt 207, 753
- Waffenrechtliche Rechtslage bei Einstufung einer Partei als „gesichert rechtsextremistisch“
FSt 207, 756

Wahlen

- Verletzung der Neutralitätspflicht im kommunalen Wahlkampf
FSt 146, 521

Wasser- und Bodenverband

- Regelungen in der Satzung eines Wasser- und Bodenverbandes hinsichtlich der Zahl der Vorstandsmitglieder
FSt 77, 284
- Eine Verbandssatzung kann auch nur die Mindest- und Höchstzahl von Vorstandsmitgliedern regeln, wenn Verbandsmitglieder ausschließlich Körperschaften des öffentlichen Rechts sind
FSt 77, 285
- Die maximale Vorstandsgröße eines Verbands darf dessen Funktions- und Arbeitsfähigkeit nicht beeinträchtigen
FSt 77, 287

Wasserrecht

- Kommunale Straßenentwässerung – Unterlassungsanspruch bei unzureichender Dimensionierung; Pflicht zur Eigensicherung
FSt 8, 26
- Eigensicherungspflicht des Anschlussnehmers
FSt 8, 26
- Restrisiko des Versagens der Rückstausicherung
FSt 8, 27
- Reichweite der Eigensicherungspflicht
FSt 8, 27
- Kein vorbeugender Schutz (§ 907 Abs. 1 Satz 1 BGB)
FSt 8, 27
- Verbot des Befahrens eines Gewässers
FSt 20, 63
- Vorliegen einer Gefahr i.S. des Art. 18 Abs. 3 BayWG
FSt 20, 64
- Kein Drittschutz gegen eine durch Zulassungsfiktion als erteilt geltende beschränkte wasserrechtliche Erlaubnis
FSt 107, 388
- Verwaltungsrechtsweg
FSt 107, 388
- Kein öffentlich-rechtlicher Nachbarschutz bei Zulassungsfiktion
FSt 107, 388
- (Neu-)Erteilung einer wasserrechtlichen Bewilligung an den Betreiber einer Wasserkraftanlage ohne Bewerberauswahlverfahren
FSt 235, 862
- Keine Verpflichtung zur Durchführung eines Auswahlverfahrens aus Europarecht
FSt 235, 862

Wasserversorgung

- Unwirksamkeit einer Flächenbegrenzung und eines Nacherhebungstatbestands in der Beirtragssatzung
GK 31, 76
- Bei bestandskräftiger Veranlagung ist das Rechtsschutzbedürfnis für eine Normenkontrolle zu bejahen, wenn zu erwartende weitere Festsetzungen schlüssig dargelegt sind
GK 31, 77
- Bei bisher fehlenden gültigen Herstellungsbeitragsatzungen stellt sich eine Verbesserungsmaßnahme als weiterer Investitionsaufwand für die Herstellung dar
GK 31, 78

- Die Kombination aus einem Grundbeitrag und einem flexiblen personen- und viehabhängigen Beitrag entspricht nicht dem Äquivalenzprinzip
GK 31, 78
- Auch die Kombination von einheitlichem Grundbeitrag und variablem Zuschlag für Einwohner und je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche ist nicht vorteilsgerecht GK 31, 79
- Eine unwirksame Nebengebäuderegelung führt zur Nichtigkeit des gesamten Beitragsteils
GK 31, 79
- Wird bei einer Flächenbegrenzungsregelung für unbebaute Grundstücke keine eindeutige Regelung getroffen, führt diese Regelungslücke zu einer Ungleichbehandlung GK 31, 79
- Da es für die Flächenbegrenzung bei unbebauten Grundstücken mehrere zulässige Möglichkeiten gäbe, kann die Lücke nicht durch das Gericht geschlossen werden GK 31, 80
- Reduzierte Beitragssätze für Altanschlößer, die den Aufwand für den Grundstücksanschluss in vollem Umfang getragen haben, sind nicht zu beanstanden GK 31, 81
- Der an die Vorteilslage bei Erschließung anknüpfende Nacherhebungstatbestand bei Grundstücken, für die bereits ein Beitrag geleistet wurde, ist nichtig GK 31, 82
- Durch das Fehlen einer Beitragskalkulation kann der mutmaßliche Wille des Satzungsgebers hinsichtlich des Beitragsmaßstabs nicht ermittelt werden GK 31, 83

Wettbewerbsrecht

- GWB: Erst diejenigen Handlungen der Vergabestelle, die sich auf die Auftragschancen der Bieter auswirken können, setzen die Rügefrist in Lauf GK 153, 419

Windenergieanlage

- Erlöschen der Genehmigung für eine Windenergieanlage gemäß § 18 BImSchG aufgrund nicht fristgemäßen Beginns der Errichtung FSt 40, 143
- Inhalt und Zweck des § 18 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG FSt 40, 143
- Beginn mit Errichtungsmaßnahmen entsprechend der Genehmigung FSt 40, 144
- Ernsthaftigkeit des Errichtungsbeginns FSt 40, 145
- Errichtungen müssen genehmigungskonform sein FSt 40, 147
- Errichtungsmaßnahmen als Errichtungsbeginn für den gesamten genehmigten Windpark FSt 40, 148

- Berufung von Anwohnern auf optisch bedrängende Wirkung des Windrads nur bei Vorliegen eines atypischen Sonderfalls (§ 249 Abs. 10 BauGB) FSt 41, 150
- Atypischer Sonderfall nach § 249 Abs. 10 BauGB (verneint) FSt 41, 150
- Wertminderungen sind für sich genommen kein Maßstab für die Beurteilung der Zumutbarkeit von Beeinträchtigungen im Sinne des Rücksichtnahmegebots FSt 41, 152
- Zur Begründungspflicht nach § 6 Satz 1 UmwRG FSt 41, 153
- Die Präklusionswirkung von § 6 UmwRG beschränkt sich nicht auf umweltbezogene Einwendungen FSt 41, 153

Wirtschaft / Statistik

- Verbraucherpreisindex August 2025 GK 183, 503

Wohngeld

- Erhöhung des Wohngeldes ab 1.1.2025 FSt 112, 400

Wohnungsbindungsgesetz

- Vormerkung für Sozialwohnung, vorrangige Berücksichtigung, Rückkehr aus Untersuchungs- oder Strafhaft FSt 204, 741
- Zulässigkeit einer „Rückstufung“ von Antragstellern, die nicht (mehr) bzw. erst seit kurzem (wieder) in der Gemeinde wohnen? FSt 204, 741

Z

Zinsen

- Zinssatz für die Verzinsung des Anlagekapitals GK 109, 289

Zinssätze

- Änderungen beim Basiszinssatz ab 1.1.2025 und bei den EZB-Zinssätzen ab 18.12.2024 GK 28, 71
- Änderungen bei den EZB-Zinssätzen ab 5.2.2025 GK 54, 143
- Änderungen bei den EZB-Zinssätzen ab 12.3.2025 GK 81, 215
- Erneute Änderungen bei den EZB-Zinssätzen ab 23.4.2025 GK 98, 264

Zivilprozessordnung

- Bekanntmachung zu § 115 der Zivilprozessordnung (Prozesskostenhilfebekanntmachung 2025 – PKHB 2025) vom 18.12.2024 GK 40, 96

Zulagen

- Unterschiede bei Zulagen für Beamte und Beschäftigte verstoßen weder gegen das Gleichbehandlungsgebot noch sind sie diskriminierend
GK 195, 529
- Der Schutz des § 4 Abs. 2 TzBfG für befristet beschäftigte Arbeitnehmer erstreckt sich nicht auf Arbeitsverhältnisse, die mit Erreichen der Regelaltersgrenze enden
GK 195, 529
- Unionsrecht steht der Nichtanwendbarkeit von § 4 Abs. 2 TzBfG nicht entgegen
GK 195, 531
- Kein Verstoß gegen den Gleichheitssatz des Art. 6 GG
GK 195, 532
- Auch kein Verstoß gegen arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz
GK 195, 533

Zuschlag

- Anspruch auf Feiertagszuschläge, wenn am regelmäßigen Beschäftigungsort ein gesetzlicher Feiertag ist
GK 69, 183
- Feiertagszuschlag nach § 8 Abs. 1 Satz 2 Buchst. d TV-L / TVöD knüpft an Beschäftigungsort an
GK 69, 183
- Beschäftigungsort kann durch Versetzung, Abordnung oder Zuweisung verändert werden (hier alle verneint)
GK 69, 184

Zustellung

- Zweite Verordnung zur Änderung der Zustellungsvordruckverordnung vom 31.3.2025
GK 99, 264

Zuwendungen, Zuschüsse

- Widerruf einer Zuwendung zur Hochwasserhilfe wegen fehlenden Nachweises der zweckgerechten Verwendung
FSt 26, 87
- Die Jahresfrist in Art. 48 Abs. 4 Satz 1 BayVwVfG beginnt nicht vor Einreichung der Verwendungsnachweise zu laufen
FSt 26, 87
- Die Jahresfrist beginnt erst nach der – bei Widerruf einer Zuwendung zwingend zu gewährenden – Gelegenheit zur Stellungnahme des Betroffenen zu laufen
FSt 26, 88
- Anforderungen an eine förderfähige Rechnung über Ingenieurleistungen unter Geltung der HOAI 2013
FSt 26, 88
- Rechtmäßige Zuwendungskürzung bei fehlerhafter Rechnungslegung der Leistungserbringer
FSt 26, 89
- Die Verantwortung für die rechtzeitige Schadensmeldung liegt beim Förderempfänger
FSt 26, 89
- Zulässigkeit eines Verzichts auf staatliche Zuwendungen
FSt 230, 848

- Bek des StMB vom 23.10.2024 – Richtlinien zur Förderung städtebaulicher Erneuerungsmaßnahmen (Städtebauförderungsrichtlinien – StBauFR)
GK 8, 24
- Bek des StMAS vom 28.10.2024 – Änderung der Richtlinie zur Förderung der strukturellen Weiterentwicklung kommunaler Familienbildung und von Familienstützpunkten
GK 8, 24
- GemBek des StMUV und des StMELF vom 30.10.2024 – Änderung der Richtlinie über Zuwendungen nach dem Bayerischen Vertragsnaturschutzprogramm Wald (VNPWaldR 2021)
GK 8, 24
- Bek des StMELF vom 23.10.2024 – Änderung der Richtlinie zur Förderung projektbezogener Maßnahmen der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse im Rahmen eines forstlichen Förderprogramms (FORSTUSR 2021)
GK 18, 48
- Bek des StMWK vom 28.10.2024 – Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen für nichtstaatliche Museen in Bayern
GK 18, 48
- Bek des StMAS vom 4.11.2024 – Änderung der Richtlinie zur Förderung des Einsatzes von Pädagogischen Qualitätsbegleiterinnen und Qualitätsbegleitern (PQB) in Kindertageseinrichtungen und (Groß-) Tagespflegestellen
GK 18, 48
- Bek des StMUV vom 7.11.2024 – Richtlinie zur Förderung nicht-gewerblicher Reparaturinitiativen (Förderrichtlinie Reparaturinitiativen – RepInFöR)
GK 18, 48
- Bek des StMWi vom 18.11.2024 – Förderrichtlinie „Start Transnational“ – Bayerisches Programm zur Vorbereitung von Projekten in den Programmen der transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit (Starttransnationalrichtlinie – StartTransR)
GK 18, 48
- Bek des StMAS vom 29.11.2024 – Änderung der Richtlinie zur Förderung der Betriebskosten von Plätzen für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege (U3-Bundesmittelrichtlinie)
GK 29, 72
- Bek des StMB vom 2.12.2024 – Änderung der Richtlinien für das Sonderförderprogramm zur Sanierung kommunaler Schwimmbäder in Bayern (Sonderprogramm Schwimmbadförderung – SPSF)
GK 29, 72
- Bek des StMGP vom 2.12.2024 – Änderung der Richtlinie zur Förderung der Fortbildung in der Altenpflege und der Hospiz- und Palliativversorgung tätigen Person
GK 29, 72
- Bek des StMAS vom 2.12.2024 – Änderung der Richtlinie zur Gewährung eines Bonus für zusätzlichen Personaleinsatz (Personalbonus)
GK 29, 72

- Bek des StMAS vom 2.12.2024 – Änderung der Richtlinie zur Förderung der Festanstellung von Tagespflegepersonen und zur Förderung von Assistenzkräften in Kindertageseinrichtungen (TP 2 000) GK 29, 72
- Bek des StMAS vom 2.12.2024 – Änderung der Richtlinie zur Gewährung eines Bonus für Sprachfachberatungen in Sprach-Kitas (Sprachfachberatungsbonus-Richtlinie) GK 29, 72
- Bek des StMWK vom 3.12.2024 – Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen für nichtstaatliche Theater GK 29, 72
- Bek des StMAS vom 2.12.2024 – Änderung der Richtlinie zur Förderung Koordinierender Kinderschutzzstellen KoKi – Netzwerk frühe Kindheit GK 29, 72
- GemBek des StMAS und des StMUK vom 5.12.2024 – Änderung der Richtlinie zur Förderung von Investitionen zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter GK 29, 72
- Bek des StMGP vom 6.12.2024 – Änderung der PBS-Förderrichtlinie GK 29, 72
- VOB/A-Verstöße lösen in aller Regel einen Zuwendungs Widerruf aus GK 30, 73
- Förderrichtlinien führen zu einer Selbstbindung des Zuwendungsgebers GK 30, 73
- Verstöße gegen die VOB/A, die Zuwendungskürzungen auslösen GK 30, 74
- Der Widerruf des Zuwendungsbescheids erfordert eine Ermessensentscheidung GK 30, 76
- Bek des StMUV vom 10.1.2025 – Richtlinien zur Förderung von Grün- und Erholungsanlagen aus Anlass von Gartenschauen, Durchführung von Gartenschauen sowie von Wanderwegen und Unterkunftshäusern (Förderrichtlinien für Gartenschauen, Wanderwege und Unterkunftshäuser – FöR-GaWaU) GK 55, 144
- Bek des StMAS vom 28.1.2025 – Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen für den Arbeitsmarkt aus dem Arbeitsmarktfonds (AMF) – AMF-Förderrichtlinie GK 64, 168
- Bek des StMWi vom 30.1.2025 – Änderung der Richtlinien für Darlehen zur Förderung von Maßnahmen der Energieeinsparung und der Nutzung erneuerbarer Energien (Bayerisches Energiekreditprogramm) GK 64, 168
- Bek des StMELF vom 29.11.2024 – Richtlinie für Zuwendungen zu Maßnahmen der Walderschließung im Rahmen eines forstlichen Förderprogramms (FORSTWEGR 2025) GK 64, 168
- Bek des StMELF vom 14.11.2024 – Änderung der Richtlinie zur Durchführung des Aufbauhilfeprogramms Starkregen und Hochwasser 2021 (Ländliche Wege im Außenbereich von Gemeinden) GK 64, 168
- Bek des StMFH vom 12.2.2025 – Elfte Änderung der Zuweisungsrichtlinie GK 64, 168
- Bek des StMGP vom 10.3.2025 – Änderung der Förderrichtlinie kleinere Krankenhäuser GK 90, 240
- Bek des StMUV vom 14.3.2025 – Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWAs 2025) GK 90, 240
- Bek des StMUK vom 28.3.2025 – Änderung der Bekanntmachung über die Richtlinie für die Gewährung einer Regionalprämie (Regionalprämienrichtlinie – RePrR) GK 99, 264
- Bek des StMUK vom 31.3.2025 – Richtlinie des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zur Beschaffung schulischer mobiler Endgeräte (SchulMobE) GK 99, 264
- Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWAs 2025) GK 110, 290
- Bek des StMFH vom 13.5.2025 – Richtlinie zur Förderung von Vorhaben im Rahmen des Impulsprogramms Volksmusik (Volksmusikförderrichtlinie – VföR) GK 119, 312
- Bek des StMD vom 14.05.2025 – Änderung der Bayerischen Richtlinien für die Förderung digitaler Spiele GK 124, 336
- Bek des StMFAS vom 13.06.2025 – Rahmen der Einzelförderungen für das „LSBTIQ-Netzwerk in Bayern“ (LSBTIQ-Förderrahmen – LSBTIQ-FöR) GK 139, 384
- Verordnung zur Änderung der Verordnung über Finanzhilfen für den allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr vom 27.06.2025 GK 139, 384
- Bek. des StMFH vom 16.09.2025, Änderung der Regionalkultur-Förderrichtlinie GK 176, 480
- Bek. des StMELF vom 02.09.2025, Änderung der Dorferneuerungsrichtlinien zum Vollzug des Bayerischen Dorfentwicklungsprogramms (DorfR) GK 176, 480
- Bek. des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 27.08.2025, Änderung der Richtlinie „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ (SchuFL-R) – Fördermaßnahmen an kommunalen Schulen und Grundsätze zur Förderung des Sports für Menschen mit Behinderung GK 184, 504

- Verordnung zur Änderung der Verordnung über Finanzhilfen für den öffentlichen Personennahverkehr vom 28.05.2025 (Verkündung vom 15.06.2025) – Ausweitung der Fördertatbestände auf digital gestützte Verkehrssteuerung und barrierefreie Haltestellen **GK 194, 528**
- Verordnung zur Änderung der Verordnung über Finanzhilfen für den allgemeinen öffentlichen Personennahverkehr (FinÖPNVV) vom 27.06.2025 (Bek. vom 15.07.2025). Erweiterung der Fördertatbestände auf digital gestützte Verkehrssteuerungen und barrierefreie Haltestellen; Modernisierung kommunaler ÖPNV-Infrastruktur im Sinne des BayÖPNVG **GK 202, 552**
- Verordnung des StMFH vom 02.12.2024 – Festlegung der Beträge und Aufteilungsschlüssel der Finanzhilfen für den Ausbildungsverkehr im öffentlichen Personennahverkehr für das Jahr 2025 **GK 202, 552**
- Bek. des StMUV vom 26.03.2025 – Förderrichtlinien über Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben. Gefördert werden insbesondere kommunale Maßnahmen zur Verbesserung der Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung nach Art. 18 BayWG **GK 202, 552**
- Bek. des StMWK vom 24.09.2025 – Regionalkultur-Förderrichtlinie (RegkuFöR). Anpassung der Bagatellgrenzen sowie Neuregelung von Nachweis- und Prüfvorschriften für kommunale Kulturträger **GK 202, 552**
- Bek. des StMELF vom 24.09.2025 – Richtlinien zum Vollzug des Bayerischen Dorfentwicklungsprogramms (DorfR). Änderungen betreffen Eigenleistungsnachweise und Bagatellförderungen bei kommunalen Dorferneuerungsprojekten **GK 202, 552**

Zwangsversteigerung

- Keine Teilungsversteigerung eines einzelnen Flurstücks **GK 91, 241**

Zwangsvollstreckung

- Änderung der Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung (ZVFV) **GK 1, 1**
- Vollstreckungsauftrag an Gerichtsvollzieher bei öffentlich-rechtlichen Geldforderungen **GK 73, 193**
- Bekanntgabevermutung und Widerlegung für einen Bescheid nach Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 VwZVG **GK 84, 217**
- Bekanntgabevermutung kann i.d.R. durch einfaches Bestreiten des Zugangs widerlegt werden **GK 84, 217**

- Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur Widerlegung der Bekanntgabevermutung des § 41 Abs. 2 Satz 1 VwVfG **GK 84, 218**
- Übertragbarkeit der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts auf die Zustellung nach dem VwZVG **GK 84, 219**
- Verordnung über die Standards für die Übermittlung elektronischer Akten von Behörden und juristischen Personen des öffentlichen Rechts an die Gerichte im gerichtlichen Verfahren (Behördenaktenübermittlungsverordnung – BehAktÜbV) vom 30.4.2025 **GK 108, 288**

Zweckentfremdung

- Co-Living als Wohngemeinschaft **FSt 80, 296**
- Abgrenzung der Wohnnutzung von einer (gewerblichen) Vermietung zum Zwecke der Fremdenbeherbergung **FSt 80, 297**
- Anwendung auf den konkreten Fall: Co-Living als Wohnnutzung **FSt 80, 299**
- Zweckentfremdungsrecht und Fremdenbeherbergung: kein Verstoß bei Unterschreiten der „Acht-Wochen-Regelung“ auch bei gewerblichen Eigentümern **FSt 158, 581**
- Vorliegen von Wohnraum trotz noch andauernder Bauarbeiten (hier bejaht) **FSt 158, 582**
- Keine Zweckentfremdung bei Unterschreiten der „Acht-Wochen-Regelung“ **FSt 158, 583**
- Die „Acht-Wochen-Regelung“ findet auch bei gewerblichen Eigentümern Anwendung **FSt 158, 584**
- Neben der „Acht-Wochen-Regelung“ ist auch die Tatbestandsvariante des Leerstands zu prüfen **FSt 158, 585**

Zweitwohnungssteuer

- Die Vermutung, dass der Eigentümer eine Zweitwohnung trotz zeitweiliger Vermietung (auch) für Zwecke der persönlichen Lebensführung vorhält, wird nur erschüttert, wenn die Vermietung einer externen Agentur übertragen wurde **GK 186, 508**
- Die eigene Ehefrau des Wohnungseigentümers kann unabhängig von den näheren Umständen nicht als eine externe Vermittlerin angesehen werden **GK 186, 509**
- Die satzungsmäßige Beschränkung einer Steuerermäßigung auf Vermittler, die einer Vermietungsagentur „vergleichbar“ sind, reicht aus, um Vermittlungsaufträge an Ehepartner von der Privilegierung auszuschließen **GK 186, 510**

II. Verzeichnis der Entscheidungen, geordnet nach der zeitlichen Reihenfolge

Die Zahlen bedeuten Randnummern

Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH)

Urteil	v. 28.11.2023	C-148.22.....FSt	12
--------	---------------	------------------	----

Bundesverfassungsgericht

Beschluss	v. 17.05.2024	2 BvR 1457.23.....FSt	13
Beschluss	v. 21.08.2024	1 BvR 2106.22.....FSt	76
Beschluss	v. 27.11.2024	1 BvR 1726.23.....GK	66
Beschluss	v. 28.07.2025	1 BvR 1949.24.....FSt	214

Bayerischer Verfassungsgerichtshof

Entscheidung	v. 21.11.2024	Vf. 1–VII–23.....FSt	199
Entscheidung	v. 13.03.2025	Vf. 5-VIII-18.....GK	174

Bundesverwaltungsgericht

Urteil	v. 14.09.2023	2 A 1.22.....GK	12
Urteil	v. 01.02.2024	2 A 7.23.....FSt	47
Urteil	v. 18.04.2024	10 C 9.23.....FSt	77
Urteil	v. 24.04.2024	4 C 1.23.....FSt	104
Urteil	v. 24.04.2024	4 C 2.23.....FSt	81
Urteil	v. 25.04.2024	5 C 3.23.....FSt	123
Urteil	v. 02.05.2024	2 C 13.23.....FSt	36
Beschluss	v. 02.05.2024	6 B 66.23.....FSt	89
Beschluss	v. 07.05.2024	3 B 6.23.....FSt	42
Beschluss	v. 13.05.2024	2 B 4.24.....GK	87
Beschluss	v. 23.05.2024	4 BN 29.23.....FSt	95
Urteil	v. 06.06.2024	3 C 5.23.....FSt	22
Urteil	v. 27.06.2024	2 C 17.23.....FSt	15
Beschluss	v. 08.08.2024	5 PB 3.24.....FSt	157
Urteil	v. 12.09.2024	7 C 3.23.....FSt	153
Beschluss	v. 25.09.2024	2 VR 1.24.....FSt	113
Urteil	v. 26.09.2024	4 C 3.23.....FSt	202
Urteil	v. 10.10.2024	3 C 3.23.....FSt	74

Urteil	v. 13.11.2024	9 C 3.23.....	FSt	93
Beschluss	v. 21.11.2024	6 B 8.24.....	FSt	198
Beschluss	v. 25.11.2024	4 BN 26.24.....	FSt	231
Urteil	v. 27.11.2024	6 C 4.23.....	FSt	83
Urteil	v. 05.12.2024	2 C 3.24.....	FSt	169
Urteil	v. 18.12.2024	6 C 13.22.....	FSt	73
Urteil	v. 13.03.2025	2 C 8.24.....	FSt	116
Urteil	v. 16.04.2025	1 C 18.24.....	FSt	150
Urteil	v. 30.04.2025	11 A 8.24.....	FSt	215
Beschluss	v. 13.05.2025	2 VR 5.24.....	FSt	221
Beschluss	v. 20.05.2025	2 VR 3.25.....	FSt	209
Urteil	v. 20.05.2025	4 C 2.24.....	FSt	151
Urteil	v. 06.11.2025	5 C 5.24.....	GK	201

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

Urteil	v. 13.05.2019	4 B 18.1515.....	GK	148
Urteil	v. 08.09.2023	24 B 22.2261.....	GK	87
Urteil	v. 01.02.2024	22 N 22.2440.....	FSt	216
Beschluss	v. 13.02.2024	12 BV 23.1357.....	FSt	79
Beschluss	v. 19.02.2024	4 CE 24.176	FSt	45
Urteil	v. 29.02.2024	22 A 22.40018, 22 A 22.40027	FSt	40
Beschluss	v. 07.03.2024	7 CE 23.1749	GK	84
Beschluss	v. 18.03.2024	8 ZB 23.1613	FSt	8
Beschluss	v. 10.04.2024	3 CE 24.250	FSt	156
Beschluss	v. 10.04.2024	3 ZB 24.105	FSt	101
Urteil	v. 30.04.2024	14 N 23.1502.....	FSt	6
Beschluss	v. 03.05.2024	22 ZB 23.178	FSt	26
Beschluss	v. 13.05.2024	12 ZB 22.1790	FSt	82
Beschluss	v. 13.05.2024	4 CE 24.553	FSt	34
Urteil	v. 16.05.2024	2 N 22.1691.....	FSt	18
Beschluss	v. 03.06.2024	14 ZB 23.30043	FSt	75
Beschluss	v. 10.06.2024	17 P 23.2140	FSt	92
Beschluss	v. 10.06.2024	17 P 23.2146	FSt	200
Beschluss	v. 17.06.2024	1 ZB 22.1780, 1 ZB 22.1781.....	FSt	60
Beschluss	v. 17.06.2024	8 CS 24.721.....	FSt	52
Beschluss	v. 18.06.2024	20 N 21.3086.....	GK	31

Beschluss	v. 27.06.2024	2 BV 22.501	FSt	68
Urteil	v. 27.06.2024	6 B 23.1394	GK	2
Beschluss	v. 28.06.2024	11 CS 24.454	FSt	43
Beschluss	v. 28.06.2024	4 CE 24.1023	FSt	25
Urteil	v. 15.07.2024	12 B 23.2195	FSt	80
Beschluss	v. 15.07.2024	2 NE 24.821	FSt	4
Beschluss	v. 22.07.2024	6 ZB 23.1244	GK	75
Beschluss	v. 23.07.2024	4 ZB 22.1293	FSt	1
Urteil	v. 24.07.2024	14 B 22.2576	FSt	72
Beschluss	v. 24.07.2024	8 CS 24.676	FSt	20
Beschluss	v. 26.07.2024	12 CE 24.1067	FSt	53
Beschluss	v. 26.07.2024	12 CE 24.1067	GK	63
Beschluss	v. 09.08.2024	10 CS 24.1382	FSt	132
Beschluss	v. 14.08.2024	22 CS 24.569	FSt	51
Beschluss	v. 19.08.2024	10 ZB 24.1053	FSt	21
Beschluss	v. 30.08.2024	12 CS 24.1190	FSt	158
Beschluss	v. 03.09.2024	11 CS 24.1400	FSt	84
Urteil	v. 04.09.2024	8 B 24.979	FSt	32
Beschluss	v. 04.09.2024	8 ZB 24.769	FSt	107
Beschluss	v. 06.09.2024	10 ZB 24.889	FSt	97
Urteil	v. 19.09.2024	20 B 22.1989	GK	122
Urteil	v. 25.09.2024	16a D 22.1976	FSt	115
Beschluss	v. 01.10.2024	1 CS 24.1449	FSt	180
Beschluss	v. 07.10.2024	3 ZB 23.92	FSt	147
Beschluss	v. 21.10.2024	4 CS 24.1651	FSt	62
Beschluss	v. 28.10.2024	4 C 24.1657	FSt	64
Beschluss	v. 28.10.2024	6 ZB 23.1040	GK	136
Beschluss	v. 05.11.2024	6 ZB 23.1832	GK	58
Beschluss	v. 05.11.2024	6 ZB 24.1419	GK	49
Urteil	v. 14.11.2024	4 B 23.2005	FSt	54
Urteil	v. 19.11.2024	10 B 23.483	FSt	143
Urteil	v. 19.11.2024	10 B 23.483	GK	155
Beschluss	v. 27.11.2024	8 ZB 23.1886	FSt	121
Beschluss	v. 29.11.2024	4 ZB 24.1226	GK	131
Beschluss	v. 29.11.2024	8 CS 24.1462	FSt	144
Beschluss	v. 02.12.2024	8 ZB 23.1189	FSt	109
Urteil	v. 05.12.2024	8 BV 22.1880	FSt	235

Beschluss	v. 11.12.2024	22 A 24.40014.....	FSt	165
Urteil	v. 19.12.2024	20 B 22.28.....	GK	133
Beschluss	v. 07.01.2025	2 N 20.1514.....	FSt	171
Beschluss	v. 08.01.2025	2 ZB 24.432	FSt	181
Urteil	v. 09.01.2025	2 N 20.515.....	FSt	189
Beschluss	v. 10.01.2025	3 ZB 23.1118.....	FSt	187
Urteil	v. 22.01.2025	16a D 23.1042.....	FSt	229
Beschluss	v. 27.01.2025	8 CS 25.11	FSt	185
Entscheidung	v. 05.02.2025	Vf. 7-VII-23	FSt	141
Beschluss	v. 10.02.2025	2 N 22.984.....	FSt	118
Beschluss	v. 13.02.2025	8 ZB 24.1899	FSt	226
Beschluss	v. 18.02.2025	4 CE 24.2075	FSt	155
Beschluss	v. 25.02.2025	2 ZB 24.1760	FSt	203
Beschluss	v. 26.02.2025	2 CS 25.290.....	FSt	138
Beschluss	v. 26.02.2025	24 CS 24.2030.....	FSt	174
Beschluss	v. 03.03.2025	22 ZB 23.410	FSt	220
Beschluss	v. 06.03.2025	19 CE 24.1915	FSt	244
Beschluss	v. 11.03.2025	3 ZB 23.1764	FSt	201
Beschluss	v. 21.03.2025	1 ZB 24.1837	GK	192
Urteil	v. 15.04.2025	8 BV 22.183	FSt	183
Beschluss	v. 22.04.2025	15 NE 25.90	GK	173
Beschluss	v. 30.04.2025	20 CE 25.715	FSt	192
Beschluss	v. 02.05.2025	9 ZB 24.1971	FSt	176
Beschluss	v. 02.05.2025	9 ZB 24.1971	GK	182
Beschluss	v. 05.05.2025	4 ZB 25.173	GK	140
Beschluss	v. 16.05.2025	4 CS 25.564.....	FSt	188
Beschluss	v. 16.05.2025	4 CS 25.564.....	GK	121
Beschluss	v. 20.05.2025	11 CS 24.2074.....	FSt	184
Beschluss	v. 26.05.2025	12 CE 25.928	FSt	204
Beschluss	v. 23.06.2025	10 CS 25.838.....	FSt	236
Beschluss	v. 25.06.2025	2 NE 25.584	FSt	242
Urteil	v. 08.07.2025	7 BV 21.336.....	FSt	238
Beschluss	v. 29.07.2025	2 ZB 24.583	FSt	239
Urteil	v. 05.08.2025	11 B 24.489	FSt	237
Beschluss	v. 12.08.2025	2 NE 25.1361	FSt	232
Beschluss	v. 26.02.25	2 CS 25.290.....	GK	154
Beschluss	v. 25.09.2025	4 ZB 24.1089	GK	186

Andere Verfassungsgerichte

VerfGH Rheinland-Pfalz	Urteil	v. 02.04.2025	VGH O 11.24.....FSt	126
------------------------	--------	---------------	---------------------	-----

Andere Verwaltungsgerichtshöfe und Oberverwaltungsgerichte

OVG Niedersachsen	Urteil	v. 07.08.2024	1 KN 1.22FSt	96
OVG Niedersachsen	Beschluss	v. 16.09.2024	10 LA 84.24FSt	146
OVG Niedersachsen	Beschluss	v. 17.09.2024	1 LA 146.23FSt	49
OVG Niedersachsen	Beschluss	v. 16.05.2025	1 MN 10.25FSt	213
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 09.01.2024	14 E 747.23GK	74
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 10.04.2024	2 A 143.22FSt	108
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 18.04.2024	20 A 726.20FSt	120
OVG Nordrhein-Westfalen	Urteil	v. 26.07.2024	10 A 2100.22FSt	193
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 07.08.2024	1 A 45.22FSt	162
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 05.12.2024	16 B 175.23, 16 B 1300.23FSt	133
OVG Nordrhein-Westfalen	Urteil	v. 12.12.2024	10 A 2417.22FSt	224
OVG Nordrhein-Westfalen	Beschluss	v. 30.04.2025	20 A 1507.24FSt	207
OVG Rheinland-Pfalz	Urteil	v. 05.06.2024	3 A 10684.23FSt	102
OVG Saarland	Beschluss	v. 31.01.2024	2 A 177.22FSt	17
OVG Saarland	Urteil	v. 13.05.2024	2 C 33.23.....FSt	69
OVG Sachsen-Anhalt	Beschluss	v. 15.09.2025	2 M 94.25.....FSt	245
OVG Schleswig-Holstein	Beschluss	v. 16.04.2024	1 MB 4.24FSt	3
OVG Schleswig-Holstein	Beschluss	v. 28.08.2024	5 LA 26.23FSt	142
OVG Schleswig-Holstein	Urteil	v. 30.10.2024	5 KS 5.23FSt	41
OVG Schleswig-Holstein	Urteil	v. 14.01.2025	1 KN 1.21FSt	105
OVG Thüringen	Urteil	v. 15.11.2023	4 KO 25.17FSt	131
OVG Thüringen	Beschluss	v. 19.03.2024	2 EO 114.24FSt	91
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 14.03.2024	14 S 1655.23.....FSt	2
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 16.04.2024	DL 16 S 2046.22FSt	87
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 07.05.2024	3 S 189.22.....FSt	61
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 05.06.2024	12 S 1649.23.....FSt	63
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 24.10.2024	6 S 2828.19.....FSt	216
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 27.02.2025	13 S 15.25FSt	196
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 19.03.2025	10 S 1411.23FSt	194
VGH Baden-Württemberg	Beschluss	v. 02.04.2025	10 S 68.25FSt	206
VGH Baden-Württemberg	Urteil	v. 14.08.2025	3 S 831.23FSt	243

Verwaltungsgerichte

VG Ansbach	Beschluss	v. 28.03.2024	AN 17 S 23.2679	FSt	28
VG Augsburg	Urteil	v. 24.04.2024	Au 4 K 23.1054	FSt	119
VG Augsburg	Beschluss	v. 27.05.2024	Au 8 E 24.1145	FSt	9
VG Augsburg	Urteil	v. 11.09.2024	Au 4 K 24.781	FSt	203
VG Augsburg	Urteil	v. 13.11.2024	Au 4 K 24.1181	FSt	227
VG Bremen	Urteil	v. 15.04.2024	7 K 72.23	FSt	128
VG Magdeburg	Urteil	v. 09.07.2024	3 A 159.22	GK	30
VG München	Urteil	v. 30.01.2024	M 1 K 21.3729	FSt	48
VG München	Beschluss	v. 23.04.2024	M 22 E 24.1991	FSt	9
VG München	Urteil	v. 27.11.2024	M 19L DK 23.280	GK	188
VG München	Urteil	v. 27.11.2024	M 19L DK 23.280	FSt	167
VG München	Urteil	v. 29.01.2025	M 18 K 20.2126	FSt	223
VG Regensburg	Urteil	v. 15.10.2024	RN 4 K 23.958	FSt	159
VG Würzburg	Beschluss	v. 02.07.2024	W 3 S 24.1126	FSt	19

Bundesgerichtshof

Beschluss	v. 05.12.2023	EnVR 59.21	GK	44
Urteil	v. 10.04.2024	VIII ZR 286.22	GK	6
Urteil	v. 16.04.2024	X ZR 14.23	FSt	38
Beschluss	v. 15.05.2024	XII ZB 122.22	GK	43
Urteil	v. 05.06.2024	VIII ZR 150.23	FSt	27
Beschluss	v. 27.06.2024	III ZR 354.23	FSt	37
Urteil	v. 10.07.2024	VIII ZR 184.23	GK	27
Urteil	v. 22.08.2024	VII ZR 68.22	FSt	39
Urteil	v. 19.09.2024	III ZR 299.23	FSt	37
Urteil	v. 19.09.2024	VII ZR 10.24	FSt	50
Urteil	v. 25.09.2024	VIII ZR 20.22	FSt	170
Urteil	v. 26.09.2024	I ZR 142.23	FSt	55
Beschluss	v. 26.09.2024	V ZB 8.24	GK	91
Urteil	v. 24.10.2024	III ZR 48.23	FSt	212
Urteil	v. 07.11.2024	IX ZR 179.23	GK	116
Beschluss	v. 12.11.2024	VIII ZB 36.23	FSt	154
Urteil	v. 27.11.2024	VIII ZR 36.23	GK	156

Urteil	v. 20.12.2024	V ZR 277.23.....	FSt	117
Urteil	v. 29.01.2025	XII ZR 96.23.....	GK	181
Beschluss	v. 14.05.2025	XII ZR 88.23.....	GK	199
Urteil	v. 23.05.2025	V ZR 259.23.....	FSt	211

Andere Zivil- und Strafgerichte

BayObLG	Beschluss	v. 29.05.2024	Verg 16.23.....	FSt	11
BayObLG	Beschluss	v. 11.12.2024	Verg 7.24.....	FSt	86
LAG Mecklenburg-Vorpommern	Urteil	v. 06.08.2024	5 SLa 2.24.....	FSt	178
LAG Nürnberg	Urteil	v. 29.10.2024	7 SLa 22.24.....	FSt	125
LG Dresden	Urteil	v. 24.09.2024	4 S 81.23.....	GK	191
LG Lübeck	Urteil	v. 25.04.2025	5 O 197.23.....	FSt	179
LG München I	Urteil	v. 09.11.2022	40 O 1776.22.....	FSt	37
LG Münster	Urteil	v. 11.12.2024	8 KLS 8.24 (44 Js 726.20).....	FSt	219
LG Nürnberg-Fürth	Urteil	v. 11.01.2024	12 KLS 102 Js 10374.22.....	FSt	177
OLG Bamberg	Beschluss	v. 13.01.2025	4 U 80.24.....	FSt	98
OLG Bamberg	Beschluss	v. 13.02.2025	5 U 68.24 e.....	FSt	160
OLG Brandenburg	Urteil	v. 22.10.2024	6 U 58.22.....	FSt	205
OLG Celle	Urteil	v. 08.01.2025	14 U 49.24.....	GK	145
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 07.02.2024	Verg 23.23.....	FSt	23
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 13.05.2024	Verg 33.23.....	GK	53
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 21.08.2024	Verg 6.24.....	FSt	122
OLG Düsseldorf	Beschluss	v. 11.12.2024	Verg 24.24.....	FSt	134
OLG Düsseldorf	Urteil	v. 27.03.2025	5 U 148.23.....	GK	146
OLG Frankfurt am Main	Urteil	v. 16.09.2024	29 U 61.23.....	FSt	70
OLG Frankfurt am Main	Urteil	v. 16.09.2024	29 U 61.23.....	GK	95
OLG Frankfurt am Main	Beschluss	v. 21.11.2024	11 Verg 6.24.....	FSt	99
OLG Frankfurt am Main	Beschluss	v. 28.11.2024	11 Verg 5.24.....	FSt	99
OLG Hamburg	Urteil	v. 26.01.2024	4 U 4.23.....	GK	26
OLG Hamburg	Urteil	v. 06.11.2024	4 U 89.21.....	FSt	106
OLG Hamm	Urteil	v. 10.07.2024	12 U 80.22.....	FSt	5
OLG Hamm	Beschluss	v. 01.10.2024	22 U 83.24.....	FSt	139
OLG Jena	Beschluss	v. 07.05.2024	Verg 3.24.....	GK	153
OLG Jena	Beschluss	v. 02.10.2024	Verg 5.24.....	FSt	145
OLG Karlsruhe	Urteil	v. 06.05.2025	19 U 127.24.....	GK	179
OLG Köln	Beschluss	v. 03.04.2024	28 Wx 1.24.....	GK	114

OLG München	Beschluss	v. 26.09.2024	28 U 1136.24 Bau.....FSt	191
OLG München	Urteil	v. 04.02.2025	9 U 2443.24 Bau e.....FSt	182
OLG Naumburg	Urteil	v. 27.02.2024	1 U 6.14 (Hs).....FSt	190
OLG Naumburg	Urteil	v. 16.05.2024	2 U 96.23GK	14
OLG Naumburg	Beschluss	v. 11.10.2024	6 Verg 2.24.....FSt	161
OLG Naumburg	Beschluss	v. 01.11.2024	6 Verg 3.24.....FSt	175
OLG Naumburg	Urteil	v. 17.01.2025	6 U 1.24FSt	240
OLG Naumburg	Urteil	v. 04.03.2025	2 U 53.24FSt	233
OLG Nürnberg	Beschluss	v. 14.01.2025	2 W 2077.24 Bau.....FSt	140
OLG Nürnberg	Urteil	v. 05.02.2025	4 U 1458.23FSt	195
OLG Saarbrücken	Urteil	v. 09.04.2024	2 U 56.23FSt	172
OLG Saarbrücken	Urteil	v. 06.08.2024	2 U 75.23GK	62
OLG Schleswig-Holstein	Urteil	v. 12.04.2024	1 U 66.22GK	45
OLG Schleswig-Holstein	Beschluss	v. 04.07.2024	2 Wx 11.24.....FSt	31
OLG Schleswig-Holstein	Urteil	v. 17.07.2024	12 U 149.20FSt	29
OLG Schleswig-Holstein	Urteil	v. 16.10.2024	12 U 6.24GK	89

Bundesarbeitsgericht

Urteil	v. 16.04.2024	AZR 165.23.....GK	42
Urteil	v. 22.04.2024	6 AZR 126.23.....GK	35
Urteil	v. 24.04.2024	4 AZR 195.23.....GK	169
Urteil	v. 25.04.2024	8 AZR 140.23.....FSt	78
Urteil	v. 28.05.2024	9 AZR 76.22.....FSt	67
Urteil	v. 12.06.2024	7 AZR 188.23.....FSt	66
Urteil	v. 19.06.2024	5 AZR 192.23.....FSt	168
Urteil	v. 19.06.2024	5 AZR 241.23.....GK	78
Urteil	v. 20.06.2024	8 AZR 124.23.....FSt	103
Urteil	v. 17.07.2024	4 AZR 265.23.....FSt	135
Urteil	v. 25.07.2024	8 AZR 21723.....FSt	152
Urteil	v. 25.07.2024	8 AZR 225.23.....FSt	137
Urteil	v. 25.07.2024	8 AZR 225.23.....GK	149
Urteil	v. 25.07.2024	8 AZR 24.24.....FSt	66
Urteil	v. 01.08.2024	6 AZR 38.24.....GK	69
Urteil	v. 20.08.2024	9 AZR 226.23.....GK	170
Urteil	v. 19.09.2024	8 AZR 368.22.....FSt	163
Urteil	v. 04.12.2024	5 AZR 272.23.....GK	102

Urteil	v. 20.3.2024	5 AZR 234.23.....GK	4
Urteil	v. 15.01.2025	5 AZR 284.24.....GK	128
Urteil	v. 28.01.2025	1 AZR 33.24.....FSt	210
Urteil	v. 12.02.2025	5 AZR 127.24.....GK	171
Urteil	v. 12.02.2025	5 AZR 171.24.....GK	141
Urteil	v. 11.03.2025	3 AZR 53.24.....GK	152
Urteil	v. 03.04.2025	2 AZR 156.24.....FSt	241
Urteil	v. 03.06.2025	9 AZR 104.24.....GK	175
Urteil	v. 03.06.2025	9 AZR 137.24.....GK	162
Urteil	v. 31.07.2025	6 AZR 18.25.....GK	195

Bundesfinanzhof

Urteil	v. 18.04.2024	V R 50.20.....GK	41
Urteil	v. 08.05.2024	VIII ZR 9.21.....GK	77
Urteil	v. 15.05.2024	IV R 21.21.....GK	101
Beschluss	v. 04.06.2024	VIII B 121.22.....GK	85
Urteil	v. 29.08.2024	V R 14.24, V R 40.19.....GK	112
Urteil	v. 29.08.2024	V R 43.21.....GK	76

Finanzgerichte

FG München	Urteil	v. 30.04.2025	4 K 1312.24.....GK	159
------------	--------	---------------	--------------------	-----

Bundessozialgericht

Urteil	v. 28.02.2024	B 4 AS 22.22 R.....FSt	164
Urteil	v. 29.02.2024	B 8 AY 3.23 R.....FSt	88
Urteil	v. 17.07.2024	B 7 AS 10.23 R.....FSt	129
Urteil	v. 31.11.2024	B 8 SO 5.23 R.....FSt	124
Urteil	v. 23.04.20324	B 12 BA 3.22 R.....GK	178

Landessozialgerichte

LSG Baden-Württemberg	Urteil	v. 02.03.2023	L 7 SO 3464.22.....FSt	16
-----------------------	--------	---------------	------------------------	----